Vernehmlassung

Revision
IVV

Amtliche Akten

Beginn: 17.05.2017

Abschluss: 11.09.2017

Vorlage

Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV)

Änderung vom XX.XX.XXXX

Der Schweizerische Bundesrat
verordnet:

I

Die Verordnung vom 17. Januar 1961[1] über die Invalidenversicherung wird wie folgt geändert:

Art. 27 Aufgabenbereich von im Haushalt tätigen Versicherten und von Angehörigen einer klösterlichen Gemeinschaft

[1] Als Aufgabenbereich nach Artikel 7 Absatz 2 IVG der im Haushalt tätigen Versicherten gelten die notwendigen Tätigkeiten im Haushalt sowie die Pflege und Betreuung von Angehörigen.

[2] Als Aufgabenbereich nach Artikel 7 Absatz 2 IVG der Angehörigen einer klösterlichen Gemeinschaft gilt die gesamte Tätigkeit in der Gemeinschaft.

Art. 27bis Abs. 2–4

[2] Bei Teilerwerbstätigen, die sich zusätzlich im Aufgabenbereich nach Artikel 7 Absatz 2 IVG betätigen, werden für die Bestimmung des Invaliditätsgrads folgende Invaliditätsgrade summiert:

a. der Invaliditätsgrad in Bezug auf die Erwerbstätigkeit;

b. der Invaliditätsgrad in Bezug auf die Betätigung im Aufgabenbereich.

[3] Die Berechnung des Invaliditätsgrads in Bezug auf die Erwerbstätigkeit richtet sich nach Artikel 16 ATSG, wobei:

a. das Erwerbseinkommen, das die versicherte Person durch die Teilerwerbstätigkeit erzielen könnte, wenn sie nicht invalid geworden wäre, auf eine Vollerwerbstätigkeit hochgerechnet wird;

1 SR **831.201**

b. die prozentuale Erwerbseinbusse anhand des Beschäftigungsgrads, den die Person hätte, wenn sie nicht invalid geworden wäre, gewichtet wird.

[4] Für die Berechnung des Invaliditätsgrads in Bezug auf die Betätigung im Aufgabenbereich wird der prozentuale Anteil der Einschränkungen bei der Betätigung im Aufgabenbereich im Vergleich zur Situation, bevor die versicherte Person invalid wurde, ermittelt. Der Anteil wird anhand der Differenz zwischen dem Beschäftigungsgrad nach Absatz 3 Buchstabe b und einer Vollerwerbstätigkeit gewichtet.

II

Übergangsbestimmung zur Änderung vom …

[1] Für zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung vom … laufende Renten, die in Anwendung der gemischten Methode zugesprochen wurden, ist innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Änderung eine Revision einzuleiten. Eine allfällige Erhöhung der Rente erfolgt auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung.

[2] Wurde eine Rente vor dem Inkrafttreten der Änderung vom … wegen eines zu geringen Invaliditätsgrads einer teilerwerbstätigen versicherten Person, die sich zusätzlich im Aufgabenbereich nach Artikel 7 Absatz 2 IVG betätigte, verweigert, so wird eine neue Anmeldung geprüft, wenn die Berechnung des Invaliditätsgrads nach Artikel 27bis Absätze 2–4 voraussichtlich zu einem Rentenanspruch führt.

III

Diese Verordnung tritt am XX.XX.2018 in Kraft.

XX.XX.XXXX

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsidentin: Doris Leuthard

Der Bundeskanzler: Walter Thurnherr

Erläuternder Bericht

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

Änderung der Verordnung vom 17. Januar 1961 über die Invalidenversicherung (IVV)

Invaliditätsbemessung für teilerwerbstätige Versicherte (gemischte Methode)

(Anpassungen zur Anwendung der gemischten Methode
nach dem Urteil 7186/09 des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 2. Februar 2016)

Vorgesehene Änderung per 1.1.2018

Inhaltsverzeichnis

I. Ausgangslage ... 3

1. Bericht in Beantwortung des Postulates Jans 12.3960 "Schlechterstellung von Teilerwerbstätigen bei der IV" ... 3
2. Übergangsregelung ... 4
3. Ziel der vorliegenden Änderung ... 4

II. Allgemeiner Teil: Wichtigste Änderungen im Überblick ... 5

1. Grundzüge der Vorlage ... 5
   1.1 Invaliditätsbemessung ... 5
      1.1.1 Berechnungsmodell ... 5
      1.1.2 Umsetzungsstufe ... 6
   1.2 Definition des Aufgabenbereichs ... 6
2. Finanzielle, personelle und weitere Auswirkungen auf Sozialversicherungen und Versicherte ... 6
   2.1 Auswirkungen auf die IV ... 6
   2.2 Auswirkungen auf die berufliche Vorsorge ... 7
   2.3 Auswirkungen auf die obligatorische Unfallversicherung und die Militärversicherung ... 7
   2.4 Auswirkungen auf die Ergänzungsleistungen ... 7
   2.5 Auswirkungen auf die Versicherten ... 7
3. Notwendigkeit einer Vernehmlassung ... 8
4. AHV/IV-Kommission ... 8

III. Besonderer Teil: Erläuterungen der einzelnen Bestimmungen ... 9

1. Zu Art. 27 Abs. 1 und 2 ... 9
2. Zu Art. 27bis Abs. 2-4 ... 10
3. Zu den Übergangsbestimmungen zu der Änderung vom XX.XX.XXXX ... 12

IV. Inkrafttreten ... 12

V. Anhang: Tabellarische Zusammenstellung der Fallbeispiele ... 13

I. Ausgangslage

1. Bericht in Beantwortung des Postulates Jans 12.3960 "Schlechterstellung von Teilerwerbstätigen bei der IV"

Im Juli 2015 hat der Bundesrat einen Bericht in Beantwortung des Postulates Jans 12.3960 "Schlechterstellung von Teilerwerbstätigen bei der IV" verabschiedet. Darin wurde eine umfassende Auslegeordnung im Bereich der Invaliditätsbemessung in der Invalidenversicherung bei Teilerwerbstätigkeit vorgenommen. Der Bericht stellte verschiedene Alternativen zur gemischten Methode vor und analysiert sie in Bezug auf ihre Auswirkungen auf die versicherten Personen und das System der IV.

- Ausrichtung von zwei Renten für doppelbelastete Personen: Diese Variante führt zu Ungleichbehandlungen und kann gegen den Grundsatz des Überversicherungsverbots verstossen. Der Bundesrat lehnt diesen Ansatz deshalb ab.
- Norwegisches Modell: Eine grundlegende Änderung des Rentensystems in Anlehnung an das norwegische Modell, bei dem der Aufgabenbereich neben der Erwerbstätigkeit nicht mehr berücksichtigt würde, hätte schwerwiegende Konsequenzen. Zwar bringt auch dieser Vorschlag eine Verbesserung aus Sicht von Teilerwerbstätigen, da höhere Invaliditätsgrade resultieren würden. Diese ergeben sich daraus, dass auch bei diesen Personen von einer vollen Erwerbstätigkeit ausgegangen würde. Das System ist damit jedoch sehr hypothetisch und undifferenziert und kann nicht die Realität abbilden. Die Kosten würden relativ stark steigen und der Anreiz zur Eingliederung sinken. Zudem ergäben sich grosse Koordinierungsprobleme. Der Bundesrat lehnt auch diesen Ansatz ab.
- Ökonomische Gesamtbewertung der Erwerbstätigkeit und der Tätigkeit im Aufgabenbereich: Diese Methode wertet zwar die Haushalttätigkeit auf, reicht aber nicht aus, um den diskriminierende Effekt der aktuellen gemischten Methode zu eliminieren. Im Ergebnis führt die Gesamtwertung zu ähnlichen Invaliditätsgraden wie die heutige Bemessung mit der gemischten Methode.
- Methode gemäss Pa. Iv. 00.454 «Bemessung des Invaliditätsgrades bei Teilzeiterwerbstätigen» vom 6. Oktober 2000: Die Initiative sah vor, die bisherige Regelung zur Invaliditätsbemessung bei Teilerwerbstätigen weitgehend bestehen zu lassen. In Anlehnung an die Regelung im Bundesgesetzes vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung (UVG, SR 832.20), sollte aber für den Anteil der Erwerbstätigkeit das Valideneinkommen bezogen auf eine hypothetische Vollzeitstelle berechnet werden. Dieser Wert wäre dann weiterhin nach dem Anteil der Erwerbstätigkeit zu gewichten und so mit dem gewichteten invaliditätsgrad im Aufgabenbereich der Gesamtinvaliditätsgrad festzulegen. Aufgrund der zu hohen Kosten dieser Methode hat das Parlament diese Initiative abgeschrieben.

In seinem Bericht kam der Bundesrat zum Schluss, dass die Situation für teilerwerbstätige Personen mit demjenigen Berechnungsmodell verbessert werden könnte, welches der Pa. Iv. Suter zugrunde lag. Für den Bundesrat war dieser Ansatz derjenige, der das Problem am ehesten hätte lösen können. Der Bundesrat hat diese Methode jedoch verworfen, nicht aus inhaltlichen, sondern vor allem aus finanziellen Gründen (vgl. S. 31 des Berichts). Er sah jedoch beim aktuellen Berechnungsmodell ein Optimierungspotential, vor allem durch eine stärkere Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen Erwerbstätigkeit und Haushalt. Im Wissen um eine Beschwerde im Zusammenhang mit der gemischten Methode vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hielt der Bundesrat fest, dass bei einer vom Gerichtshof festgestellten Verletzung des Diskriminierungsverbots die Methode der Invaliditätsbemessung nochmals überprüft werden müsste.

Am 2. Februar 2016 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) entschieden, dass die gemischte Methode, von der in der überwiegenden Mehrheit der Fälle Frauen, die wegen familiären Pflichten die Erwerbstätigkeit reduzieren, betroffen sind, diese indirekt diskriminiert und damit das Diskriminierungsverbot gemäss Art. 14 EMRK verletzt (Nr. 7186/09). Die Eidgenossenschaft hat am 29. April 2016 die Verweisung der Rechtssache an die Grosse Kammer beantragt und bestritten, dass der EGMR die Kompetenz habe, diese Frage für die Schweiz zu beurteilen. Der Filterausschuss der Grossen Kammer des EGMR hat daraufhin am 4. Juli 2016 entschieden, dass er auf die Eingabe der Schweiz nicht eintrete, womit der Entscheid des EGMR in Rechtskraft erwachsen ist. Die Folge davon ist, dass die revisionsweise Aufhebung oder Herabsetzung einer Invalidenrente in Anwendung der gemischten Methode EMRK-widrig ist, wenn allein familiäre Gründe (die Geburt von Kindern und die damit einhergehende Reduktion des Erwerbspensums) für einen Statuswechsel von vollerwerbstätig zu teilerwerbstätig mit Aufgabenbereich sprechen. In diesen Fällen kann die gemischte Methode mit dem heutigen Berechnungsmodell deshalb nicht mehr angewendet werden.

Das Urteil des EGMR hat die rechtliche Situation im Hinblick auf die Invaliditätsbemessung bei Teilerwerbstätigkeit grundlegend geändert. Die ursprünglich vom Bundesrat vorgesehene Optimierung der gemischten Methode zur Invaliditätsbemessung entsprach nicht mehr den Anforderungen der Verfassung, und sie war nicht mehr EMRK-konform.

Im Hinblick auf eine nicht diskriminierende Ausgestaltung der Invaliditätsbemessung genügt es nicht mehr, nur das aktuelle Berechnungsmodell mittels einer stärkeren Berücksichtigung der Wechselwirkungen zu optimieren, wie dies bei der Verabschiedung des Berichts in Beantwortung des Postulates Jans in Betracht gezogen wurde. Der entscheidende Schritt ist ein neues Berechnungsmodell, bei dem die Auswirkungen des Gesundheitsschadens in der Erwerbstätigkeit stärker berücksichtigt werden. Dieses Berechnungsmodell lag im Prinzip auch schon der Pa. Iv zugrunde.

2. Übergangsregelung

Am 31. Oktober 2016 erliess das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) ein Rundschreiben, in welchem es im Rahmen einer Übergangsregelung die Handhabung der gemischten Methode bis zum Inkrafttreten einer neuen, generell-abstrakten Regelung festlegte. In seinem Urteil vom 20. Dezember 2016 (9F 8/2016) bestätigte das Bundesgericht das vom BSV im Rundschreiben empfohlene Vorgehen.

3. Ziel der vorliegenden Änderung

Mit der vorliegenden Änderung der Verordnung vom 17. Januar 1961 über die Invalidenversicherung (IVV, SR 831.201) können die Anforderungen des EGMR an eine nichtdiskriminierende Ausgestaltung der gemischten Methode erfüllt werden. Zudem kann die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, eine rasche Klärung der Rechtslage sowie eine einheitliche Anwendung der gemischten Methode sichergestellt werden.

II. Allgemeiner Teil: Wichtigste Änderungen im Überblick

1. Grundzüge der Vorlage

1.1 Invaliditätsbemessung

Die Invaliditätsbemessung richtet sich nach dem Status der versicherten Person als vollerwerbstätige, teilerwerbstätige oder nicht erwerbstätige Person. Um den Grad der Invalidität bestimmen zu können, gibt es grundsätzlich drei Methoden: die allgemeine Methode des Einkommensvergleichs, die spezifische Methode des Betätigungsvergleichs und die gemischte Methode. Bei Personen, die gleichzeitig teilerwerbstätig sind und Aufgaben in Familie und Haushalt wahrnehmen, kommt die gemischte Methode zur Anwendung. In der Praxis handelt es sich dabei in 98% der Fälle um Frauen (vgl. S. 14 des vorgenannten Berichts). In diesen Fällen wird der Invaliditätsgrad aus den separat ermittelten und gewichteten Einschränkungen im Erwerbsbereich und im Aufgabenbereich ermittelt. Grundsätzlich wird an dieser gemischten Methode zur Invaliditätsbemessung bei Teilerwerbstätigen mit einem Aufgabenbereich festgehalten, da sie eine Anerkennung der neben der Erwerbsarbeit ausgeübten ökonomisch und gesellschaftlich wichtigen Haus- und Familienarbeit bedeutet. Für die Festlegung des Invaliditätsgrades von Teilerwerbstätigen sollen weiterhin die gesundheitlichen Einschränkungen in der Erwerbstätigkeit wie auch im Aufgabenbereich zu Hause ermittelt werden.

1.1.1 Berechnungsmodell

Das heutige Berechnungsmodell der gemischten Methode steht schon lange in der Kritik der Lehre in der Schweiz. Es wird bemängelt, dass eine überproportionale Berücksichtigung der Teilzeitarbeit im Erwerbsbereich erfolgt (Berücksichtigung einerseits bei der Festlegung der Höhe des Valideneinkommens und andererseits nochmals bei der anteilmässigen Gewichtung nach dem Teilzeitpensum). Dieser Effekt wurde schlussendlich auch vom EGMR bemängelt. Das neue Modell nimmt diese Kritik auf und geht nun grundsätzlich von einer gleichwertigen Gewichtung der beiden Invaliditätsgrade im Erwerbs- wie im Aufgabenbereich aus. Damit erfolgt eine stärkere Berücksichtigung der Einschränkungen im Erwerbsbereich, was tendenziell zu höheren Invaliditätsgraden als bisher führt.

Dieses Modell lehnt sich an die Regelung in der obligatorischen Unfallversicherung (UV) an, welches für den Anteil der Erwerbstätigkeit das Valideneinkommen bezogen auf eine hypothetische Vollzeitstelle berechnet. Diesbezüglich wird zwar kritisiert, dass damit ein Einkommen berücksichtigt wird, welches die versicherte Person ohne gesundheitlichen Einschränkungen nicht erzielt hätte. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, dass sowohl in der Unfallversicherung wie auch in der Invalidenversicherung entsprechende Korrekturen im Hinblick auf das tatsächlich erzielte Einkommen vorgenommen werden. In der Unfallversicherung richtet sich die Höhe der Rente nach dem tatsächlich versicherten Verdienst. In der Invalidenversicherung erfolgt die Korrektur dadurch, dass die betragliche Höhe der Rente nach dem durchschnittlichen Einkommen differiert, auf dem Sozialversicherungsbeiträge geleistet worden sind.

Mit dem vorgeschlagenen Modell wird zudem automatisch sichergestellt, dass die Wechselwirkungen zwischen Erwerbstätigkeit und Haushalt im Hinblick auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf konsequent berücksichtigt werden. Für die Ermittlung des Invaliditätsgrads in Bezug auf die Erwerbstätigkeit wird auf eine hypothetische Vollerwerbstätigkeit abgestellt. Für die Betätigung im Aufgabenbereich wird gleich gerechnet wie bei versicherten Personen, die sich vollständig dem Aufgabenbereich widmen.

Mit dem neuen Berechnungsmodell können die Anforderungen des EGMR rasch und ohne neue Mittel umgesetzt werden. Das Parlament hat sich bereits mit diesem Modell im Rahmen der parlamentarischen Initiative Suter im 2003 auseinandergesetzt und die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) hat ihr damals einstimmig Folge gegeben. Im Rahmen seiner umfassenden Analyse kam der Bundesrat in seinem Bericht in Beantwortung des Postulates Jans zum Schluss, dass eine Verbesserung für teilerwerbstätige Personen mit diesem Modell realisiert werden könnte und dieses aus Sicht des Bundesrates noch am ehesten weiterverfolgt werden könnte.

1.1.2 Umsetzungsstufe

Das neue Modell kann auf Verordnungsstufe umgesetzt werden. Artikel 28a Absatz 3 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG, SR 831.20) sieht für Teilerwerbstätigkeit lediglich vor, dass der Erwerbsteil nach einem Einkommensvergleich gemäss Artikel 16 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG, SR 830.1) festzulegen ist und der Aufgabenbereich nach einem Betätigungsvergleich gemäss Artikel 28a Absatz 2 IVG. Wie genau die Vergleichseinkommen im Rahmen des Einkommensvergleichs festzusetzen sind und ob ein einheitlicher Invaliditätsgrad zu berechnen ist oder ob für beide Teilbereiche jeweils ein Invaliditätsgrad berechnet wird, ist nicht geregelt. Im Rahmen seiner allgemeinen Vollzugskompetenz (Art. 86 Abs. 2 IVG) kann der Bundesrat daher diese neue Berechnungsart auf Verordnungsstufe vorsehen.

Im Hinblick auf die Umsetzung sind sowohl für die Verwaltungspraxis wie auch für die Rechtsprechung keine Auslegungs- oder Anwendungsprobleme ersichtlich, da das Modell eine rechtsgleiche Behandlung garantiert, mit dem bestehenden System vereinbar und gut nachvollziehbar ist.

1.2 Definition des Aufgabenbereichs

Im Rahmen dieser Verordnungsänderung ist es zudem angezeigt, die Tätigkeiten im Aufgabenbereich für die Personen anzupassen, die im Haushaltsbereich tätig sind. Im Sinne einer Klärung und Präzisierung der Tätigkeiten im Aufgabenbereich erfolgt eine Fokussierung auf Tätigkeiten, die im Sinne von Art. 7 Abs. 2 IVG einer Erwerbstätigkeit gleichgestellt werden können. Diese Tätigkeiten erfüllen das Dritt-Personen-Kriterium, d.h. dass die entsprechenden Tätigkeiten typischerweise durch Dritte gegen Bezahlung übernommen werden können, wenn die versicherte Person diese nicht mehr selber ausführen kann. Freiwillige Tätigkeiten ausserhalb des Haushaltsbereichs wie gemeinnützige Tätigkeiten oder künstlerische Tätigkeiten könnten dagegen höchstens in Sonderfällen einer Erwerbstätigkeit gleichgestellt werden (vgl. BGE 130 V 360 Erw. 3.3.2) und somit als Tätigkeiten im Aufgabenbereich anerkannt werden. Sie sind also nicht allgemein von der IVV zu regeln. Deshalb werden sie nicht mehr explizit erwähnt.

2. Finanzielle, personelle und weitere Auswirkungen auf Sozialversicherungen und Versicherte

2.1 Auswirkungen auf die IV

Aufgrund des aktuellen Berechnungsmodells wird heute bei der gemischten Methode ein erhöhter Anteil an tieferen Rentenbruchteilen ausgewiesen als bei den anderen Methoden. Mit dem neuen Berechnungsmodell ist davon auszugehen, dass sich die Verteilung der Rentenbruchteile bei der gemischten Methode der Verteilung nach Einkommensvergleich angleicht. Nach der entsprechenden Umrechnung der 16‘200 Rentenbezügerinnen und -bezüger, die gestützt auf die gemischte Methode gesprochen wurde, auf die Verteilung der Rentenbruchteile nach Einkommensvergleich ergeben sich Mehrkosten von 6.8 Promillen auf die Rentenkosten der IV. Bezogen auf die Rentenausgaben der IV für das Jahr 2015 in der Höhe von rund 5,4 Milliarden Franken würden dies etwa zu 35 Millionen Franken Mehrkosten führen.

In diesen Mehrkosten nicht eingeschlossen sind jedoch jene Fälle, die aufgrund der bisherigen Anwendung der aktuellen gemischten Bemessungsmethode einen IV-Grad von unter 40% erreichten. Aufgrund der vorgeschlagenen Berechnungsweise kann unter Umständen ein IV-Grad von 40% und höher resultieren, was neu zu einem Rentenanspruch führen würde. In diesem Bereich kann jedoch keine Schätzung gemacht werden, weil hierzu auswertbare Grundlagen fehlen.

Insgesamt wird sich die Entschuldung der IV durch die vorliegende Änderung der IVV vermutlich um wenige Monate verzögern.

2.2 Auswirkungen auf die berufliche Vorsorge

Die Vorsorgeeinrichtungen ermitteln den Invaliditätsgrad nicht selber, sondern sind im Bereich der obligatorischen beruflichen Vorsorge an den von der 1. Säule festgestellten IV-Grad im Erwerbsbereich gebunden. Dies ergibt sich aus den Formulierungen im Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG, SR 831.40) die auf die IV verweisen (Art. 23 und 24 BVG; "Invalidität im Sinne der IV"). Bei Teilerwerbstätigen aber wird in der 2. Säule der IV-Grad gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung bezogen auf das bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit versicherte Teilzeitpensum bemessen.

Die finanziellen Auswirkungen im Bereich des BVG-Obligatoriums lassen sich kaum abschätzen, da keine Angaben vorliegen, welche zuverlässige Rückschlüsse darüber zulassen, in welchem Ausmass die Leistungen sich verändern werden. Erhöhungen der Leistungen der 1. Säule, die auf der neuen Methode berechnet werden, können dazu führen, dass die Vorsorgeeinrichtungen ihre eigenen Leistungen kürzen, damit keine Überentschädigung entsteht. Im Hinblick auf diese Ausgangslage erscheint zum heutigen Zeitpunkt jedoch kein konkreter Regelungsbedarf notwendig.

2.3 Auswirkungen auf die obligatorische Unfallversicherung und die Militärversicherung

Die Unfallversicherung richtet bei einer Invalidität eine Komplementärrente aus, wenn zugleich Anspruch auf eine Rente der IV besteht (Art. 20 Abs. 2 UVG). Wenn nun die IV höhere Renten ausrichtet, weil mit der neuen Berechnungsmethode die Teilerwerbstätigen gegenüber heute besser gestellt werden, so führt dies grundsätzlich zu einer Entlastung der Unfallversicherung, weil diese je nachdem tiefere Komplementärrenten ausrichten kann.

Die vorliegende Änderung der IVV hat auf die Militärversicherung keine Auswirkungen.

2.4 Auswirkungen auf die Ergänzungsleistungen

Nach Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG, SR 831.30) sind Personen, die Anspruch auf eine IV-Rente haben, anspruchsberechtigt bei den Ergänzungsleistungen. Werden nun aufgrund der neuen Berechnungsmethode höhere Renten der IV zugesprochen, so kann dies zu einer Entlastung bei den Ergänzungsleistungen führen. Da jedoch aufgrund der neuen Berechnungsmethode davon auszugehen ist, dass sich die Zahl der Rentenbeziehenden in der IV erhöhen wird, kann auch eine Zunahme von EL-Bezügerinnen und –Bezügern mit entsprechenden Auswirkungen nicht ausgeschlossen werden.

2.5 Auswirkungen auf die Versicherten

Das neue Berechnungsmodell hat für teilerwerbstätige Versicherte mit einem Aufgabenbereich im Prinzip zur Folge, dass sie in der IV im Vergleich zu heute eher einen Rentenanspruch haben bzw. eine höhere Renten beziehen werden. Damit erfolgt auch in der obligatorischen beruflichen

Vorsorge eine Verbesserung der finanziellen Situation der Versicherten, sofern nicht eine Kürzung der BVG-Leistungen aufgrund der Überentschädigungsbestimmung erfolgt. Bezügerinnen und Bezüger einer Komplementärrente der obligatorischen Unfallversicherung behalten ihr Leistungsniveau, da die Unfallversicherung ihre Komplementärrente aufgrund der höheren Leistungen der IV kürzen kann. Teilerwerbstätige, die neu eine IV-Rente beziehen werden, haben damit grundsätzlich auch Anspruch auf Ergänzungsleistungen. Eine Erhöhung der IV-Rente kann jedoch in Einzelfällen auch eine Reduktion der Ergänzungsleistungen zur Folge haben.

3. Notwendigkeit einer Vernehmlassung

Bei der Vorbereitung von Verordnungsbestimmungen gemäss Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d des Bundesgesetzes über das Vernehmlassungsverfahren (VlG, SR 172.061) hat ein Vernehmlassungsverfahren stattzufinden. Der Beginn der Vernehmlassung ist auf den 17. Mai 2017 vorgesehen. Die Vernehmlassungsfrist ist auf den 11. September 2017 angesetzt, dies unter Beachtung von Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe a VlG, welcher vorsieht, dass unter Berücksichtigung von Ferien- und Feiertagen die minimale Frist von drei Monaten um drei Wochen zu verlängern ist.

4. AHV/IV-Kommission

Am 30. März 2017 hat die AHV/IV-Kommission die vorgesehene Änderung der IVV geprüft. Die Vorlage war unumstritten.

III. Besonderer Teil: Erläuterungen der einzelnen Bestimmungen

1. Zu Art. 27 Abs. 1 und 2

Artikel 27 definiert den Aufgabenbereich Haushalt sowie den Sonderfall des Aufgabenbereichs der klösterlichen Gemeinschaft. Während letztere Regelung keine Veränderung erfährt, sind für den Aufgabenbereich Haushalt diverse Änderungen bei den zu berücksichtigenden Tätigkeiten vorgesehen.

So liegt der Fokus neu auf den notwendigen Tätigkeiten im Haushalt, welche einer Erwerbstätigkeit gleichgestellt werden können (vgl. Art. 7 Abs. 2 IVG, Urteil des Bundesgerichtes I 246/96 vom 12. Dezember 1996 Erw. 3b). Um festzulegen, ob eine Tätigkeit im Aufgabenbereich einer Erwerbstätigkeit gleichgestellt werden kann, ist das Dritt-Personen-Kriterium massgebend. Es ist danach zu fragen, ob die entsprechende Tätigkeit typischerweise von Dritten (Personen oder Firmen) gegen Bezahlung übernommen werden kann (BGE 130 V 360, Erw. 3.3.4). Dies ist für die notwendigen Tätigkeiten im Haushalt wie Planung und Organisation der Haushaltführung, Ernährung inkl. Reinigung der Küche, Wohnungspflege, Einkauf und weitere Besorgungen sowie Wäsche und Kleiderpflege der Fall. Hier müssten, soweit die Tätigkeiten im Rahmen der Schadenminderungspflicht nicht auf andere Familienmitglieder aufgeteilt werden können, die entsprechenden Tätigkeiten extern eingekauft werden (Raumpflegerin, Haushalthilfe etc.).

Neben diesen klassischen Haushalttätigkeiten tritt die Pflege und Betreuung von Angehörigen. Auch diese Tätigkeit besitzt eine entsprechende ökonomische Relevanz, indem auch hier unter Umständen die Betreuung und Pflege durch Dritte sichergestellt werden müsste (Tagesmutter, Spitex etc.).

Der Verordnungstext sprach bisher bloss von Erziehung der Kinder, hingegen wurden in der Verwaltungspraxis schon heute jegliche Betreuungsaufgaben gegenüber Angehörigen berücksichtigt. Es erfolgt hier somit lediglich eine Anpassung des Verordnungstextes an die geltende Verwaltungspraxis.

Zum Kreis der Angehörigen gehört diejenige Person, die mit der die versicherte Person verheiratet ist, in eingetragener Partnerschaft lebt oder eine faktische Lebensgemeinschaft führt (Lebenspartnerin oder Lebenspartner). Weiter zählen Personen zu den Angehörigen, mit denen die versicherte Person oder deren Ehegatte/Lebenspartner in gerader Linie verwandt ist, sowie Pflegekinder, die in der Familie aufgenommen wurden.

Grundsätzlich hängt es für die Berücksichtigung der Pflege oder Betreuung der Angehörigen nicht davon ab, ob diese im eigenen Haushalt wohnen oder nicht.

Sowohl bei den Haushalttätigkeiten wie bei der Betreuung und Pflege von Angehörigen werden jedoch diejenigen Tätigkeiten, die bereits von Dritten erbracht werden, nicht berücksichtigt. Soweit solche Leistungen bereits durch eine Versicherung bezahlt werden, würde es ansonsten zu einer doppelten Vergütung kommen. Bezog die versicherte Person dagegen im Gesundheitsfall solche Drittdienstleistungen auf eigene Kosten, so entsteht für sie auch nach Eintritt des Gesundheitsschadens keine entsprechend zu berücksichtigende Einschränkung, da die entsprechenden Tätigkeiten weiterhin von der Drittperson erbracht werden. Berücksichtigung finden daher nur jene Tätigkeiten, die nach Eintritt des Gesundheitsschadens neu und auf eigene Kosten an Drittpersonen abgegeben werden.

Nach dem Bundesgericht fallen reine Freizeitbeschäftigungen nicht unter die zu berücksichtigenden Tätigkeiten im Aufgabenbereich (BGE 125 V 157 Erw. 5c/bb mit Hinweisen). Gemeinnützige und künstlerische Tätigkeiten sind als reine Freizeitbeschäftigungen zu qualifizieren, sofern diese

nicht von einer Drittperson gegen Bezahlung übernommen würden. Diese Tätigkeiten fallen daher nicht per se unter die zu berücksichtigenden Tätigkeiten im Aufgabenbereich, weshalb sie nicht mehr explizit erwähnt werden.

Mit der vorliegenden Anpassung des Aufgabenbereichs Haushalt soll somit eine Konzentration auf die Kerntätigkeiten jedes Haushaltes erreicht werden. Damit sollen auch heute bestehende Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen Tätigkeiten, welche üblicherweise in einem Haushalt anfallen können (z.B. Haustierhaltung, Anfertigen von Kleidern), deren ökonomische Relevanz jedoch fraglich ist, gelöst werden.

Eine Konzentration auf die Kerntätigkeiten des Haushaltes dürfte wohl auch eine der massgebenden Überlegungen hinter der Rechtsprechung des Bundesgerichtes zu den Teilerwerbstätigen ohne Aufgabenbereich sein (vgl. BGE 142 V 290, BGE 131 V 51 sowie den bereits erwähnten BGE 125 V 157 Erw. 5c/bb).

2. Zu Art. 27bis Abs. 2-4

Artikel 27bis hat bisher einen Sonderfall der Invaliditätsbemessung für Teilerwerbstätige bzw. für Versicherte, welche unentgeltlich im Betrieb des Ehegatten bzw. der Ehegattin mitgearbeitet haben geregelt (Voraussetzungen zur Anwendung eines reinen Einkommensvergleichs). Neu wird Artikel 27bis ausgeweitet und in vier Absätze aufgeteilt.

Die bisherige Regelung wird in Absatz 1 aufgenommen.

In den Absätzen 2 bis 4 wird geregelt, wie die Invaliditätsbemessung nach der gemischten Methode bei Teilerwerbstätigen, die daneben auch im Aufgabenbereich tätig sind, vorzunehmen ist. Diesbezüglich stellt er eine Konkretisierung der Regelung in Artikel 28a Absatz 3 IVG dar.

Bis heute wurde die Invaliditätsbemessung nach der gemischten Methode lediglich durch die Rechtsprechung konkretisiert und in den massgebenden Verwaltungsweisungen festgehalten. Die bisherige Regelung sieht vor, dass für den Erwerbsteil die allgemeine Methode des Einkommensvergleichs angewendet wird. Dabei wird für die Ermittlung des Valideneinkommens auf das Einkommen aus dem Teilzeitpensum abgestellt. Als Invalideneinkommen wird der mutmassliche Verdienst anhand der medizinisch noch zumutbaren Restarbeitsfähigkeit zu Grunde gelegt. Die daraus resultierende Einkommenseinbusse wird danach in Prozenten des Valideneinkommens festgelegt. Der so erhaltene Invaliditätsgrad aus dem Erwerbsteil wird mit dem Anteil der Erwerbstätigkeit (Pensum) multipliziert, um den gewichteten Invaliditätsgrad im Erwerbsteil zu erhalten. Die Invalidität in Bezug auf den Aufgabenbereich wird durch einen Betätigungsvergleich bestimmt. Die ermittelte Invalidität wird sodann mit dem Anteil der Tätigkeit im Aufgabenbereich multipliziert. Daraus ergibt sich der gewichtete Invaliditätsgrad im Aufgabenbereich.

Der gesamte Invaliditätsgrad ergibt sich sodann aus der Addierung der in beiden Bereichen berechneten und gewichteten Teilinvaliditäten.

Auch bei der neuen Regelung werden weiterhin der Invaliditätsgrad in Bezug auf die Erwerbstätigkeit und der Invaliditätsgrad in Bezug auf die Betätigung im Aufgabenbereich summiert (Absatz 2).

Der Invaliditätsgrad in Bezug auf die Erwerbstätigkeit wird weiterhin nach Artikel 16 ATSG berechnet (Absatz 3). Neu wird für das Valideneinkommen nicht mehr auf das Einkommen aus dem Teilzeitpensum abgestellt, sondern es wird das entsprechende Einkommen auf eine hypothetische Vollerwerbstätigkeit hochgerechnet (Absatz 3 Buchstabe a). Die Festlegung des Invalideneinkommens erfolgt wie bis anhin. Die letztlich berechnete prozentuale Erwerbseinbusse wird

anhand des Beschäftigungsgrads den die Person hätte, wenn sie nicht invalid geworden wäre (BGE 117 V 194), gewichtet (Absatz 3 Buchstabe b).

Der Invaliditätsgrad in Bezug auf die Betätigung im Aufgabenbereich wird wie heute durch einen Betätigungsvergleich nach Artikel 28a Absatz 2 IVG bestimmt. Wie bei versicherten Personen die vollständig im Aufgabenbereich tätig sind, wird für die Bemessung der Invalidität ermittelt, in welchem Masse sie unfähig sind, sich im Aufgabenbereich zu betätigen. Die so erhaltene Einschränkung wird gemäss dem neben der Erwerbstätigkeit verbleibenden Anteil gewichtet (Absatz 4).

Fallbeispiel 1

Eine versicherte Person mit zwei minderjährigen Kindern arbeitete neben der Haushalttätigkeit bei voller Gesundheit in einem Pensum von 50 Prozent und erzielte dabei ein Einkommen von 30‘000 Franken. Nach Einritt des Gesundheitsschadens ist sie bezogen auf einen Beschäftigungsgrad von 100 Prozent nur noch 50 Prozent arbeitsfähig. Der Betätigungsvergleich im Haushalt ergab eine Einschränkung von 30 Prozent. Da die Person beim bisherigen Arbeitgeber bleiben kann, erzielt sie weiterhin den bisherigen Lohn.

Mit der heutigen gemischten Methode resultiert ein Invaliditätsgrad im Erwerbsteil von 0 Prozent (Valideneinkommen und Invalideneinkommen sind gleich hoch). Die gewichtete Einschränkung im Haushalt beträgt 15 Prozent womit eine Gesamtinvalidität von 15 Prozent resultiert. Hiermit hat die versicherte Person keinen Anspruch auf Rente.

Nach der neuen Berechnungsmethode würde sich im Erwerbsteil ein Invaliditätsgrad von 50 Prozent (Valideneinkommen bei einem Beschäftigungsgrad von 100 Prozent von 60‘000 Franken, Invalideneinkommen von 30‘000 Franken) ergeben, was gewichtet mit dem massgebenden Beschäftigungsgrad (50 Prozent) zu einem Teilinvaliditätsgrad von 25 Prozent führt. Addiert man dazu die gewichtete Einschränkung aus dem Haushalt (15 Prozent), resultiert eine Gesamtinvalidität von 40 Prozent. Damit hat die versicherte Person Anspruch auf eine Viertelsrente.

Fallbeispiel 2

Eine versicherte Person hat ein minderjähriges Kind und war neben der Haushalttätigkeit bei voller Gesundheit zu 80 Prozent erwerbstätig und erzielte dabei ein Einkommen von 60‘000 Franken. Nach Eintritt des Gesundheitsschadens kann sie nur noch zu 40 Prozent in einer angepassten Tätigkeit arbeiten und dabei noch ein Einkommen von 20’000 Franken erzielen. Der Betätigungsvergleich im Haushalt ergab eine Einschränkung von 30 Prozent. Mit der heutigen gemischten Methode resultiert ein Invaliditätsgrad im Erwerbsteil von 66.66 Prozent, was gewichtet mit dem Pensum von 80 Prozent einen Teilinvaliditätsgrad von 53.33 Prozent ergibt. Addiert man dazu die gewichtete Einschränkung aus dem Haushalt (6 Prozent) resultiert eine Gesamtinvalidität von gerundet 59 Prozent. Damit hat die versicherte Person Anspruch auf eine halbe Rente.

Nach der neuen Berechnungsmethode resultiert ein Invaliditätsgrad im Erwerbsteil von 73.33 Prozent (Valideneinkommen bei einem Beschäftigungsgrad von 100 Prozent von 75‘000 Franken, Invalideneinkommen von 20‘000 Franken), was gewichtet mit dem massgebenden Beschäftigungsgrad (80 Prozent) einen Teilinvaliditätsgrad von 58.66 Prozent ergibt. Addiert man dazu die gewichtete Einschränkung aus dem Haushalt (6 Prozent), resultiert eine Gesamtinvalidität von gerundet 65 Prozent. Damit hat die versicherte Person Anspruch auf eine Dreiviertelsrente.

Durch die neue Berechnungsart resultiert in beiden Fallbeispielen (siehe tabellarische Zusammenstellung im Anhang) eine höhere Rente für die teilerwerbstätige Person. Dies ist dadurch bedingt, dass die Teilerwerbstätigkeit neu nicht mehr doppelt berücksichtigt wird (einerseits bei

der Höhe des Valideneinkommens und andererseits bei der Gewichtung des Teilinvaliditätsgrades).

Durch die neue Berechnungsart wird auch das Problem der Berücksichtigung der Wechselwirkung (vgl. etwa BGE 134 V 9) gelöst. Für die Ermittlung des Invaliditätsgrads in Bezug auf die Erwerbstätigkeit wird auf eine Vollerwerbstätigkeit abgestellt. Für die Betätigung im Aufgabenbereich wird gleich gerechnet wie bei versicherten Personen, die sich vollständig dem Aufgabenbereich widmen. Dadurch sind die Auswirkungen der Wechselwirkung automatisch mitberücksichtigt (vgl. hierzu LEUZINGER, Invaliditätsbemessung für teilerwerbstätige Versicherte mit Aufgabenbereich, In: Jahrbuch zum Sozialversicherungsrecht 2017, Kapitel 3.5.6).

Die Invaliditätsbemessung von versicherten Personen, welche unentgeltlich im Betrieb des Ehegatten bzw. der Ehegattin mitarbeiten, wird dagegen auf Verordnungsebene nicht näher geregelt. In diesen Fällen besteht eine langjährige Praxis, wonach der Anteil Mitarbeit im Betrieb nach der ausserordentlichen Methode zu beurteilen ist (wobei die hierbei ausgeführten Aufgaben immer als 100 Prozent Tätigkeit betrachtet werden) und der Anteil des Aufgabenbereichs nach der spezifischen Methode des Betätigungsvergleichs.

3. Zu den Übergangsbestimmungen zu der Änderung vom XX.XX.XXXX

Absatz 1

Die neue Berechnungsart bei den teilerwerbstätigen Personen kann wie oben dargelegt zu höheren Rentenansprüchen führen. Aus diesem Grund sind alle laufenden Renten, welche nach der bisherigen gemischten Methode berechnet wurden einer Revision zu unterziehen. Die IV-Stellen haben in diesen rund 16‘000 Fällen (Stand Ende 2015) innerhalb eines Jahres ab Inkrafttreten der neuen Regelung eine Revision einzuleiten. Dies bedeutet nicht, dass innerhalb dieses Jahres alle betreffenden Revisionsfälle auch abgeschlossen wären. Je nach Abklärungsbedarf (z.B. medizinisches Gutachten, neue Haushaltabklärung) und abhängig auch von allfälligen sonstigen Änderungen des Sachverhaltes kann der neue Leistungsentscheid auch erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Für die versicherte Person spielt dies jedoch grundsätzlich keine Rolle, da die allfällige Erhöhung der Rente ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung gewährt wird.

Absatz 2

Für diejenigen Fälle, wo nach der bisherigen Anwendung der gemischten Methode ein rentenausschliessender Invaliditätsgrad festgestellt und daher der Rentenanspruch abgelehnt wurde, ist es nicht möglich eine Revision von Amtes wegen vorzunehmen. Es ist hier vielmehr notwendig, dass sich die versicherte Person neu anmeldet. Die IV-Stelle ist verpflichtet, auf eine neue Anmeldung einzutreten, wenn die Berechnung des Invaliditätsgrads nach der neuen Regelung voraussichtlich zu einem Rentenanspruch führt. Ein allfälliger Rentenanspruch entsteht dabei nach Artikel 29 Absatz 1 IVG frühestens sechs Monate nach der Neuanmeldung (vgl. hierzu auch BGE 142 V 547).

IV. Inkrafttreten

Die Änderung der Verordnung über die Invalidenversicherung soll auf den 1. Januar 2018 in Kraft treten, damit eine rasche Klärung der Rechtslage sowie eine einheitliche Anwendung der gemischten Methode sichergestellt werden kann.

V. Anhang: Tabellarische Zusammenstellung der Fallbeispiele

	Aktuelles Modell gemischte Methode	Neues Modell gemischte Methode
Fallbeispiel 1: Erwerbspensum bei voller Gesundheit: 50% Lohn bei 50%-Pensum: CHF 30‘000.- Pensum Aufgabenbereich (Haushalt): 50% Gesundheitliche Einschränkungen: - 50% arbeitsfähig bezogen auf den bisherigen Beruf, versicherte Person bleibt beim bisherigen Arbeitgeber angestellt - 30% Einschränkung im Haushalt (gemäss Abklärung vor Ort)	Invalidität im Erwerbsteil: Valideneinkommen = 30‘000.- Invalideneinkommen = 30‘000.- Erwerbseinbusse = 0.- IV-Grad Erwerb: 0% IV-Grad im Aufgabenbereich: 30% Berechnung der Gesamtinvalidität: (0% x 0.5) + (30% x 0.5) = **15%** Die versicherte Person hat **keinen** Rentenanspruch.	Invalidität im Erwerbsteil: Valideneinkommen (bei 100%) = 60‘000.- Invalideneinkommen = 30‘000.- Erwerbseinbusse = 30‘000.- IV-Grad Erwerb: 50% IV-Grad im Aufgabenbereich: 30% Berechnung der Gesamtinvalidität: (50% x 0.5) + (30% x 0.5) = **40%** Die versicherte Person hat Anspruch auf eine **Viertelsrente**.
Fallbeispiel 2: Erwerbspensum bei voller Gesundheit: 80% Lohn bei 80%-Pensum: CHF 60‘000.- Pensum Aufgabenbereich (Haushalt): 20% Gesundheitliche Einschränkungen: - 40% arbeitsfähig in einer einfachen angepassten Tätigkeit, möglicher Lohn CHF 20‘000.- - 30% Einschränkung im Haushalt (gemäss Abklärung vor Ort)	Invalidität im Erwerbsteil: Valideneinkommen = 60‘000.- Invalideneinkommen = 20‘000.- Erwerbseinbusse = 40‘000.- IV-Grad Erwerb: 66.66% IV-Grad im Aufgabenbereich: 30% Berechnung der Gesamtinvalidität: (66.66% x 0.8) + (30% x 0.2) = **59.33%** Die versicherte Person hat Anspruch auf eine **halbe** Rente.	Invalidität im Erwerbsteil: Valideneinkommen (bei 100%) = 75‘000.- Invalideneinkommen = 20‘000.- Erwerbseinbusse = 55‘000.- IV-Grad Erwerb: 73.33% IV-Grad im Aufgabenbereich: 30% Berechnung der Gesamtinvalidität: (73.33% x 0.8) + (30% x 0.2) = **64.66%** Die versicherte Person hat Anspruch auf eine **Dreiviertelsrente**.

$$\text{Berechnung IV-Grad Erwerb: } \frac{(\text{Valideneinkommen} - \text{Invalideneinkommen}) \times 100}{\text{Valideneinkommen}}$$

EGMR
Urteil Di Trizio
vom 02.02.2016
7186/09

EUROPEAN COURT OF HUMAN RIGHTS
COUR EUROPÉENNE DES DROITS DE L'HOMME

DEUXIÈME SECTION

AFFAIRE DI TRIZIO c. SUISSE

(Requête nº 7186/09)

ARRÊT

STRASBOURG

2 février 2016

DÉFINITIF

04/07/2016

Cet arrêt est devenu définitif en vertu de l'article 44 § 2 de la Convention. Il peut subir des retouches de forme.

COUNCIL OF EUROPE
CONSEIL DE L'EUROPE

En l'affaire Di Trizio c. Suisse,

La Cour européenne des droits de l'homme (deuxième section), siégeant en une chambre composée de :

András Sajó, *président,*
Nebojša Vučinić,
Helen Keller,
Paul Lemmens,
Egidijus Kūris,
Robert Spano,
Jon Fridrik Kjølbro, *juges,*
et de Stanley Naismith, *greffier de section,*

Après en avoir délibéré en chambre du conseil le 12 mai 2015 et le 8 décembre 2015,

Rend l'arrêt que voici, adopté à cette date :

PROCÉDURE

1. À l'origine de l'affaire se trouve une requête (n° 7186/09) dirigée contre la Confédération suisse et dont une ressortissante italienne, Mme Vita Maria di Trizio (« la requérante »), a saisi la Cour le 3 février 2009 en vertu de l'article 34 de la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales (« la Convention »).

2. La requérante a été représentée par Me A. Mengis, avocate auprès de Procap, une association suisse de défense des personnes handicapées, à Olten (canton de Soleure).

Le gouvernement suisse (« le Gouvernement ») a été représenté par son agent, M. F. Schürmann, de l'Office fédéral de la justice.

3. La requérante se plaint essentiellement du fait que la « méthode mixte » appliquée pour le calcul de son taux d'invalidité a eu pour conséquence qu'elle s'est vu refuser une rente à cause de l'activité professionnelle qu'elle a exercé à temps partiel, et y voit une violation de l'article 8 de la Convention.

Elle dénonce également ladite méthode comme discriminatoire au sens de l'article 14 de la Convention, combiné respectivement avec l'article 6 et avec l'article 8 de la Convention.

Elle se plaint aussi de certains aspects de la procédure interne, dans lesquels elle voit une violation de son droit à un procès équitable garanti par l'article 6 § 1 de la Convention.

4. Le 14 octobre 2010, la requête a été communiquée au Gouvernement sous l'angle de l'article 14 de la Convention, combiné avec l'article 8.

Dans ses observations, la requérante a demandé la tenue d'une audience publique en vertu de l'article 59 § 3 du règlement de la Cour. La Cour ne l'estime pas nécessaire dans le cas d'espèce et rejette ladite demande.

5. Par une lettre du 22 octobre 2010, le gouvernement italien a été informé qu'il avait la possibilité, s'il le désirait, de présenter des observations écrites en vertu de l'article 36 § 1 de la Convention et de l'article 44 du règlement de la Cour. Par une lettre du 18 mai 2011, le gouvernement italien a fait savoir à la Cour qu'il n'entendait pas se prévaloir de son droit d'intervention.

6. Le 13 mai 2014, la Cour a demandé aux parties de lui envoyer des observations complémentaires (article 54 § 2 c) du règlement de la Cour).

EN FAIT

I. LES CIRCONSTANCES DE L'ESPÈCE

7. Les faits de la cause, tels qu'ils ont été exposés par les parties, peuvent se résumer comme suit.

8. La requérante est née en 1977 à Uznach et réside à Rapperswil-Jona, dans le canton de Saint-Gall.

9. Après avoir initialement suivi un apprentissage de coiffeuse, la requérante avait occupé un emploi à plein temps comme vendeuse. En juin 2002, elle fut obligée d'abandonner cette activité à cause de problèmes de dos.

10. Le 24 octobre 2003, à cause de douleurs lombaires et vertébrales, la requérante s'adressa à l'office de l'assurance-invalidité pour le canton de Saint-Gall (« l'office ») en vue de l'obtention d'une rente d'invalidité.

11. Le 6 février 2004, elle donna naissance à des jumeaux. Pendant la grossesse, ses douleurs de dos s'étaient encore aggravées.

12. Le 15 mars 2005, l'office effectua au sujet de la requérante une enquête ménagère à domicile (*Abklärung im Haushalt*). La requérante expliqua :

– qu'elle souffrait constamment de douleurs dorsales, qui s'étendaient souvent jusqu'au pied gauche ; qu'elle avait, en particulier, des problèmes pour se tenir debout au même endroit pendant un certain temps, et ne pouvait pas rester assise plus de dix minutes ; qu'elle pouvait faire des promenades d'une demi-heure, mais pas de manière quotidienne ; et que ses douleurs s'aggravaient encore lorsqu'elle portait les enfants ;

– que, pour des raisons financières, elle devrait exercer une activité lucrative à mi-temps car son mari ne gagnait que 3 700 francs suisses (CHF) (environ 3 602 euros (EUR)) net.

L'examen permit de conclure à une réduction de 44,6 % de sa capacité à effectuer des activités ménagères.

Dans son rapport du 2 mai 2005, l'office conclut que la requérante devait être qualifiée, respectivement :

– de personne exerçant une activité rémunérée à temps plein (« *Vollerwerbstätige* ») jusqu'à la fin de l'année 2003 ;

– de femme au foyer (« *Hausfrau* ») entre janvier et mai 2004 ;

– et de personne hypothétiquement capable de travailler à 50 % (« *zu 50 % hypothetisch Erwerbstätige* ») à partir de juin 2004.

13. Le 16 juin 2005, le docteur Ch.A.S. informa l'office que la requérante ne pouvait travailler à plus de 50 % dans une activité adaptée et qu'une augmentation de son temps de travail semblait exclue.

14. Par une décision du 26 mai 2006, l'office considéra :

– qu'il y avait lieu d'octroyer à la requérante une rente pour la période allant du 1er juin 2003 au 31 août 2004 ;

– mais que, à compter du 1er septembre 2004, elle n'avait droit à aucune rente.

L'office parvint à ce résultat de la façon suivante.

Pour la période comprise entre le 20 juin 2002 et la fin du mois de mai 2004, il retint un taux d'invalidité de 50 %, sur la base d'un calcul de revenus.

Pour la période subséquente, il estima qu'il y avait lieu d'appliquer la méthode dite « mixte », en considérant que, dans l'hypothèse où elle n'aurait pas été frappée d'invalidité, la requérante n'aurait de toute façon travaillé que de manière réduite à la suite de la naissance de ses enfants. Il se fonda notamment, à cet égard, sur les indications de la requérante selon lesquelles elle ne s'estimait capable de travailler qu'à 50 % et voulait se consacrer le reste du temps aux activités ménagères et à ses enfants. Par ailleurs, sur la base de l'enquête ménagère mentionnée ci-dessus, l'office estima la capacité de l'intéressée en matière de tâches ménagères à 56 % (soit une invalidité correspondante de 44 %). Selon la formule suivante, le taux d'invalidité obtenu à partir de ces divers éléments était seulement de 22 %, de sorte que la requérante n'atteignait pas l'invalidité minimale de 40 % à laquelle était subordonné l'octroi d'une rente :

50 % (activité rémunérée) : aucune perte	0,5 x 0 % = 0 %
50 % (activités de ménage et de prise en charge des enfants) :	0,5 x 44 % = 22 %
	Total[1] = 22 %

15. La requérante forma une réclamation auprès de l'office. Celle-ci fut rejetée le 14 juillet 2006 : après un nouveau calcul, l'office reconnut à la

[1] *Nota* : le chiffre correspond à l'addition du résultat des deux lignes.

requérante un taux d'invalidité de 27 %, ce qui restait inférieur au minimum requis pour avoir droit à une rente.

Ce chiffre était obtenu par application de la méthode mixte, avec les paramètres suivants :

50 % (activité rémunérée) :	0,5 x 10 % = 5 %
50 % (activités de ménage et de prise en charge des enfants) :	0,5 x 44 % = 22 %
	Total[2] = 27 %

Pour remplir ainsi la première ligne de la formule, l'office partit d'un revenu hypothétique (pour un travail à 100 %) de 48 585 CHF (environ 47 308 EUR), calculé sur la base des données statistiques relatives à la catégorie socioprofessionnelle de la requérante, qualifiée d'auxiliaire (« *Hilfsarbeiterin* ») ; pour un taux d'activité de 50 %, la requérante aurait donc eu un salaire de 24 293 CHF si elle avait pu continuer à travailler sans problème (*Valideneinkommen*). L'office estima qu'avec son handicap, le salaire que la requérante serait réellement en mesure de gagner, dans une activité adaptée, s'éleverait à 21 863 CHF (*Invalideneinkommen*). Il conclut ainsi à un taux d'invalidité de 10 % pour la partie « activité rémunérée ».

16. Le 14 septembre 2006, la requérante forma un recours contre cette décision.

Invoquant l'article 14 de la Convention, combiné avec l'article 8, l'intéressée exposait :

– que la méthode appliquée engendrait une discrimination par rapport aux personnes plus aisées ; qu'en effet, celles qui pouvaient se passer d'exercer une activité lucrative se voyaient appréhendées exclusivement en tant que femmes au foyer, ce qui leur permettait de se voir reconnaître un taux d'invalidité supérieur et, partant, de bénéficier plus facilement d'une rente ;

– que la manière de calculer le taux d'invalidité ne prenait pas suffisamment en compte les interactions (« *Wechselwirkungen* ») entre les volets « ménage » et « activité rémunérée » ;

– qu'en réalité, si elle travaillait, même seulement à mi-temps, son invalidité dans les tâches ménagères s'en trouverait augmentée bien au-delà de 44 %.

17. À l'appui de son recours, elle joignit un rapport médical du docteur Ch.A.S., en date du 28 septembre 2006, dans lequel ce dernier indiquait en substance :

– que son état de santé ne lui permettait pas d'avoir un travail rémunéré à mi-temps dans les mêmes conditions qu'une personne valide ;

– que, dans l'hypothèse où elle devrait accomplir un travail rémunéré, sa capacité à s'occuper du ménage et des enfants tomberait à 10 % environ.

---

[2] *Idem.*

18. Par un jugement du 30 novembre 2007, le tribunal des assurances du canton de Saint-Gall accueillit partiellement le recours de la requérante.

S'éloignant de la jurisprudence du Tribunal fédéral (voir les arrêts cités au début du paragraphe 35 ci-dessous), il estima qu'il y avait lieu d'écarter l'application normale de la méthode mixte, en substituant à celle-ci une version « améliorée » de ladite méthode : selon lui, il convenait de partir du taux d'activité que la requérante aurait pu raisonnablement retrouver après la naissance de ses jumeaux si elle n'avait pas eu de problème de santé.

Pour le tribunal, telle qu'appliquée par le Tribunal fédéral dans sa jurisprudence, la méthode mixte ne permettait pas de tenir suffisamment compte de l'invalidité dans le volet « ménage ».

Selon lui, l'office n'avait pas pris en compte le fait que la requérante ne pouvait s'occuper du ménage qu'à mi-temps, et avait indûment calculé l'incapacité de travail sur la base d'une journée de travail de 12 heures.

Le tribunal estima qu'au lieu de se fonder sur l'enquête ménagère – dont l'application se justifiait à ses yeux seulement pour les personnes se consacrant au ménage à temps plein –, l'office aurait dû se pencher concrètement sur sa capacité relative aux travaux ménagers, qui avait été établie par un médecin.

Par ailleurs, le tribunal des assurances reprocha à l'office de ne pas avoir examiné si, dans l'hypothèse d'une santé normale, la requérante aurait été en mesure d'exercer une activité rémunérée à la suite de la naissance des enfants. En particulier, il releva que le rapport établi à l'issue de l'enquête ménagère ne donnait guère d'informations sur les efforts demandés à la requérante par l'éducation des enfants (*Betreuungsaufwand*) ni sur l'existence ou non de possibilités de transférer une partie de cette charge éducative à des tierces personnes. Ces éléments n'ayant pas été pris en compte par l'office, le calcul du taux d'invalidité de la requérante avait, aux yeux du tribunal, été établi sur la base d'un état des faits incomplet. Le tribunal était également d'avis, eu égard au salaire modeste de son mari et compte tenu de ce qu'elle pourrait raisonnablement gagner en tant que coiffeuse ou auxiliaire, qu'il était improbable que, dans l'hypothèse d'une santé normale, la requérante n'eût travaillé qu'à 50 %. L'enquête ménagère lui paraissait donc lacunaire sur ce point également.

En conséquence, le tribunal des assurances renvoya l'affaire à l'office pour un complément d'instruction.

19. L'office déposa un recours contre le jugement du tribunal des assurances.

20. Par un arrêt du 28 juillet 2008 (9C_49/2008), le Tribunal fédéral accueillit le recours de l'office, jugeant que la requérante n'avait pas droit à une rente.

Dans ses motifs, le Tribunal fédéral rappela d'abord le cadre qui était à ses yeux celui de la matière, en énonçant :

– que l'objectif de l'assurance-invalidité était de couvrir le risque de perte, pour une raison médicale, de la possibilité d'exercer une activité rémunérée ou d'effectuer à domicile des tâches que l'assuré pouvait réellement effectuer jusqu'à ce qu'il devienne invalide et pourrait toujours effectuer sans l'événement ayant conduit à l'invalidité ;

– qu'il ne s'agissait pas, en revanche, de compenser des activités que l'assuré n'aurait de toute façon jamais exercées, même sans invalidité ;

– que cette approche visait à éviter, par exemple, qu'une personne aisée n'ayant jamais travaillé auparavant puisse, en cas d'atteinte à la santé, se voir considérée comme invalide alors même qu'elle n'aurait très probablement jamais travaillé si elle était restée valide.

21. Partant de là, le Tribunal fédéral estima que la méthode mixte n'engendrait aucune discrimination. Il s'exprima ainsi (traduction par le Greffe) :

> « 3.4 (...) Il est vrai que la méthode mixte, telle qu'elle est appliquée par le Tribunal [fédéral] dans sa jurisprudence constante, peut mener à la perte d'une rente, lorsque, avec une probabilité prépondérante, la personne assurée – en règle générale à la suite de la naissance d'un enfant – cesse d'exercer, ou d'exercer à plein temps, une activité lucrative qui était la sienne jusque-là. Toutefois, ce n'est pas l'invalidité qui cause [alors] la perte de revenu ; de nombreuses personnes en bonne santé subissent également une perte de revenu, quand elles réduisent ou abandonnent leur activité professionnelle. La critique à l'égard de la méthode mixte vise le fait que les personnes (des femmes dans la majorité des cas) subissent une perte de gains lorsqu'elles réduisent leur taux d'activité après la naissance d'enfants. Cette réalité sociologique n'est toutefois pas la conséquence de facteurs liés à la santé de la personne et n'a donc pas lieu d'être compensée par l'assurance-invalidité. Aucune discrimination ou autre violation de la Convention européenne des droits de l'homme n'en découle. »

Le Tribunal fédéral concéda, néanmoins, que les interactions entre les volets « ménage » et « activité rémunérée » n'étaient pas suffisamment prises en compte dans la méthode mixte. Concernant la requérante, cependant, il estima :

– que l'accentuation de ses problèmes de santé par l'exercice d'une activité rémunérée ne devrait pas être considérée comme diminuant sa capacité à effectuer des tâches ménagères de plus de 15 % ;

– que, partant, même en ajoutant une prise en compte de ces interactions, le taux d'invalidité n'atteignait pas le minimum de 40 % requis pour bénéficier d'une rente :

50 % (activité rémunérée) :	0,5 x 10 % = 5 %
50 % (activités de ménage) :	0,5 x (44 + 15 %) = 29,5 %
	Total[3] = 34,5 %

[3] *Idem.*

L'argument selon lequel son mari était au chômage, soulevé par la requérante pour la première fois devant le Tribunal fédéral, fut écarté au motif qu'il n'avait pas été invoqué devant l'instance inférieure et qu'il n'était pas étayé.

En revanche, le Tribunal fédéral avait, en considération de son indigence, admis la requérante au bénéfice de l'assistance judiciaire.

II. LE DROIT ET LA PRATIQUE INTERNES ET INTERNATIONAUX PERTINENTS

1. Le droit constitutionnel

22. Les dispositions pertinentes de la Constitution fédérale de la Confédération suisse du 18 avril 1999 (« Cst. », RS – Recueil systématique du droit fédéral – 101) se lisent ainsi :

Article 8 : Égalité

« [1] Tous les êtres humains sont égaux devant la loi.

[2] Nul ne doit subir de discrimination du fait notamment de son origine, de sa race, de son sexe, de son âge, de sa langue, de sa situation sociale, de son mode de vie, de ses convictions religieuses, philosophiques ou politiques ni du fait d'une déficience corporelle, mentale ou psychique.

[3-4] (...).

Article 13 : Protection de la sphère privée

[1] Toute personne a droit au respect de sa vie privée et familiale, (...).

[2] (...). »

23. L'article 190 de la Constitution fédérale prévoit par ailleurs que « [l]e Tribunal fédéral et les autres autorités sont tenus d'appliquer les lois fédérales et le droit international. »

2. Le droit de l'assurance-invalidité

24. Dans sa version applicable au moment des faits, les dispositions de la loi fédérale du 6 octobre 2000 sur la partie générale du droit des assurances sociales (« LPGA » ; RS 830.1) étaient libellées comme suit :

Article 8 : Invalidité

« [1] Est réputée invalidité l'incapacité de gain totale ou partielle qui est présumée permanente ou de longue durée.

[2] (...)

[3] Les assurés majeurs qui n'exerçaient pas d'activité lucrative avant d'être atteints dans leur santé physique, mentale ou psychique et dont il ne peut être exigé qu'ils en exercent une sont réputés invalides si l'atteinte les empêche d'accomplir leurs travaux habituels. »

Article 16 : Taux d'invalidité

« Pour évaluer le taux d'invalidité, le revenu que l'assuré aurait pu obtenir s'il n'était pas invalide est comparé avec celui qu'il pourrait obtenir en exerçant l'activité qui peut raisonnablement être exigée de lui après les traitements et les mesures de réadaptation, sur un marché du travail équilibré. »

25. Dans sa version en vigueur à la même époque, la loi fédérale du 19 juin 1959 sur l'assurance-invalidité (« LAI » ; RS 831.20) énumérait les buts de cette assurance comme suit :

Article 1a

« Les prestations prévues par la présente loi visent à :

a. prévenir, réduire ou éliminer l'invalidité grâce à des mesures de réadaptation appropriées, simples et adéquates ;

b. compenser les effets économiques permanents de l'invalidité en couvrant les besoins vitaux dans une mesure appropriée ;

c. aider les assurés concernés à mener une vie autonome et responsable. »

26. Les modalités d'évaluation de l'invalidité étaient définies par la même loi comme suit :

Article 28 : Évaluation de l'invalidité

« (...)

L'article 16 LPGA s'applique à l'évaluation des assurés exerçant une activité lucrative. Le Conseil fédéral fixe le revenu déterminant pour l'évaluation de l'invalidité.

^{2bis} L'invalidité des assurés qui n'exercent pas d'activité lucrative et dont on ne peut raisonnablement exiger qu'ils en entreprennent une est évaluée, en dérogation à l'article 16 LPGA, en fonction de l'incapacité d'accomplir leurs travaux habituels.

^{2ter} Lorsque l'assuré exerce une activité lucrative à temps partiel ou travaille sans être rémunéré dans l'entreprise de son conjoint, l'invalidité pour cette activité est évaluée selon l'article 16 LPGA. S'il accomplit ses travaux habituels, l'invalidité est fixée selon l'alinéa 2bis pour cette activité-là. Dans ce cas, les parts respectives de l'activité lucrative ou du travail dans l'entreprise du conjoint et de l'accomplissement des travaux habituels sont déterminées ; le taux d'invalidité est calculé d'après le handicap dont la personne est affectée dans les deux domaines d'activité. »

27. Selon un tableau accompagnant ces dispositions, le droit à une rente était échelonné comme suit en fonction du taux d'invalidité :

Taux d'invalidité	Droit à la rente en fraction d'une rente entière
40 % au moins	un quart
50 % au moins	une demie
60 % au moins	trois quarts
70 % au moins	rente entière

28. Le règlement sur l'assurance-invalidité du 17 janvier 1961 (« RAI » ; RS 831.201) prévoit dans son article 27bis :

> « Lorsqu'il y a lieu d'admettre pour les assurés qui exercent une activité lucrative à temps partiel ou qui travaillent dans l'entreprise de leur conjoint sans être rémunérés, que s'ils ne souffraient d'aucune atteinte à la santé, ils exerceraient, au moment de l'examen de leur droit à la rente, une activité lucrative à temps complet, l'invalidité est évaluée exclusivement selon les principes applicables aux personnes exerçant une activité lucrative. »

3. La loi sur le Tribunal fédéral

29. L'article 122 de la loi sur le Tribunal fédéral du 17 juin 2005 est libellé comme suit :

> « La révision d'un arrêt du Tribunal fédéral pour violation de la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales du 4 novembre 1950 (CEDH) peut être demandée aux conditions suivantes :
>
> a. la Cour européenne des droits de l'homme a constaté, dans un arrêt définitif, une violation de la CEDH ou de ses protocoles ;
>
> b. une indemnité n'est pas de nature à remédier aux effets de la violation ;
>
> c. la révision est nécessaire pour remédier aux effets de la violation. »

4. Les méthodes de calcul du taux d'invalidité en droit suisse

30. En Suisse, on peut distinguer quatre méthodes d'évaluation de l'invalidité dans le domaine des assurances :

a) La méthode générale : la comparaison des revenus

31. Cette méthode est applicable à toutes les personnes exerçant une activité lucrative ou dont on pourrait raisonnablement attendre qu'elles en exercent une. Le taux d'invalidité est déterminé par la comparaison entre le revenu antérieur et le revenu qui pourrait être tiré de l'activité lucrative raisonnablement exigible après la survenance de l'atteinte à la santé. En principe, c'est cette méthode qui est utilisée. Si une détermination selon

cette méthode s'avère impossible, l'une des autres méthodes énumérées ci-dessous sera choisie.

b) La méthode spécifique : la comparaison des champs d'activité

32. Elle s'applique aux assurés qui n'exercent pas d'activité lucrative, notamment les personnes qui s'occupent des activités ménagères du foyer. Le taux d'invalidité est déterminé par la comparaison des activités effectuées ou possibles avant et après la survenance de l'atteinte à la santé.

c) La méthode mixte

33. Elle s'applique aux personnes qui, parallèlement à une activité lucrative à temps partiel, exercent aussi une autre activité, non lucrative (par exemple, s'occuper du foyer). Le taux d'invalidité sera déterminé par comparaison des revenus pour la part d'activité lucrative, et par comparaison des champs d'activité pour les activités d'ordre ménager.

d) La méthode extraordinaire

34. Elle s'applique aux personnes exerçant une activité lucrative pour lesquelles la différence de niveau de revenu ne peut être établie de manière fiable, notamment en raison de la situation économique générale. Le taux d'invalidité sera déterminé en fonction des répercussions économiques de la baisse de performance de l'assuré.

5. La pratique interne pertinente relative à la méthode mixte

a) La jurisprudence du Tribunal fédéral

35. Dans un arrêt de principe du 8 juillet 2011 (ATF 137 V 334), le Tribunal fédéral a confirmé sa jurisprudence quant à la méthode mixte d'évaluation de l'invalidité (qui avait été élaborée notamment dans son arrêt du 26 avril 1999, ATF 125 V 146, et dans son arrêt du 6 août 2007, ATF 133 V 504).

Dans ses motifs, il a, tout d'abord, noté que :

> « 5.1 La doctrine s'est toujours montrée très critique à l'égard de la jurisprudence du Tribunal fédéral concernant la méthode mixte d'évaluation de l'invalidité (...). Elle estime en substance que le degré d'invalidité calculé selon la méthode mixte d'évaluation aboutit à un résultat peu satisfaisant, car souvent inférieur à celui obtenu avec l'aide d'une autre méthode. Dans la mesure où ce seraient les femmes qui en pâtiraient principalement, la méthode mixte d'évaluation serait par conséquent discriminatoire.
>
> (...)
>
> 5.5.2 Lorsqu'une personne assurée décide de ne travailler qu'à temps partiel, elle fait un choix qui relève intrinsèquement de sa responsabilité personnelle directe ; comme pour tout choix, il lui appartient de tenir compte des conséquences positives et négatives de ce choix. Si le travail à temps partiel a pour avantage de permettre un

meilleur équilibre entre la vie professionnelle et l'accomplissement des travaux habituels, il présente également des inconvénients non négligeables qui se traduisent en général notamment par des conditions d'emploi précaires, une diminution de salaire, la privation de certaines prestations sociales ou la limitation des perspectives de carrière (...). »

36. Au considérant 6 du même arrêt, le Tribunal fédéral s'est prononcé sur le moyen relatif à la compatibilité de la méthode mixte avec les articles 8 et 14 de la Convention :

« 6. Il est reproché à la méthode mixte d'évaluation d'empêcher les femmes, principales concernées par son application, de pouvoir choisir le modèle familial qu'elles souhaiteraient, dès lors qu'elle aurait pour effet de pénaliser les personnes exerçant une activité à temps partiel en les privant *de facto* de l'accès aux prestations de l'assurance-invalidité. (...).

6.1

6.1.1 [Résumé sur le droit au respect de la vie privée et familiale selon l'article 8 de la Convention et l'article 13 Cst.]

6.1.2 L'ordre juridique suisse ne pose aucun obstacle à l'exercice d'une activité à temps partiel. Un tel choix d'orientation, comme tout choix de cette nature, entraîne des conséquences positives et négatives, que cela soit à un niveau personnel, matériel ou social. Les prestations fournies par le régime social d'assurance [ne sont] qu'un facteur parmi d'autres entrant en ligne de compte dans la pondération des intérêts conduisant au choix de la personne assurée. Certes, un État social moderne se doit de couvrir les risques sociaux principaux, afin de permettre aux individus de se libérer du souci permanent de leur avenir. Ce devoir n'est toutefois pas sans limites. Il n'existe pas de principe général selon lequel l'État devrait assumer la prise en charge collective de tous les malheurs pouvant survenir dans la vie d'un individu. De fait, le régime social d'assurance n'est matériellement pas à même de répondre à tous les risques et besoins sociaux. Le contenu et les conditions de l'intervention de l'État sont définis par le législateur, en fonction des objectifs de politique sociale que celui-ci s'est fixés. Le droit au respect de la vie privée et familiale ne saurait à cet égard fonder un droit direct à des prestations positives de l'État susceptibles notamment de favoriser l'exercice de la vie familiale (... ; voir également l'arrêt de la Cour européenne des droits de l'homme *Petrovic contre Autriche* du 27 mars 1998, Recueil Cour-EDH 1998-II p. 579 § 26 ss). Certes convient-il de tenir compte des droits fondamentaux et principes constitutionnels lors de l'interprétation des normes ayant pour objet de fournir une prestation dans le domaine des assurances sociales, ainsi que lors de l'exercice du pouvoir d'appréciation, dans une mesure compatible avec l'article 190 Cst. qui prévoit que les lois fédérales et le droit international s'imposent au Tribunal fédéral et aux autres autorités appliquant la loi (...). Cela étant, on ne voit pas que la méthode mixte d'évaluation de l'invalidité porterait atteinte au droit de toute personne de mener la vie et de choisir le modèle familial de son choix, dès lors que cette méthode d'évaluation en particulier et le régime social de l'assurance-invalidité en général n'ont pas pour but d'intervenir dans la relation familiale en tant que telle, même s'il peut indirectement en résulter des désagréments pour la personne travaillant à temps partiel pour des raisons familiales et devenant invalide (...). La méthode mixte d'évaluation de l'invalidité ne viole par conséquent pas les articles 13 al. 1 Cst. ou 8 par. 1 CEDH.

6.2

6.2.1 Une décision ou un arrêté viole le principe de l'égalité de traitement consacré à l'article 8 al. 1 Cst. lorsqu'il établit des distinctions juridiques qui ne se justifient par aucun motif raisonnable au regard de la situation de fait à réglementer ou qu'il omet de faire des distinctions qui s'imposent au vu des circonstances, c'est-à-dire lorsque ce qui est semblable n'est pas traité de manière identique et ce qui est dissemblable ne l'est pas de manière différente. Il faut que le traitement différent ou semblable injustifié se rapporte à une situation de fait importante (...). Au principe d'égalité de traitement, l'article 8 al. 2 Cst. ajoute une interdiction des discriminations. Aux termes de cette disposition, nul ne doit subir de discrimination du fait notamment de son origine, de sa race, de son sexe, de son âge, de sa langue, de sa situation sociale, de son mode de vie, de ses convictions religieuses, philosophiques ou politiques ni du fait d'une déficience corporelle, mentale ou physique. On est en présence d'une discrimination selon l'article 8 al. 2 Cst. lorsqu'une personne est traitée différemment en raison de son appartenance à un groupe particulier qui, historiquement ou dans la réalité sociale actuelle, souffre d'exclusion ou de dépréciation. Le principe de non-discrimination n'interdit toutefois pas toute distinction basée sur l'un des critères énumérés à l'article 8 al. 2 Cst., mais fonde plutôt le soupçon d'une différentiation inadmissible. Les inégalités qui résultent d'une telle distinction doivent dès lors faire l'objet d'une justification particulière (...).

6.2.2 Parmi les personnes qui exercent une activité lucrative, 58,5 % des femmes exercent une activité à temps partiel contre 13,8 % des hommes (Office fédéral de la statistique, Enquête suisse sur la population active [ESPA], Personnes actives occupées à plein temps et à temps partiel selon le sexe, la nationalité, les groupes d'âges, le type de famille, T 03.02.01.16 [2010, 4e trimestre]). Le travail à temps partiel est ainsi une caractéristique de la vie professionnelle des femmes. Cette prépondérance des femmes parmi les travailleurs à temps partiel résulte avant tout de causes sociétales liées à la transformation des comportements individuels et des structures économiques. Au cours de ces dernières décennies, le statut de la femme dans la société a considérablement évolué. Les revendications quant à la place des femmes dans le monde du travail et quant au partage des tâches au sein de la cellule familiale sont devenues toujours plus importantes et écoutées. À cet égard, le développement du travail à temps partiel reflète le souhait exprimé par celles-ci de pouvoir concilier, au mieux des intérêts de la cellule familiale, vies familiale et professionnelle. Le déséquilibre entre hommes et femmes dans la proportion de travailleurs à temps partiel a toutefois d'autres explications : les inégalités de qualifications et de salaires qui font que, dans un couple, c'est le moins bien rémunéré des deux qui travaillera à temps partiel ou encore le fait que le travail à temps partiel est particulièrement répandu dans le secteur des services, notamment de la vente, où les femmes sont, relativement, plus nombreuses que dans les autres activités (Office fédéral de la statistique, Rapport social statistique suisse 2011, p. 17 suiv. ; Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes, Vers l'égalité entre femmes et hommes, Situation et évolution, 2008, p. 10 suiv. ; ...).

6.2.3 S'il est ainsi notoire que la méthode mixte d'évaluation de l'invalidité s'applique majoritairement aux femmes, ce seul fait ne constitue pas encore une raison suffisante pour conclure au caractère inégal et discriminatoire de cette méthode. La méthode mixte d'évaluation de l'invalidité a pour objectif d'appréhender de manière adéquate une situation qui diffère de celles concernant les assurés exerçant une activité à plein temps ou sans activité lucrative. Elle vise un état de fait précis et se fonde sur des critères objectifs liés à la notion de risque assuré, à la base de l'assurance-invalidité. Ainsi, le choix d'appliquer cette méthode d'évaluation de l'invalidité ne se détermine aucunement d'après des critères liés spécifiquement au sexe de l'assuré ou qui seraient incompatibles avec l'interdiction constitutionnelle de

la discrimination, mais d'après le statut du bénéficiaire éventuel de la rente (...). La méthode mixte d'évaluation de l'invalidité ne viole par conséquent pas l'article 8 Cst.

6.3 Pour le surplus, on relèvera qu'il n'y a pas lieu de se demander si l'application de la méthode mixte d'évaluation viole le principe de non-discrimination prévu à l'article 14 CEDH - dont les garanties n'ont d'ailleurs pas de portée indépendante par rapport à l'article 8 Cst. (...) - en lien avec une autre garantie conventionnelle. Au regard de sa jurisprudence, la Cour européenne des droits de l'homme considère que le droit à une prestation sociale - dans la mesure où elle est prévue par la législation applicable - est un droit patrimonial au sens de l'article 1 du Protocole nº 1 CEDH du 20 mars 1952 (arrêt de la Cour européenne des droits de l'homme *Gaygusuz contre Autriche* du 16 septembre 1996, Recueil CourEDH 1996-IV p. 1129 § 41). La Suisse n'ayant pas ratifié ce protocole, l'application de l'article 14 CEDH ne peut pas entrer en ligne de compte dans le cas d'espèce. »

37. Le Tribunal fédéral a conclu :

« 7.2 Sur le vu des considérations développées ci-dessus, il n'y a pas lieu de s'écarter du jugement entrepris, dès lors qu'il applique correctement la jurisprudence susmentionnée. Ainsi qu'on l'a vu, cette solution ne satisfait pas une partie de la doctrine. Force est toutefois de constater qu'elle est la conséquence de la dualité méthodologique voulue à l'origine par le législateur. Le point de savoir si un tel choix est encore opportun à la lumière de l'évolution sociologique de la société ne peut pas être tranché par le Tribunal fédéral. Au risque peut-être de se répéter, il appartient au législateur fédéral de proposer une solution qui, à ses yeux, tiendrait mieux compte de la situation des travailleurs à temps partiel (...). »

b) Les réflexions au sein du Parlement et Gouvernement fédéraux

38. Par la voie d'un postulat (postulat Jans Beat) déposé le 28 septembre 2012, le Conseil national (parlement fédéral) a chargé le Conseil fédéral (gouvernement) :

« (...) d'établir un rapport sur les désavantages liés à l'assurance-invalidité dont sont victimes les travailleurs à temps partiel. Il y analysera la cause et l'étendue du problème, si possible en fonction des sexes. Il y proposera aussi des ébauches de solutions en indiquant leurs incidences financières. »

39. Le Conseil fédéral a répondu à ce postulat par un rapport détaillé du 1er juillet 2015, intitulé « Assurances-invalidité : évalution du taux d'invalidité des personnes travaillant à temps partiel, Rapport du Conseil fédéral en réponse au postulat de Jans Beat (12.3960 « Assurance-invalidité. Les travailleurs à temps partiel sont désavantagés ») du 28 septembre 2012 »). Quant à l'application de la méthode mixte, il a confirmé que celle-ci est appliquée dans la grande majorité aux femmes (références omises) :

« 3. Fréquence et répartition des méthodes d'évaluation

(...)

En comparaison, la méthode mixte présentait une répartition nettement plus inégale: sur un total de 16 400 rentes calculées en décembre 2013 au moyen de cette méthode, la majeure partie, soit 16 000 cas (ou 98 %), étaient des femmes, alors que le nombre

d'hommes faisant l'objet d'une évaluation selon cette méthode s'élevait à 400 seulement (ou 2 %).

(...)

40. Le Conseil fédéral a également mis en exergue les critiques majeures formulées vis-à-vis de la méthode mixte :

5. Critique de la méthode mixte

5.1 Points critiqués

La méthode mixte est l'objet de trois critiques principales. Il lui est reproché :

1. de tenir compte à deux reprises du fait que l'activité est exercée à temps partiel : une fois lors de la détermination du revenu sans invalidité et une fois dans le cadre de la pondération proportionnelle des deux domaines ;

2. de ne pas tenir suffisamment compte des interactions entre les entraves à l'exercice d'une activité lucrative et celles qui affectent l'accomplissement des travaux habituels ;

3. de concerner avant tout les femmes et de constituer, de ce fait, une discrimination indirecte.

(...)

41. Quant à la question de savoir si la méthode mixte est discriminatoire, le Conseil fédéral a observé ce qui suit :

5.4 La méthode est-elle source de discrimination ?

Ce sont souvent les femmes qui réduisent leur taux d'occupation pour prendre soin des enfants et du ménage. C'est donc à elles que la méthode mixte est plus particulièrement appliquée. Or, puisque cette méthode d'évaluation de l'invalidité peut aboutir à des taux d'invalidité plus faibles, il lui est reproché de pénaliser les femmes en entravant leur accès aux prestations de l'AI. Les femmes seraient ainsi empêchées de choisir librement le modèle familial qu'elles souhaitent. La méthode mixte serait par conséquent contraire aux art. 8 (égalité) et 13, al. 1 (respect de la vie privée et familiale), de la Constitution. La CEDH contient elle aussi des dispositions qui garantissent le respect de la vie familiale (art. 8, par. 1) et interdisent toute discrimination, notamment contre les femmes (art. 14). Certaines critiques affirment que la méthode mixte violerait également ces dispositions. Dans la mesure où la méthode mixte n'est pas expressément dirigée contre les femmes, mais que son application pénalise de fait principalement des femmes, il faudrait parler de discrimination indirecte.

5.4.1 Respect de la vie privée et familiale

Le droit au respect de la vie privée et familiale au sens de l'art. 13, al. 1, Cst., dont la portée est comparable à celle de l'art. 8, par. 1, CEDH, garantit à l'individu un espace de liberté dans lequel il peut se développer et se réaliser, en disposant librement de sa personne et de son mode de vie.

La méthode mixte d'évaluation de l'invalidité n'empêche nullement les individus de mener leur vie comme ils l'entendent et de choisir librement leur modèle familial. L'ordre juridique suisse ne pose aucun obstacle à l'exercice d'une activité à temps partiel. Les prestations de l'AI sont définies en fonction de la situation professionnelle de chacun et il revient à l'assuré d'en tenir compte lorsqu'il décide du temps qu'il

entend consacrer à l'exercice d'une activité lucrative. La méthode mixte d'évaluation de l'invalidité n'est donc pas contraire à l'art. 13, al. 1, Cst.

5.4.2 Egalité

Il y a violation du principe d'égalité de traitement au sens de l'art. 8, al. 1, Cst. lorsque ce qui est semblable n'est pas traité de manière identique ou lorsque ce qui est dissemblable ne l'est pas de manière différente. Une égalité ou une différence de traitement doit ainsi reposer sur une cause objective.

Les manquements au principe d'égalité de traitement constituent également une violation de l'interdiction de toute discrimination lorsqu'une personne est traitée différemment en raison de son origine, de sa race, de son sexe ou de toute autre raison énumérée à l'art. 8, al. 2, Cst. et qu'elle en vient ainsi à souffrir d'exclusion ou de dépréciation. Si le principe de non-discrimination n'interdit pas toute distinction fondée sur l'une de ces raisons, il requiert néanmoins qu'un traitement moins favorable doit faire l'objet d'une justification particulière et respecter le principe de proportionnalité.

Près de 60 % des femmes qui exercent une activité lucrative le font à temps partiel, alors que cette proportion n'est que de 15 % pour les hommes. Si le travail à temps partiel est aujourd'hui une caractéristique centrale de la situation professionnelle des femmes, cette réalité s'explique par des causes sociétales et non par des raisons d'ordre juridique. Des différences de qualifications et de salaires jouent aussi un rôle dans ce déséquilibre, de même que le fait que le travail à temps partiel est particulièrement répandu dans le secteur des services, par exemple dans la vente ou les soins à la personne, où les femmes sont beaucoup plus nombreuses que les hommes.

L'invalidité doit être évaluée de la même façon pour toute personne qui exerce une activité à temps partiel, qu'il s'agisse d'une femme ou d'un homme. Lorsque leur situation professionnelle et leur état de santé sont identiques, un homme et une femme jouissent du même statut et leur cas doit être évalué de la même façon dans l'AI. Ils bénéficient des mêmes prestations de l'assurance s'ils remplissent de manière identique les conditions posées à l'octroi de ces prestations. Ainsi, bien que la méthode mixte soit de fait principalement appliquée à des femmes, cette différence ne constitue pas en soi une discrimination directe fondée sur le sexe.

Cependant, l'art. 8, al. 3, Cst. interdit la discrimination non seulement directe, mais aussi indirecte. Une discrimination est dite indirecte lorsqu'une réglementation, bien que neutre en tant que telle, affecte et pénalise de fait plus particulièrement un groupe de destinataires défini sur la base d'une caractéristique non autorisée, par exemple le sexe. L'absence de différenciation entre les sexes doit alors être justifiée par des raisons valables et sérieuses.

En l'occurrence, il n'est pas contesté d'une part que la méthode mixte peut conduire à des taux d'invalidité plus bas. D'autre part, il est établi que cette méthode est appliquée dans 98 % des cas à des femmes. La question d'une discrimination indirecte peut donc être posée et elle l'est de fait dans la littérature spécialisée.

Dans l'arrêt ATF 137 V 334 cité par le postulat, le Tribunal fédéral relativise la critique de la doctrine. Il confirme sa jurisprudence constante et soutient expressément que l'utilisation de la méthode mixte n'est pas contraire à l'art. 8 Cst. Le Tribunal fédéral ne se prononce pas explicitement sur l'existence d'une discrimination indirecte. Une affaire critiquant cette jurisprudence (sur la base des art. 8, 14 combiné

avec 8 et 14 combiné avec 6 CEDH) est actuellement pendante devant la Cour européenne des droits de l'homme, qui n'a pas encore rendu son arrêt.

L'interdiction de la discrimination à l'art. 14 CEDH n'a qu'un caractère accessoire et ne peut donc être invoquée qu'en relation avec des droits et libertés garantis dans la CEDH ou dans ses protocoles additionnels. Dans les cas où la Cour a jusqu'à présent examiné le refus de prestations déterminées de l'assurance sociale à la lumière des droits garantis par la Convention, elle s'est fondée sur le 1er Protocole additionnel à la Convention, lequel n'a pas été ratifié par la Suisse.

Le gouvernement suisse, dans le cadre de ses observations adressées à la Cour européenne, a conclu en premier lieu, que les griefs de la requérante ne tombent pas dans le champ d'application de l'art. 8 CEDH et que, par conséquent, l'art. 14 CEDH, en relation avec l'art. 8 CEDH, ne s'applique pas. Sur le fond, il a soutenu la position exprimée par le Tribunal fédéral et conclu que l'évaluation de l'invalidité dans le cadre de l'assurance-invalidité reflète finalement de manière générale les réalités sociales en Suisse.

La position toujours défendue par la Suisse peut être résumée ainsi : la méthode mixte vise à garantir que le taux d'invalidité d'une personne soit déterminé de la meilleure façon possible et corresponde précisément à la situation concrète. Son utilisation doit permettre d'appréhender correctement la situation propre à chaque individu. La surreprésentation des femmes lors de l'application de la méthode mixte est imputable à la persistance d'une répartition traditionnelle des rôles au sein de la famille.

En ce qui concerne le grief relatif à une violation de l'art. 14 CEDH en relation avec l'art. 6 CEDH, en matière d'administration des preuves, le Conseil fédéral a précisé qu'outre le fait qu'une telle question relève manifestement du droit interne, la procédure appliquée pour déterminer le statut de la personne assurée et l'administration des preuves pour ce faire étant la même pour les hommes et les femmes, il n'y a pas de discrimination en l'espèce.

Il reste à voir comment la Cour européenne des droits de l'homme traitera ces questions.

Dans le cas où la Cour constate une violation de l'interdiction de la discrimination, les méthodes de l'évaluation du taux d'invalidité devront être revues.

Quelle que soit l'issue de la procédure, les offices AI doivent être encore plus sensibilisés à la nécessité de déterminer avec précision de quelle façon l'assuré, avant la survenance de l'atteinte à sa santé, utilisait son temps à côté de son travail à temps partiel.

Il faudrait néanmoins examiner si le fait d'attribuer une valeur économique aux travaux ménagers permet de garantir le principe de l'égalité de traitement et la non-discrimination. Une partie de la doctrine défend cette conception : puisque l'accomplissement des travaux habituels a lui aussi une valeur monétaire, il faudrait lui en attribuer une lors de l'évaluation de l'invalidité.

(...)

42. Enfin, le Conseil fédéral a tiré certaines conclusions par rapport à la méthode mixte :

8. Conclusions

Le rapport met en évidence certaines failles dans l'évaluation du taux d'invalidité des personnes travaillant à temps partiel. Il montre les raisons pour lesquelles l'utilisation de la méthode mixte peut conduire à des taux d'invalidité moins élevés. Ensuite, il examine différentes pistes alternatives susceptibles d'améliorer la situation.

(...)

Le Conseil fédéral attache beaucoup d'importance à une meilleure conciliation entre activité professionnelle et vie familiale, objectif qui implique que l'exercice d'une activité à temps partiel n'engendre pas de conséquences négatives pour le droit aux prestations des assurances sociales.

(...)

Compte tenu de l'importance croissante du travail à temps partiel, une possibilité d'optimisation de la méthode mixte qui ne nécessiterait pas de modification de la loi a été relevée.

Pour procéder à une évaluation correcte et sérieuse de l'incapacité de gain, le médecin doit connaître l'ensemble des activités réalisées par l'assuré. Cette optimisation peut se faire à l'échelle réglementaire : une précision peut être apportée à l'art. 27bis RAI afin que les interactions entre les travaux habituels et l'activité lucrative soient prises en compte lors de l'application de la méthode mixte. La remise d'un questionnaire uniforme aux médecins permettrait de garantir la mise en oeuvre de cette règle. Cette mesure peut fortement faciliter la mise en oeuvre de l'AI à l'avenir. »

6. Les statistiques concernant la méthode mixte présentées par les parties

43. Selon les données fournies par le Gouvernement, la méthode mixte a durant l'année 2009 été appliquée dans 4 168 cas, c'est-à-dire dans environ 7,5 % de toutes les décisions en matière d'invalidité. Sur un total de ces 4 168 cas, 4 045 (soit 97 %) concernaient des femmes et 123 (soit 3 %) concernaient des hommes.

44. De l'avis du Gouvernement, le fait que les femmes soient surreprésentées dans l'application de la méthode mixte d'évaluation de l'invalidité est dû au fait qu'en Suisse prévaut encore une répartition traditionnelle des rôles entre époux. Dans le même sens, le Gouvernement se réfère également aux données de l'Office fédéral des statistiques selon lesquelles, en 2009, sur l'ensemble des femmes professionnellement actives, la part de celles exerçant une activité professionnelle à temps partiel (moins de 90 % d'un temps plein), était de 57,2 %, alors que la part des hommes exerçant une activité à temps partiel était de 12,9 % de l'ensemble des hommes professionnellement actifs. Il en tire la conclusion que l'évaluation de l'invalidité dans le cadre de l'assurance-invalidité ne fait que refléter de manière générale les réalités sociales en Suisse.

45. Pour la méthode d'évaluation mixte, le calcul a conduit dans environ la moitié des cas à un taux d'invalidité d'au moins 65 %. Pour les deux autres méthodes, il a débouché dans la moitié des cas sur un degré d'invalidité d'environ 80 %.

La disparité entre les méthodes s'accentue pour le degré d'invalidité de 100 % : celui-ci est obtenu dans presque 40 % des cas évalués selon la méthode de la « comparaison des revenus », tandis qu'en application de la méthode mixte un tel résultat n'est obtenu que dans 5 % des cas.

Hormis pour le degré d'invalidité de 100 %, très difficilement atteignable selon la méthode d'évaluation mixte, le Gouvernement estime au vu de ces chiffres que la répartition des degrés d'invalidité obtenue par application de l'une ou l'autre des méthodes est assez proche.

46. La requérante exprime un doute quant à l'affirmation du Gouvernement selon laquelle la méthode d'évaluation mixte n'aurait été appliquée que dans 7,5 % des affaires : le nombre de rentes refusées n'étant pas précisé, il est selon elle impossible de déterminer, pour chaque méthode d'évaluation de l'invalidité et pour chaque sexe, le pourcentage de décisions positives ou négatives par rapport à l'ensemble des demandes de rentes examinées.

47. Elle ajoute également que, bien que lacunaires, les statistiques fournies par le Gouvernement montrent tout de même clairement que l'application de la méthode dite « mixte » d'évaluation de l'invalidité conduit à des rentes nettement plus basses. De surcroît, explique-t-elle, comme l'application de cette méthode réduit de manière générale le degré d'invalidité – qui peut ainsi plus facilement tomber en dessous du minimum de 40 % requis –, la proportion de refus de toute rente lors de l'application de cette méthode augmente en conséquence de façon similaire.

EN DROIT

I. SUR LA VIOLATION ALLÉGUÉE DE L'ARTICLE 14, COMBINÉ AVEC L'ARTICLE 8 DE LA CONVENTION

48. Faisant valoir que la méthode mixte de calcul du taux d'invalidité a eu pour conséquence qu'elle s'est vu refuser une rente d'invalidité à cause de l'activité professionnelle qu'elle a exercé à temps partiel, la requérante estime avoir subi un traitement discriminatoire. Selon elle, cette méthode trouve son origine dans l'idée, très traditionnelle, que seul un membre du couple – le plus souvent, l'homme – exerce une activité rémunérée, tandis que l'autre s'occupe exclusivement du ménage et des enfants (*Aufgabentrennung*). Quand, au contraire, un couple décide de partager les rôles (*Aufgabenteilung*), solution plus moderne à ses yeux, il s'expose d'après elle au risque de perdre, dans l'hypothèse d'une invalidité, le droit à une rente.

Pour ces raisons, la requérante conclut à la violation de l'article 14 de la Convention, combiné avec l'article 8, dispositions ainsi libellées:

Article 14

« La jouissance des droits et libertés reconnus dans la (...) Convention doit être assurée, sans distinction aucune, fondée notamment sur le sexe, la race, la couleur, la langue, la religion, les opinions politiques ou toutes autres opinions, l'origine nationale ou sociale, l'appartenance à une minorité nationale, la fortune, la naissance ou toute autre situation. »

Article 8

« 1. Toute personne a droit au respect de sa vie privée et familiale, de son domicile et de sa correspondance.

2. Il ne peut y avoir ingérence d'une autorité publique dans l'exercice de ce droit que pour autant que cette ingérence est prévue par la loi et qu'elle constitue une mesure qui, dans une société démocratique, est nécessaire à la sécurité nationale, à la sûreté publique, au bien-être économique du pays, à la défense de l'ordre et à la prévention des infractions pénales, à la protection de la santé ou de la morale, ou à la protection des droits et libertés d'autrui. »

49. La requérante s'estime désavantagée, tout d'abord, par rapport aux personnes qui n'exercent aucune activité lucrative. Elle explique que, dans un cas comme le sien, une telle personne serait considérée comme invalide à 44 %, taux qui, lui, donne droit à une rente (le taux minimal donnant droit à une rente étant de 40 %).

Il y a également discrimination, à ses yeux, par rapport aux personnes n'ayant pas à s'occuper d'un foyer ou d'enfants et qui peuvent ainsi travailler à temps plein. D'après elle, dans une situation identique à la sienne, le taux d'invalidité d'une telle personne serait fixé à 55 %.

La méthode mixte étant inapplicable à ces deux catégories de personnes, explique la requérante, elles auraient alors bien droit à une rente d'invalidité.

Cette situation juridique constitue, selon elle, une double discrimination à son égard :

– d'abord, une discrimination sur la base de son handicap, la méthode mixte étant propre à décourager tout effort des personnes invalides pour s'intégrer professionnellement par une activité partielle, puisqu'une telle activité risquerait de leur faire perdre leur rente ;

– ensuite, une discrimination fondée sur le sexe, en ce que le régime juridique en vigueur affecte, dans la grande majorité des cas, des femmes après la naissance d'enfants.

50. Le Gouvernement conteste la thèse de la requérante.

A. Sur la recevabilité

51. La Cour constate que le présent grief n'est pas manifestement mal fondé au sens de l'article 35 § 3 de la Convention et qu'il ne se heurte à aucun autre motif d'irrecevabilité. Partant, il y a lieu de le déclarer recevable.

B. Sur le fond

1. Sur l'applicabilité de l'article 14, combiné avec l'article 8 de la Convention

a) Sur la question de savoir si les faits de la cause tombent sous l'empire de l'article 8

i. Thèses des parties

α) Le Gouvernement

52. Le Gouvernement estime que le droit au respect de la vie familiale ne permet pas de fonder en principe un droit direct à des prestations positives de l'État visant à permettre l'exercice de la vie familiale. Selon lui, les droits garantis dans la Convention ne comprennent pas l'obligation pour les États parties de fournir certaines prestations financières ni de garantir un certain niveau de vie.

53. Le Gouvernement soutient que, dans les cas où la Cour a été amenée à examiner le refus d'accorder au requérant telle ou telle prestation relevant des assurances sociales, elle s'est fondée sur le premier protocole additionnel à la Convention ; or, celui-ci n'a pas été ratifié par la Suisse.

Il en conclut que l'article 14 de la Convention, combiné avec l'article 8, ne trouve pas à s'appliquer en l'espèce. Les griefs tirés d'une violation alléguée de cette disposition lui paraissent donc devoir être rejetés pour incompatibilité *ratione materiae* avec les dispositions de la Convention, en application de l'article 35 §§ 3 et 4 de la Convention.

54. Le Gouvernement estime que la rente d'invalidité n'a pas pour but de permettre telle ou telle répartition des tâches – que ce soit avant ou après la survenance de l'invalidité – au sein de la famille de la personne invalide (comme de permettre, par exemple, au conjoint d'une personne assurée de travailler à temps partiel).

En effet, explique-t-il, dans le cadre de l'application de la méthode mixte, l'assuré doit, avant le calcul de la rente, exprimer le choix d'organisation des tâches qui serait le sien dans l'hypothèse où il serait en bonne santé. Lors de ce choix hypothétique, les aspects relevant du droit de l'assurance-invalidité, comme la méthode utilisée pour évaluer l'invalidité ou la perspective d'obtenir une rente, n'ont pas vocation à intervenir.

Pour le Gouvernement, la question de la rente d'invalidité n'exerce pas non plus d'influence sur la décision déterminant si et dans quelle mesure la personne assurée utilise, comme invalide, sa capacité résiduelle de travail dans le cadre de la répartition des tâches déterminée hypothétiquement pour le cas où elle serait en bonne santé.

Partant, il estime que la rente d'invalidité n'affecte en rien le choix de la répartition des tâches dans la famille de la personne invalide.

β) La requérante

55. La requérante est d'avis que la présente affaire entre bien dans le champ d'application de l'article 8. S'il est vrai que le droit à la rente d'invalidité existe indépendamment du fait qu'une famille au sens de l'article 8 soit ou non impliquée, comme le relève le Gouvernement, la requérante objecte toutefois que la discrimination qu'elle dénonce affecte, précisément, les assurés dont le choix de ne travailler qu'à temps partiel est motivé par leurs charges ménagères ou parentales.

Pour les autres assurés – ceux dont le renoncement à un travail à plein temps répond, par exemple, au désir de pouvoir s'adonner à un hobby –, explique-t-elle, le Tribunal fédéral applique la méthode mixte de calcul du taux d'invalidité de façon moins incisive ; ce qui signifie qu'une personne travaillant à temps partiel reçoit plus facilement une rente si elle consacre son temps libre aux loisirs plutôt qu'aux tâches ménagères. La méthode mixte incriminée pénaliserait donc exclusivement les familles. Elle ajoute que les conséquences néfastes de la méthode mixte sont d'autant plus lourdes à porter lorsque la personne invalide concernée est un parent qui éduque seul ses enfants et ne peut pas compter sur la contribution financière d'un conjoint.

56. Compte tenu de ce qui précède, la requérante estime que sont bien ici en cause les implications de la méthode choisie pour décider de l'octroi d'une rente, et ses conséquences sur la famille. Contrairement à l'avis du Gouvernement, le choix de la répartition des tâches lui paraît bien avoir une conséquence directe sur l'octroi ou le refus d'une rente en cas d'invalidité.

57. Partant, la requérante soutient que l'article 14, combiné avec l'article 8, est applicable au cas d'espèce.

ii. Appréciation de la Cour

58. En ce qui concerne la protection contre la discrimination, il convient de rappeler que l'article 14 ne fait que compléter les autres clauses matérielles de la Convention et de ses Protocoles. Il n'a pas d'existence indépendante, puisqu'il vaut uniquement pour « la jouissance des droits et libertés » qu'elles garantissent (voir, parmi beaucoup d'autres, *Sahin c. Allemagne* [GC], nº 30943/96, § 85, CEDH 2003-VIII). Son application ne présuppose pas nécessairement la violation d'un des droits substantiels garantis par la Convention. Il est nécessaire et suffisant que les faits de la cause tombent sous l'empire de l'une au moins des dispositions de la Convention ou de ses Protocoles (*Vallianatos et autres c. Grèce* [GC], nºs 29381/09 et 32684/09, § 72, CEDH 2013 (extraits)).

59. La Cour rappelle également que la Convention ne crée pas, en tant que tel, de droit à une pension ou autre prestation sociale d'un montant particulier (*Youri Romanov c. Russie*, nº 69341/01, § 45, 25 octobre 2005). Par ailleurs, la Convention ne garantit aucun droit à jouir d'un certain niveau de vie (*Vassilenkov c. Ukraine*, nº 19872/02, § 18, 3 mai 2005).

60. En ce qui concerne l'aspect "vie familiale" de l'article 8, la Cour rappelle tout d'abord que cette notion ne comprend pas uniquement des relations de caractère social, moral ou culturel; elle englobe aussi des intérêts matériels (*Merger et Cros c. France*, nº 68864/01, § 46, 22 décembre 2004).

61. Elle rappelle ensuite que des mesures permettant à l'un des parents de rester au foyer pour s'occuper de ses enfants sont des mesures qui favorisent la vie familiale et qui ont ainsi une incidence sur l'organisation de celle-ci ; de telles mesures entrent dans le champ d'application de l'article 8 (voir, notamment, *Petrovic c. Autriche*, 27 mars 1998, § 27, *Recueil des arrêts et décisions* 1998-II, *Konstantin Markin c. Russie* [GC], nº 30078/06, § 130, CEDH 2012 (extraits) ; voir dans le même sens *Weller c. Hongrie*, nº 4399/05, § 29, 31 mars 2009, et *Dhahbi c. Italie*, nº 17120/09, § 41, 8 avril 2014).

62. La présente affaire concerne également des questions liées à l'organisation de la vie familiale, quoique d'une autre manière. En effet, il ressort des statistiques disponibles que le régime juridique en vigueur – la méthode mixte, donc – concerne dans la grande majorité des cas les femmes qui souhaitent travailler à temps partiel après la naissance d'enfants. Dans son arrêt concernant la requérante (28 juillet 2008, paragraphe 20 ci-dessus), le Tribunal fédéral a reconnu que la méthode mixte peut parfois conduire à la perte de la rente, notamment chez les femmes qui, après la naissance de leurs enfants, travaillent à temps partiel. La Cour considère que l'application de la méthode mixte à la requérante était susceptible d'influencer celle-ci et son époux dans la manière dont ils se répartissent les tâches au sein de la famille et, partant, d'avoir un impact sur l'organisation de leur vie familiale et professionnelle. Dans son arrêt de principe (paragraphe 35 ci-dessus), le Tribunal fédéral a d'ailleurs explicitement admis que la méthode mixte peut causer des désagréments pour une personne travaillant à temps partiel pour des raisons familiales, lorsqu'elle devient invalide. Ces observations suffisent à la Cour pour conclure que le présent grief relève de l'article 8 sous son volet « familial ».

63. En ce qui concerne l'aspect « vie privée » de l'article 8, la Cour a déjà eu l'occasion d'observer que cette notion est une notion large, non susceptible d'une définition exhaustive. Elle peut parfois englober des aspects de l'identité physique et sociale d'un individu (*Mikulić c. Croatie*, nº 53176/99, § 53, CEDH 2002-I). Elle recouvre également le droit au développement personnel et le droit d'établir et entretenir des rapports avec d'autres êtres humains et le monde extérieur (voir, par exemple, *Evans c. Royaume-Uni* [GC], nº 6339/05, § 71, CEDH 2007-I). Enfin, la Cour a considéré que la notion d'autonomie personnelle reflète un principe important qui sous-tend l'interprétation des garanties de l'article 8 (*Pretty c. Royaume-Uni*, nº 2346/02, § 61, CEDH 2002-III, et *Haas c. Suisse*, nº 31322/07, § 51, CEDH 2011).

64. En l'espèce, le volet « privé » de l'article 8 est également concerné, dans la mesure où il garantit le droit au développement personnel et l'autonomie personnelle. En effet, dans la mesure où la méthode mixte défavorise les personnes souhaitant travailler à temps partiel par rapport aux personnes qui exercent une activité lucrative à plein temps et par rapport à celles qui ne travaillent pas du tout, il n'est pas à exclure que cette méthode de calcul de l'invalidité restreigne les personnes mentionnées en premier dans leur choix pour répartir leur vie privée entre le travail, les tâches ménagères et la prise en charge des enfants.

65. Compte tenu de ce qui précède, le présent grief tombe sous l'empire de l'article 8.

b) Sur la nature de la discrimination alléguée

66. Il ressort de ces observations, notamment des éléments statistiques fournis par les parties, que la méthode mixte concerne dans la majorité écrasante des cas des femmes qui souhaitent, après la naissance d'un ou plusieurs enfants, réduire le taux de leur activité lucrative. Dès lors, la Cour estime que la requérante est recevable à se prétendre victime d'une discrimination fondée sur le sexe au sens de l'article 14 de la Convention.

67. Ce constat dispense la Cour d'examiner la question de savoir si le refus d'une rente d'invalidité est susceptible de relever également, en l'espèce, d'une discrimination fondée sur son handicap.

c) Conclusion

68. Il s'ensuit que l'article 14 de la Convention, combiné avec l'article 8, est applicable en l'espèce.

2. Sur l'observation de l'article 14, combiné avec l'article 8 de la Convention

a. Les thèses des parties

i. La requérante

69. La requérante concède au Gouvernement qu'en théorie, la méthode mixte vaut sans distinction pour les hommes et les femmes. Ce que le Gouvernement semble en revanche ignorer, à ses yeux, est la problématique de la discrimination indirecte : la méthode mixte a, certes, les mêmes conséquences, que ce soit l'homme ou la femme qui ait une activité lucrative à temps partiel et effectue les tâches ménagères ; mais, explique la requérante, son effet se fait ressentir de manière disproportionnée du côté des femmes, étant donné que ce sont elles qui sont concernées dans la grande majorité des cas, comme le confirment les statistiques livrées par le Gouvernement.

70. La requérante estime que le Gouvernement ne répond pas à la question de l'existence d'une justification objective et raisonnable à la situation dénoncée. Il se contente, selon elle, de procéder à une présentation justificative détaillée des différentes méthodes de calcul utilisées pour chiffrer la restriction des aptitudes entraînée par l'atteinte à la santé. Or, explique-t-elle, l'objet de la requête ne porte pas sur le fait que les restrictions dues à l'atteinte à la santé soient mesurées de manière différente selon que la personne touchée exerce une activité lucrative ou des travaux ménagers, mais sur la discrimination subie, du fait du mode de calcul sur lequel se fonde la méthode mixte, par les personnes exerçant ces deux types d'activité en même temps.

71. La requérante s'efforce de montrer que l'idée de recourir à une évaluation mixte n'est pas en soi l'objet de sa critique, en soulignant qu'une telle méthode peut aussi être mise en œuvre de manière non discriminatoire. En témoignerait notamment la jurisprudence antérieure à l'arrêt du Tribunal fédéral du 26 avril 1999 (ATF 125 V 146, paragraphe 35 ci-dessus) : le fait de travailler à temps partiel n'était imputé qu'une fois (à savoir, seulement lors de la pondération des activités entre la part lucrative et la part domestique) et non pas deux fois (comme c'est actuellement le cas, puisqu'on le prend déjà en compte une première fois lors de la comparaison des revenus avec et sans invalidité). Dans cette ancienne façon de procéder, chaque assuré était libre de répartir à sa guise les tâches au sein de la famille sans risquer de perdre certaines des prestations de la LAI en cas d'invalidité. Le durcissement de cette jurisprudence se fait au détriment des employés à temps partiel – et donc principalement des femmes –, lorsque ceux-ci viennent à subir une atteinte à la santé sans que la législation sur l'assurance-invalidité ait changé pour autant.

72. On ne saurait, aux yeux de la requérante, tenter de justifier l'application de la méthode mixte par le Tribunal fédéral par des considérations de faisabilité, ni par d'autres considérations d'ordre économique. L'intéressée renvoie à cet égard aux observations du tribunal cantonal de Saint-Gall selon lesquelles l'introduction de la méthode mixte telle qu'elle était appliquée dans l'ancienne jurisprudence aurait entraîné un surplus de dépenses de 35 millions de francs suisses. Quand bien même l'économie d'un tel montant devrait être considérée comme un but légitime, la requérante estime que sa poursuite ne devrait en aucun cas se faire principalement au détriment des femmes.

73. La requérante expose par ailleurs que faire reposer l'annulation d'une rente sur le seul fait que la personne assurée est devenue mère d'un enfant a déjà été déclaré discriminatoire par la Cour (elle se réfère à l'arrêt *Schuler-Zgraggen*, 24 juin 1993, § 67, série A n° 263).

ii. Le Gouvernement

74. Le Gouvernement estime que la méthode d'évaluation de l'invalidité appliquée par le Tribunal fédéral dans le cas d'espèce, basée sur un taux d'activité hypothétique, est justifiée par l'objectif de l'assurance-invalidité, qui se définit ainsi : couvrir le risque de perte, du fait de l'invalidité, de la possibilité d'exercer une activité rémunérée ou des travaux habituels que l'assuré pouvait réellement effectuer avant de devenir invalide et qu'il pourrait toujours effectuer s'il était resté valide. En revanche, explique-t-il, il ne s'agit pas de compenser des activités que l'assuré n'aurait de toute façon jamais exercées, même sans invalidité.

75. Dans son arrêt du 28 juillet 2008, le Tribunal fédéral a reconnu que la méthode mixte pouvait conduire à la perte du droit à la rente dans le cas où l'assuré, à l'époque où il était en bonne santé, avait décidé – souvent en relation avec la naissance d'un enfant – de ne plus travailler de manière lucrative à temps plein (que ce soit pour exercer une telle activité à temps partiel, ou pour cesser toute activité lucrative). Il a toutefois considéré que la perte de revenu n'était pas toujours imputable à l'invalidité, en observant que les personnes en bonne santé subissent elles aussi une perte de revenu si, à la suite de la naissance d'un enfant, elles réduisent ou abandonnent l'activité lucrative qui était la leur antérieurement.

76. Le Gouvernement note que la critique concernant la jurisprudence du Tribunal fédéral relative à la méthode mixte s'attache essentiellement au fait que les personnes qui diminuent leur activité lucrative à la suite de la naissance d'un enfant subissent une perte de revenu, et que ces personnes sont le plus souvent des femmes.

Toutefois, objecte-t-il, ce phénomène de société n'est pas le résultat de facteurs liés à la santé. Par conséquent, il n'a, à ses yeux, pas vocation à être compensé par l'assurance-invalidité.

77. Le Tribunal fédéral a également retenu dans sa jurisprudence que la méthode d'évaluation choisie ne trouve pas son fondement dans le sexe de la personne assurée ou dans l'une quelconque des autres caractéristiques énumérées par l'article 14 de la Convention, mais dans la perte, du fait de l'invalidité, de la capacité d'accomplir des travaux professionnels et/ou habituels.

78. Le Gouvernement soutient également qu'une éventuelle modification de la méthode d'évaluation de l'invalidité pour les assurés qui exercent une activité lucrative à temps partiel a été régulièrement discutée sur le plan politique. Ces initiatives auraient toutefois été abandonnées. Cela montrerait bien que, en dépit des divers efforts politiques déployés, aucune alternative soutenable n'a été trouvée à la méthode mixte d'évaluation de l'invalidité.

79. Le Gouvernement est ainsi d'avis qu'aucun manquement à l'article 14 ne peut être reproché à la Suisse.

b. L'appréciation de la Cour

i. Rappel des principes pertinents

α) La discrimination indirecte

80. Selon la jurisprudence établie de la Cour, la discrimination consiste à traiter de manière différente, sauf justification objective et raisonnable, des personnes placées dans des situations comparables (*Willis c. Royaume-Uni*, nº 36042/97, § 48, CEDH 2002-IV ; *Okpisz c. Allemagne*, nº 59140/00, § 33, 25 octobre 2005). Toutefois, l'article 14 n'interdit pas à un État membre de traiter des groupes de manière différenciée pour corriger des « inégalités factuelles » entre eux ; dans certaines circonstances, c'est même l'absence d'un traitement différencié pour corriger une inégalité qui peut, sans justification objective et raisonnable, emporter violation de la disposition en cause (*Affaire « relative à certains aspects du régime linguistique de l'enseignement en Belgique » c. Belgique* (fond), 23 juillet 1968, p. 34, § 10, série A nº 6 ; *Thlimmenos c. Grèce* [GC], nº 34369/97, § 44, CEDH 2000-IV ; *Stec et autres c. Royaume-Uni* [GC], nº 65731/01, § 51, CEDH 2006-VI). La Cour a également admis que pouvait être considérée comme discriminatoire une politique ou une mesure générale qui a des effets préjudiciables disproportionnés sur un groupe de personnes, même si elle ne vise pas spécifiquement ce groupe (*Hugh Jordan c. Royaume-Uni*, nº 24746/94, § 154, 4 mai 2001) et qu'une discrimination potentiellement contraire à la Convention pouvait résulter d'une situation de fait (*Zarb Adami c. Malte*, nº 17209/02, § 76, CEDH 2006-VIII).

81. Les États contractants jouissent d'une certaine marge d'appréciation pour déterminer si et dans quelle mesure des différences entre des situations à d'autres égards analogues justifient des distinctions de traitement (*Gaygusuz c. Autriche*, 16 septembre 1996, § 42, *Recueil* 1996-IV). L'étendue de la marge d'appréciation varie selon les circonstances, les domaines et le contexte (*Rasmussen c. Danemark*, 28 novembre 1984, § 40, série A nº 87, et *Inze c. Autriche*, 28 octobre 1987, § 41, série A nº 126), mais il appartient à la Cour de statuer en dernier ressort sur le respect des exigences de la Convention. Celle-ci étant avant tout un mécanisme de protection des droits de l'homme, la Cour doit cependant tenir compte de l'évolution de la situation dans les États contractants et réagir, par exemple, au consensus susceptible de se faire jour quant aux normes à atteindre (*Weller c. Hongrie*, nº 44399/05, § 28, 31 mars 2009, *Stec et autres*, précité, §§ 63-64, *Ünal Tekeli c. Turquie*, nº 29865/96, § 54, CEDH 2004-X (extraits) et, *mutatis mutandis*, *Stafford c. Royaume-Uni* [GC], nº 46295/99, § 68, CEDH 2002-IV).

82. La Cour rappelle en outre que la progression vers l'égalité des sexes est un but important des États membres du Conseil de l'Europe et que seules des considérations très fortes peuvent amener à estimer compatible avec la

Convention une différence de traitement à cet égard (*Konstantin Markin*, précité, § 127, *Burghartz c. Suisse*, 22 février 1994, § 27, série A nº 280-B, et *Schuler-Zgraggen c. Suisse*, précité). En particulier, des références aux traditions, présupposés d'ordre général ou attitudes sociales majoritaires ayant cours dans un pays donné ne suffisent pas à justifier une différence de traitement fondée sur le sexe. Par exemple, les États ne peuvent imposer des traditions qui trouvent leur origine dans l'idée que l'homme joue un rôle primordial et la femme un rôle secondaire dans la famille (*Ünal Tekeli*, précité, § 63).

83. D'autre part, une ample latitude est d'origine laissée à l'État lorsqu'il s'agit, par exemple, de prendre des mesures d'ordre général en matière économique ou sociale (*Stec et autres*, précité, § 52, et *Hämäläinen c. Finlande* [GC], nº 37359/09, § 109, CEDH 2014).

β) La preuve en matière de discrimination

84. En ce qui concerne la charge de la preuve en la matière, la Cour a déjà énoncé que, quand un requérant a établi l'existence d'une différence de traitement, il incombe au Gouvernement de démontrer que cette différence de traitement était justifiée (voir, par exemple, *Chassagnou et autres c. France* [GC], nº 25088/94, 28331/95 et 28443/95, §§ 91-92, CEDH 1999-III ; *Timichev c. Russie*, nºs 55762/00 et 55974/00, § 57, CEDH 2005-XII). Quant à l'allégation d'une discrimination indirecte, le requérant doit donc apporter la preuve d'effets préjudiciables disproportionnés sur un groupe déterminé, faisant ainsi naître une présomption de discrimination indirecte ; il incombe ensuite à l'État défendeur de réfuter cette présomption en démontrant que la différence de traitement est le résultat de facteurs objectifs qui ne sont pas liés au facteur indiqué par le requérant (*D.H. et autres c. République tchèque* [GC], nº 57325/00, § 188, 189 et 195, CEDH 2007-IV; voir également *Oršuš et autres c. Croatie* [GC], nº 15766/03, § 152, CEDH 2010).

85. Quant à la question de savoir si des données statistiques peuvent être considérées comme un moyen de preuve, la Cour a déclaré par le passé que les statistiques n'étaient pas en elles-mêmes suffisantes pour révéler une pratique pouvant être qualifiée de discriminatoire (*Hugh Jordan*, précité, § 154). Néanmoins, dans certaines affaires de discrimination plus récentes, où les intéressés alléguaient que la discrimination litigieuse résultait d'une différence dans l'effet d'une mesure générale ou d'une situation de fait (*Hoogendijk c. Pays-Bas* (déc.), nº 58641/00, 6 janvier 2005, précitée ; *Zarb Adami*, précité, §§ 77-78), la Cour s'est largement appuyée sur les statistiques produites par les parties pour établir l'existence d'une différence de traitement entre deux groupes qui se trouvaient dans une situation similaire (*D.H. et autres*, précité, § 180, et *Oršuš et autres* précité, § 152).

86. Ainsi, la Cour a affirmé dans la décision *Hoogendijk* précitée que :

> « là où le requérant peut établir, sur la base des statistiques officielles qui ne prêtent pas à controverse, l'existence d'un commencement de preuve indiquant qu'une mesure – bien que formulée de manière neutre – touche en fait un pourcentage nettement plus élevé des femmes que des hommes, il incombe au gouvernement défendeur de démontrer que ceci est le résultat des facteurs objectifs qui ne sont pas liés à une discrimination fondée sur le sexe. Si la charge de prouver qu'une différence dans l'effet d'une mesure sur les femmes et les hommes n'est pas discriminatoire n'est pas transférée au gouvernement défendeur, il sera en pratique extrêmement difficile pour les requérants de prouver la discrimination indirecte ».

ii. Application des principes précités au cas d'espèce

87. La Cour estime qu'il y a lieu d'examiner si l'on se trouve, en l'espèce, en présence d'une discrimination « indirecte ».

α) Sur l'existence en l'espèce d'une présomption de discrimination indirecte

88. La requérante dénonce comme discriminatoire l'application de la méthode mixte de calcul de l'invalidité. Selon les chiffres fournis par le Gouvernement (paragraphe 43 ci-dessus), la méthode mixte a été appliquée dans 4 168 cas en 2009, c'est-à-dire dans environ 7,5 % de toutes les décisions en matière d'invalidité. Sur le total de ces 4 168 cas, 4 045 (soit 97 %) concernaient des femmes et 123 (soit 3 %) des hommes.

89. Dans ses arrêts du 28 juillet 2008 (paragraphe 20 ci-dessus) et du 8 juillet 2011 (paragraphes 35 et suivants ci-dessus), le Tribunal fédéral a admis lui-même que la méthode mixte d'évaluation de l'invalidité s'applique majoritairement aux femmes ayant réduit leur taux d'activité après la naissance d'un enfant. Le Gouvernement ne conteste pas, dans ses observations devant la Cour, que la méthode mixte affecte avant tout les femmes. Par ailleurs, dans son rapport du 1er juillet 2015 (paragraphes 38 et suivants ci-dessus), le Conseil fédéral a noté que la méthode mixte était appliquée dans 98 % des cas aux femmes (selon les rentes calculées en décembre 2013).

90. Compte tenu de ces données, la Cour estime que les éléments soumis peuvent être considérés comme suffisamment fiables et révélateurs pour faire naître une présomption de discrimination indirecte.

β) Sur la question de savoir si la différence de traitement en cause était objectivement et raisonnablement justifiée

91. La Cour rappelle qu'une distinction est discriminatoire si elle manque de justification objective et raisonnable, c'est-à-dire si elle ne poursuit pas un « but légitime » ou s'il n'existe pas de rapport raisonnable de proportionnalité entre les moyens employés et le but visé (paragraphe 80 ci-dessus).

– *But légitime*

92. Dans le cas d'espèce, le Gouvernement s'efforce d'expliquer la différence de traitement subi par les personnes concernées par la règle litigieuse, majoritairement des femmes après la naissance d'enfants, par l'objectif de l'assurance-invalidité, qui est de couvrir le risque de perte, du fait de l'invalidité, de la possibilité d'exercer une activité rémunérée ou des travaux habituels que l'assuré pouvait réellement effectuer auparavant et qu'il pourrait toujours effectuer s'il n'était pas devenu invalide.

93. La Cour estime que l'objectif poursuivi par la loi sur l'assurance-invalidité, invoqué par le Gouvernement, est un but légitime pour justifier les différences observées. La Cour doit alors examiner si le traitement subi par la requérante était raisonnable et proportionné.

– *Proportionnalité*

94. La Cour note que la requérante travaillait initialement à plein temps, en tant que vendeuse, mais avait dû abandonner cette activité à cause de problèmes de dos en 2002. Elle s'était vu octroyer une rente d'invalidité de 50 % pour la période entre le 20 juin 2002 et fin mai 2004. Cette rente a été annulée à la suite de la naissance de ses jumeaux, par application de la méthode mixte à partir de la présupposition que – selon ses propres déclarations à l'office – dans l'hypothèse où elle n'aurait pas été frappée d'invalidité, la requérante n'aurait travaillé que de manière réduite après la naissance de ses enfants.

95. Le Gouvernement objecte que la méthode mixte ne s'attache pas au sexe de la personne assurée : il explique que celle-ci prend seulement en considération la perte par l'assuré de sa capacité professionnelle, ou de sa capacité relative aux travaux habituels, ou de ces deux capacités en même temps, du fait de l'invalidité.

La perte de revenu d'une personne qui, à la suite de la naissance d'un enfant, réduit ou abandonne une activité lucrative qu'elle avait jusqu'alors représente à ses yeux un cas tout à fait indépendant du précédent. En effet, explique-t-il, les raisons familiales de ce genre peuvent, elles, concerner indifféremment les personnes invalides ou les personnes en bonne santé.

96. La Cour estime, comme elle l'a indiqué plus haut, que l'objectif mis en avant par le Gouvernement comme étant celui de l'assurance-invalidité – à savoir, couvrir le risque de perte, du fait de l'invalidité, de la possibilité d'exercer une activité rémunérée ou des travaux habituels que l'assuré pourrait réellement effectuer s'il était resté en bonne santé – est en soi un but cohérent avec l'essence et les contraintes d'un tel système d'assurance, qui repose sur des ressources limitées et doit en conséquence avoir parmi ses principes directeurs celui de la maîtrise des dépenses.

Elle estime néanmoins que cet objectif doit être apprécié à la lumière de l'égalité des sexes, puisque l'affaire concerne une allégation de discrimination au détriment des femmes. Or, ainsi qu'il a été relevé plus

haut, seules des considérations très fortes peuvent amener à estimer compatible avec la Convention une différence de traitement sous cet angle (paragraphe 82 ci-dessus). La Cour en conclut que la marge d'appréciation des autorités était fortement réduite en l'espèce.

97. La Cour ne méconnaît pas que c'est au premier chef aux autorités nationales, et tout particulièrement aux instances juridictionnelles, qu'il revient d'interpréter et d'appliquer le droit interne (*Winterwerp c. Pays-Bas*, 24 octobre 1979, § 46, série A n° 33). Elle note toutefois, se fondant sur les éléments du droit et de la pratique internes pertinents énoncés plus haut, qu'il est vraisemblable que la requérante, si elle avait travaillé à 100 % ou si elle s'était consacrée entièrement aux tâches ménagères, aurait obtenu une rente d'invalidité partielle. Par ailleurs, ayant autrefois travaillé à plein temps, elle s'était initialement vu octroyer une telle rente, dont elle a bénéficié jusqu'à la naissance de ses enfants. Il en découle clairement que le refus de lui reconnaître le droit à une rente a pour fondement l'indication par la requérante de sa volonté de réduire son activité rémunérée pour s'occuper de son ménage et de ses enfants. De fait, pour la grande majorité des femmes souhaitant travailler à temps partiel à la suite de la naissance des enfants, la méthode mixte s'avère discriminatoire.

98. La Cour observe ensuite que l'application de la méthode mixte au sens de la jurisprudence du Tribunal fédéral est depuis un certain temps sujette à la critique, de la part de certains tribunaux comme d'une partie de la doctrine. Ainsi, dans son arrêt concernant la requérante (paragraphe 20 ci-dessus), le Tribunal fédéral a explicitement concédé que les interactions entre les volets « ménage » et « activité rémunérée » ne sont pas suffisamment prises en compte dans la méthode mixte et que celle-ci peut mener à la perte de toute rente lorsque la personne assurée cesse ou réduit, souvent après la naissance d'un enfant, une activité lucrative exercée auparavant. Ce constat a par ailleurs été confirmé par le Conseil fédéral, dans son rapport du 1er juillet 2015 (paragraphe 38 et suivants ci-dessus). Celui-ci a ajouté qu'on reproche également à la méthode mixte de tenir compte deux fois du fait que l'activité est exercée à temps partiel : dans la détermination du revenu sans invalidité, d'une part, et dans le cadre de la pondération proportionnelle des deux domaines, d'autre part.

99. Dans son arrêt de principe sur le sujet, le Tribunal fédéral a admis que la méthode mixte s'applique majoritairement aux femmes et qu'elle est sujette à caution, mais il a estimé que c'est au législateur, plutôt qu'aux tribunaux, qu'il appartient de proposer une solution qui tiendrait mieux compte de l'évolution sociologique de la société et de la situation des travailleurs à mi-temps, lesquels sont pour la plupart des femmes (paragraphe 35 et suivants ci-dessus, considérant 7.2).

100. La Cour constate par ailleurs que le Conseil fédéral, dans son rapport du 1er juillet 2015, a résumé et analysé de manière détaillée les critiques formulées vis-à-vis de la méthode mixte. Il a admis que la méthode

mixte peut conduire à des taux d'invalidité plus bas et que l'on peut se poser la question de savoir si cette méthode n'établit pas une discrimination, pour le moins indirecte.

Aux yeux de la Cour, il s'agit là d'indications claires d'une prise de conscience du fait que la méthode mixte ne s'accorde plus avec la poursuite de l'égalité des sexes dans la société contemporaine, où les femmes ont de plus en plus le souhait légitime de pouvoir concilier vie familiale et intérêts professionnels.

101. La Cour note aussi que certains tribunaux spécialisés eux-mêmes, dont l'instance cantonale en l'espèce (paragraphe 18 ci-dessus), plaident pour l'application d'une méthode plus favorable pour les assurés travaillant à temps partiel, qui tienne suffisamment compte de leur handicap aussi bien dans le volet « activité rémunérée » que dans le volet « activité ménagère ». Elle observe, du reste, que plusieurs méthodes de calcul du taux d'invalidité existent en droit suisse (paragraphes 30-34 ci-dessus). Dès lors, la Cour note aussi que d'autres méthodes de calcul respectant mieux le choix des femmes de travailler à temps partiel à la suite de la naissance d'un enfant sont concevables, et qu'il serait ainsi possible de poursuivre le but du rapprochement entre les sexes sans pour autant mettre en danger l'objectif de l'assurance-invalidité.

102. Par-delà ces considérations générales par rapport à la méthode mixte, la Cour estime que le refus d'octroi de toute rente, même partielle, entraîne pour la requérante des conséquences concrètes importantes, même à supposer qu'elle puisse travailler à temps partiel. Son revenu fictif, calculé sur la base d'un travail à mi-temps, a été estimé par l'office à seulement 24 293 CHF (environ 23 654 EUR) au moment du calcul du taux d'invalidité (paragraphe 15 ci-dessus).

Conclusion

103. Compte tenu de ce qui précède, la Cour n'est pas convaincue que la différence de traitement subie par la requérante – qui s'est vu refuser une rente d'invalidité en application de la méthode mixte de calcul du taux d'invalidité, utilisée pour les personnes exerçant une activité rémunérée à temps partiel – repose sur une justification raisonnable.

104. Il s'ensuit qu'il y a eu en l'espèce violation de l'article 14 de la Convention combiné avec l'article 8.

II. SUR LES AUTRES VIOLATIONS ALLÉGUÉES

A. Sur la violation alléguée de l'article 8, pris isolément

105. Sur le terrain de l'article 8 de la Convention, la requérante fait valoir que la méthode mixte de calcul du taux d'invalidité a eu pour

conséquence qu'elle s'est vu refuser une rente à cause de l'activité professionnelle qu'elle a exercé à temps partiel.

106. La Cour constate que le présent grief n'est pas manifestement mal fondé au sens de l'article 35 § 3 de la Convention et qu'il ne se heurte à aucun autre motif d'irrecevabilité. Partant, il y a lieu de le déclarer recevable.

107. En revanche, considérant que ce grief est essentiellement le même que celui examiné ci-dessus sous l'angle de l'article 14, combiné avec l'article 8, la Cour n'estime pas nécessaire de l'examiner séparément sous l'angle de l'article 8 pris isolément.

B. Sur la violation alléguée de l'article 14, combiné avec l'article 6

108. La requérante allègue sur ce terrain avoir été victime, de la part des organes internes, d'une discrimination fondée sur le sexe quant à l'administration des preuves, dans la mesure où elle a dû démontrer devant ceux-ci la proportion dans laquelle, abstraction faite de son invalidité, elle aurait travaillé après la naissance de ses enfants.

109. La Cour constate que le présent grief n'est pas manifestement mal fondé au sens de l'article 35 § 3 de la Convention et qu'il ne se heurte à aucun autre motif d'irrecevabilité. Partant, il y a lieu de le déclarer recevable.

110. Par contre, au regard du constat de violation de l'article 14 auquel elle est parvenue par rapport à l'article 8, la Cour estime qu'il n'est pas nécessaire d'examiner séparément les aspects relevant d'une combinaison avec l'article 6.

C. Sur la violation alléguée de l'article 6 § 1

111. La requérante allègue que le Tribunal fédéral, dans son examen des interactions entre les volets « ménage » et « activité rémunérée », n'ait pas mentionné le rapport médical du docteur Ch.A.S. du 28 septembre 2006 ni apprécié ce dernier en tant que moyen de preuve. Elle y voit une violation de son droit à un procès équitable, garanti par l'article 6 § 1 de la Convention.

112. La Cour rappelle que les modalités d'application de l'article 6 de la Convention en appel ou en cassation dépendent des particularités de la procédure dont il s'agit ; il faut prendre en compte l'ensemble du procès mené dans l'ordre juridique interne et le rôle qu'y a joué la juridiction d'appel ou de cassation (voir, par exemple, *Meftah et autres c. France* [GC], n°s 32911/96, 35237/97 et 34595/97, § 41, CEDH 2002-VII, et *Hermi c. Italie* [GC], n° 18114/02, § 60, CEDH 2006-XII). Quant à l'obligation de motiver des jugements, si les juridictions internes doivent exposer avec une clarté suffisante les motifs sur lesquels elles se fondent

(voir *Hadjianastassiou c. Grèce*, nº 12945/87, 16 décembre 1992, § 33, série A nº 252), elles ne sont pas tenues d'apporter une réponse détaillée à chaque argument soulevé (*Van de Hurk c. Pays-Bas*, 19 avril 1994, § 61, série A nº 288). Il doit ressortir de la décision que les questions essentielles de la cause ont été traitées (*Boldea c. Roumanie*, nº 19997/02, § 30, 15 février 2007, et *Taxquet c. Belgique* [GC], nº 926/05, § 91, CEDH 2010). Quant à l'appréciation des preuves, il appartient en règle générale aux juridictions nationales d'apprécier les preuves dont elles disposent. Conformément à la Convention, la Cour a pour tâche de juger du caractère équitable de la procédure dans son ensemble (*Elsholz c. Allemagne* [GC], nº 25735/94, § 66, CEDH 2000-VIII).

113. En l'espèce, il résulte des motifs de l'arrêt du Tribunal fédéral que cette juridiction a pris en compte les interactions entre les volets « ménage » et « activité rémunérée », et en a tiré des conclusions relatives à la situation particulière de la requérante (voir paragraphes 20 et 21 ci-dessus). En particulier, après avoir rappelé qu'un pourcentage maximal de 15 % pouvait être ajouté à la réduction de la possibilité d'exercer des tâches à domicile, le Tribunal fédéral a estimé que, même en prenant en compte ce pourcentage maximal, le taux d'invalidité n'atteindrait toujours pas le minimum requis. Il s'ensuit que, dans ce raisonnement, les données contenues dans le rapport médical du docteur Ch.A.S. (paragraphe 17 ci-dessus) ne présentaient pas d'intérêt. La Cour ne voit pas comment le fait que le Tribunal fédéral n'a pas expressément tiré cette dernière conclusion porte atteinte à l'équité du procès.

114. Partant, la Cour estime que le présent grief ne révèle aucune apparence de violation du droit à un procès équitable et doit être rejeté pour défaut manifeste de fondement, en application de l'article 35 §§ 3 et 4 de la Convention.

III. SUR L'APPLICATION DE L'ARTICLE 41 DE LA CONVENTION

115. Aux termes de l'article 41 de la Convention,

> « Si la Cour déclare qu'il y a eu violation de la Convention ou de ses Protocoles, et si le droit interne de la Haute Partie contractante ne permet d'effacer qu'imparfaitement les conséquences de cette violation, la Cour accorde à la partie lésée, s'il y a lieu, une satisfaction équitable. »

A. Dommage

116. La requérante réclame en premier lieu 88 135 francs suisses (CHF) (soit environ 85 818 euros (EUR)) pour préjudice matériel.

Ce préjudice consisterait dans la perte de la rente d'invalidité dont elle aurait dû à ses yeux pouvoir bénéficier, et des intérêts moratoires y afférents, dont le taux est de 5 % en Suisse – le montant cumulé d'une rente

rétroactive pour la période allant du 1er septembre 2004 au 31 mars 2011 étant évalué par la requérante à 76 907 CHF, et les intérêts moratoires correspondants à 11 228 CHF.

L'intéressée précise que ce préjudice pourrait aussi être réparé par une éventuelle révision de l'arrêt du Tribunal fédéral du 28 juillet 2008.

117. La requérante demande par ailleurs 35 000 CHF (soit environ 33 790 EUR) au titre du dommage moral qu'elle estime avoir subi du fait du refus des autorités de lui accorder une rente pendant plusieurs années.

118. Le Gouvernement prend acte des prétentions de la requérante concernant le dommage matériel, mais il constate que celle-ci a précisé que ce préjudice serait réparé dans le cas d'une révision de l'arrêt du 28 juillet 2008. Par conséquent, le Gouvernement estime que la requérante ne fait pas valoir une véritable prétention devant la Cour.

119. S'agissant du tort moral allégué, le Gouvernement estime que le constat éventuel d'une violation de la Convention constituerait en soi une satisfaction équitable. Par conséquent, il invite la Cour à rejeter la prétention formulée par la requérante à ce titre.

120. La Cour voit un lien de causalité direct entre la violation constatée et le dommage matériel allégué, à savoir la non-attribution de la rente d'invalidité réclamée à partir de septembre 2004. Toutefois, elle estime que les instances internes sont mieux placées pour évaluer avec précision le dommage – compte tenu, entre autres, du fait que le montant des rentes d'invalidité varie d'une année sur l'autre. En outre, il convient d'avoir égard au caractère subsidiaire du mécanisme de l'article 41, aux termes duquel il appartient à la Cour d'accorder à la partie lésée une satisfaction équitable si le droit interne de l'État défendeur ne permet qu'imparfaitement d'effacer les conséquences d'une violation de la Convention. Il en découle notamment que, lorsque la Cour constate une violation, l'État défendeur a l'obligation juridique non seulement de verser aux intéressés les sommes allouées au titre de la satisfaction équitable prévue par l'article 41, mais aussi de choisir les mesures générales et/ou, le cas échéant, individuelles à adopter (*Kurić et autres c. Slovénie* [GC], nº 26828/06, § 406, CEDH 2012 (extraits)).

Par ailleurs, si l'État défendeur reste de façon générale libre de choisir, sous le contrôle du Comité des Ministres, les moyens de s'acquitter de ses obligations au titre de l'article 46 § 1 de la Convention, pour autant que ces moyens soient compatibles avec les conclusions contenues dans l'arrêt de la Cour (*Verein gegen Tierfabriken Schweiz (VgT) c. Suisse (nº 2)* [GC], nº 32772/02, § 88, CEDH 2009), la Cour a néanmoins indiqué à de nombreuses occasions qu'un nouveau procès ou une réouverture de la procédure, à la demande de l'intéressé, représente en principe un moyen approprié de redresser la violation constatée (voir, parmi d'autres, *Gençel c. Turquie*, nº 53431/99, § 27, 23 octobre 2003, et *Claes et autres*

c. Belgique, n°s 46825/99, 47132/99, 47502/99, 49010/99, 49104/99, 49195/99 et 49716/99, § 53, 2 juin 2005).

En l'espèce, la Cour note que la requérante, dûment représentée par un avocat devant la Cour, a elle-même indiqué qu'elle formulerait une demande de réparation dans le cadre d'une requête en révision de l'arrêt du Tribunal fédéral du 28 juillet 2008. Une telle possibilité étant explicitement prévue à l'article 122 de la loi sur le Tribunal fédéral du 17 juin 2005 (paragraphe 29 ci-dessus), et rien ne suggérant que cette voie soit illusoire - ce que la requérante ne prétend d'ailleurs pas –, la Cour estime qu'il n'y a pas lieu d'octroyer un montant quelconque au titre du préjudice matériel.

121. Quant au préjudice moral, la Cour ne partage pas l'avis du Gouvernement selon lequel le constat de violation de l'article 14, combiné avec l'article 8, auquel elle est parvenue dans le présent arrêt, constitue en lui-même une satisfaction équitable. Elle estime que la requérante a subi un tort moral du fait du refus des autorités de lui accorder une rente pendant plusieurs années. Statuant en équité comme le veut l'article 41, la Cour considère qu'il soit opportun de lui octroyer la somme de 5 000 EUR à ce titre.

122. La Cour estime utile de rappeler par ailleurs qu'il ne lui appartient pas d'annuler ou d'abroger elle-même les dispositions litigieuses du droit interne à la suite d'un constat de violation de la Convention. Les arrêts de la Cour ayant un caractère pour l'essentiel déclaratoire, la Suisse peut librement choisir les moyens de s'acquitter de son devoir juridique au regard de l'article 46 § 1 de la Convention, pour autant que ces moyens soient compatibles avec les conclusions du présent arrêt, comme indiqué ci-dessus (paragraphe 120 ci-dessus).

Eu égard à l'ensemble des circonstances et au principe de la sécurité juridique, inhérent à la Convention, la Cour estime que le constat de violation opéré dans le cas d'espèce n'exige pas de remettre en cause les actes ou situations juridiques semblables antérieurs au prononcé du présent arrêt (*Marckx*, précité, § 58).

B. Frais et dépens

123. La requérante demande 32 617,70 CHF (environ 31 490 EUR) pour les frais et dépens engagés devant les juridictions internes et devant la Cour, prétention qu'elle détaille comme suit :

– 13 133 CHF d'honoraires pour la procédure au niveau cantonal ;

– 17 779 CHF d'honoraires, 1 688,90 CHF de frais, et 2 516,80 CHF de TVA pour la procédure devant la Cour.

De ce montant, la requérante déduit la somme de 2 500 CHF qui lui a été accordée au titre de l'assistance judiciaire devant le Tribunal fédéral (selon l'arrêt du 28 juillet 2008).

124. Le Gouvernement considère comme adéquat, dans les circonstances de l'espèce, un montant de 5 000 CHF (environ 4 827 EUR) pour la procédure devant la Cour.

125. Selon la jurisprudence de la Cour, un requérant ne peut obtenir le remboursement de ses frais et dépens que dans la mesure où se trouvent établis leur réalité, leur nécessité et le caractère raisonnable de leur taux. En l'espèce et compte tenu des documents en sa possession et de sa jurisprudence, la Cour estime raisonnable la somme de 24 000 EUR tous frais confondus et l'accorde à la requérante, augmentée de tout montant pouvant être dû par l'intéressée à titre d'impôt.

C. Intérêts moratoires

126. La Cour juge approprié de calquer le taux des intérêts moratoires sur le taux d'intérêt de la facilité de prêt marginal de la Banque centrale européenne majoré de trois points de pourcentage.

PAR CES MOTIFS, LA COUR

1. *Déclare*, à l'unanimité, la requête irrecevable quant au grief tiré du droit à un procès équitable au sens de l'article 6 de la Convention ;

2. *Déclare*, à la majorité, la requête recevable pour le surplus ;

3. *Dit*, par 4 voix contre 3, qu'il y a eu violation de l'article 14, combiné avec l'article 8 de la Convention ;

4. *Dit*, par 4 voix contre 3, qu'il n'y a pas lieu d'examiner séparément le grief relatif à l'article 14 en combinaison avec l'article 6 de la Convention ;

5. *Dit*, par 4 voix contre 3, qu'il n'y a pas lieu d'examiner séparément le grief tiré de l'article 8 pris isolément ;

6. *Dit*, par 4 voix contre 3 ;
   a) que l'État défendeur doit verser à la requérante, dans les trois mois à compter du jour où l'arrêt sera devenu définitif en vertu de l'article 44 § 2 de la Convention, les sommes suivantes :
      i. 5 000 EUR (cinq mille euros) pour dommage moral ;
      ii. 24 000 EUR (vingt-quatre mille euros), à convertir en francs suisses au taux applicable à la date du règlement, plus tout montant pouvant être dû à titre d'impôt par la requérante, pour frais et dépens ;

b) qu'à compter de l'expiration dudit délai et jusqu'au versement, ce montant sera à majorer d'un intérêt simple à un taux égal à celui de la facilité de prêt marginal de la Banque centrale européenne applicable pendant cette période, augmenté de trois points de pourcentage ;

7. *Rejette*, à l'unanimité, la demande de satisfaction équitable pour le surplus.

Fait en français, puis communiqué par écrit le 2 février 2016, en application de l'article 77 §§ 2 et 3 du règlement.

Stanley Naismith
Greffier

András Sajó
Président

Au présent arrêt se trouve joint, conformément aux articles 45 § 2 de la Convention et 74 § 2 du règlement, l'exposé de l'opinion séparée des juges Keller, Spano et Kjølbro.

A.S.
S.H.N.

OPINION DISSIDENTE COMMUNE AUX JUGES KELLER, SPANO et KJØLBRO

I. Introduction

1. À notre regret, nous ne pouvons nous accorder avec la majorité sur la recevabilité du grief de violation de l'article 14 de la Convention combiné avec l'article 8. Le grief présentement formulé étant avant tout d'ordre pécuniaire, nous sommes d'avis qu'il n'entre pas dans le champ d'application de l'article 8 de la Convention.

2. La présente affaire concerne le refus de l'assurance-invalidité suisse de maintenir à la requérante, après la naissance de ses jumeaux, la demi-rente d'invalidité à laquelle elle avait été reconnue fondée à prétendre pour la période antérieure. Au terme d'un nouveau calcul, en application de la « méthode mixte », les autorités compétentes sont parvenues à un taux d'invalidité (27 %) ne lui donnant plus droit à l'allocation d'une rente. Devant la Cour, la requérante allègue, entre autres, une violation de l'article 14, combiné avec l'article 8 de la Convention. Elle s'estime victime d'une double discrimination dans la jouissance de son droit à la vie privée et familiale.

II. L'inapplicabilité de l'article 8

3. Nous avons plusieurs réserves quant à l'analyse de la majorité sur l'applicabilité de l'article 8 de la Convention dans la présente affaire.

4. D'abord, le point de départ de ladite analyse nous semble erroné. La Cour se place d'emblée sur le terrain de l'article 8 de la Convention, sans considération de la dimension purement pécuniaire du grief de la requérante. Sans doute existe-t-il des cas où l'octroi, le versement ou le refus d'une prestation sociale comme celle du cas d'espèce peuvent revêtir de l'importance au regard de la Convention. Cependant, la majorité omet de mentionner que dans la *très grande majorité* des affaires dans lesquels elle s'est exprimée sur une discrimination alléguée en matière d'allocation de prestations de sécurité sociale, la Cour s'est fondée non pas sur l'article 8 de la Convention, mais sur le Protocole additionnel n° 1 (comme, par exemple, dans les arrêts *Moskal c. Pologne*, n° 10373/05, § 93 et suiv., 15 septembre 2009 ; *Stec et autres c. Royaume-Uni* [GC], n°s 65731/01 et 65900/01, § 53, CEDH 2006-VI ; *Koua Poirrez c. France*, n° 40892/98, § 43 et suiv., CEDH 2003-X ; *Kjartan Ásmundsson c. Islande*, n° 60669/00, §§ 39 et suiv., CEDH 2004-IX ; ou encore *Wieczorek c. Pologne*, n° 18176/05, §§ 56 et suiv., 8 décembre 2009). Or, il convient de rappeler que, n'ayant pas ratifié le Protocole n° 1, la Suisse n'est pas liée par la jurisprudence de la Cour relative à l'article 1 de cet instrument.

5. Dans le cadre de l'examen de la recevabilité sur le terrain de l'article 8, la majorité opère ensuite une distinction entre le « volet familial » d'une part et le « volet privé » d'autre part. Pour l'un comme l'autre de ces deux volets, la Cour parvient à la même conclusion - avec laquelle nous sommes en désaccord –, à savoir que l'article 8 trouve à s'appliquer.

6. S'agissant du « volet familial », il est vrai que dans certaines affaires particulières, la Cour a examiné une prestation sociale sous l'angle de l'article 8 de la Convention ; ainsi, notamment, pour une allocation de congé parental (*Petrovic c. Autriche*, 27 mars 1998, § 27, *Recueil des arrêts et décisions* 1998-II ; *Konstantin Markin c. Russie* [GC], nº 30078/06, § 130, CEDH 2012 (extraits)) ou pour une allocation en faveur des familles nombreuses (*Dhahbi c. Italie*, nº 17120/09, § 41, 8 avril 2014). La majorité cite cette jurisprudence (paragraphes 61 et suiv.), mais, à notre avis, elle reste en carence de dégager les principes pertinents pour la détermination du champ d'application de l'article 8.

7. Au paragraphe 62 de l'arrêt, la Cour énonce que :

« (...) l'application de la méthode mixte à la requérante était susceptible d'influencer celle-ci et son époux dans la manière dont ils se répartissent les tâches au sein de la famille et, partant, d'avoir un impact sur l'organisation de leur vie familiale et professionnelle. »

Ce raisonnement repose ainsi sur un critère d'applicabilité très souple, laissant entendre que, pour que l'article 8 soit applicable, il suffit que la rente en question ait un impact quelconque sur la sphère familiale (ou privée) de l'intéressé. Nous craignons que cela revienne à dire que tout octroi ou refus d'une rente entre automatiquement dans le champ de l'article 8, étant donné qu'une prestation sociale est toujours susceptible d'avoir un *certain* impact sur la jouissance ou l'organisation de la vie familiale d'une personne. En conséquence, toute mesure en droit du travail, par exemple, tomberait sous l'empire de l'article 8 de la Convention.

8. Un tel résultat ne serait, cependant, guère compatible avec notre jurisprudence constante selon laquelle il faut interpréter les dispositions de la Convention en prenant en considération l'ensemble du système conventionnel, y compris les dispositions des protocoles additionnels (*Maaouia c. France* [GC], nº 39652/98, § 36, CEDH 2000-X). En ce qui concerne l'article 2 du Protocole nº 4, par exemple, la Grande Chambre a souligné dans l'affaire *Austin et autres c. Royaume-Uni* que « l'article 5 de la Convention ne saurait s'interpréter de manière à intégrer les exigences de cette disposition et à les rendre ainsi applicables aux États qui, comme le Royaume-Uni, n'ont pas ratifié ce Protocole » (*Austin et autres c. Royaume-Uni* [GC], nº 39692/09, 40713/09 et 41008/09, § 55, CEDH 2012-II). Auparavant, la Cour avait déjà appliqué le même raisonnement vis-à-vis du Protocole nº 12, ou pour rappeler que l'article 14 ne pose pas de manière indépendante une interdiction générale de toute

discrimination (*Sahin c. Allemagne* [GC], nº 30943/96, § 85, CEDH 2003-VIII), ou encore vis-à-vis des garanties de l'article 1 du Protocole nº 7, pour conclure à l'inapplicabilité de l'article 6 aux procédures d'expulsion (*Maaouia c. France*, précité, § 36).

9. Les pertes pécuniaires en matière d'allocations sociales relèvent en règle générale du champ d'application de l'article 1 du Protocole nº 1 (voir ci-dessus, paragraphe 4). Il s'ensuit, à l'aune de la jurisprudence citée au paragraphe précédent, qu'on ne saurait envisager de contourner la non-ratification du Protocole nº 1 en traitant ce genre d'affaires sous l'angle d'une combinaison de l'article 14 avec, à la place, l'article 8 de la Convention. En d'autres termes, il faut avoir pleinement égard au fait que la Suisse n'a pas ratifié le Protocole nº 1.

10. La majorité méconnaît, à notre avis, le fait que les affaires citées plus haut (paragraphe 6) étaient, en effet, caractérisées par un *lien* beaucoup plus *étroit* entre l'octroi de l'allocation, de la rente ou de la pension, d'une part, et la jouissance de la vie familiale, d'autre part. Ce lien étroit résultait notamment *du but de l'allocation* en question, dans la mesure où celle-ci visait dans ces affaires à faciliter la vie familiale, ou à y contribuer. En appliquant ce critère plus strict dans le cas d'espèce, nous parvenons à la conclusion que le grief de la requérante n'entre pas dans le « volet familial » de l'article 8. Ainsi qu'il ressort des observations du Gouvernement (paragraphe 54 de l'arrêt) et de la jurisprudence du Tribunal fédéral (paragraphe 31 de l'arrêt ; ATF 137 V 334, cons. 6.1.2), l'assurance-invalidité litigieuse n'a pas pour objet l'organisation de la vie familiale. Son but est plutôt de *compenser les effets économiques permanents de l'invalidité*. Nous ne sommes donc pas convaincus par le raisonnement de la Cour au paragraphe 62.

11. S'agissant du « volet privé » de l'article 8, l'argumentation de la majorité ne nous convainc pas non plus. Bien qu'elle fasse référence à la jurisprudence pertinente (paragraphe 63), la majorité n'explique pas en quoi la méthode mixte affecterait le développement personnel ou l'autonomie personnelle de la requérante. En effet, le Gouvernement relève à juste titre que la méthode de calcul de la rente ne devrait pas jouer de rôle lors du choix hypothétique du taux de travail. En l'espèce, rien n'empêchait la requérante d'indiquer qu'elle aurait souhaité travailler à 100 %, 80 % ou même 0 % après la naissance de ces deux filles. Dans tous ces cas, la requérante aurait reçu une rente d'invalidité selon la méthode mixte. C'est là, aussi, la différence entre la présente affaire et l'affaire *Schuler-Zgraggen*.

III. Conclusion

12. À la lumière de ce qui précède, nous sommes d'avis que la Cour a admis trop facilement l'applicabilité de l'article 8 dans la présente affaire. L'approche suivie par la majorité étend le champ d'application l'article 8

d'une manière considérable, qui rend en quelque sorte l'article 1 du Protocole n° 1 superflu.

13. Selon notre interprétation de la jurisprudence pertinente, la requérante n'a pas suffisamment montré – ni devant les instances internes ni devant la Cour – dans quelle mesure l'application de la méthode mixte affecte à proprement parler l'organisation de sa vie familiale ou privée, au sens de l'article 8 de la Convention. Pour ces raisons, nous pensons que la Cour aurait dû, en application de l'article 35 §§ 3 a) et 4 de la Convention, rejeter ce grief pour incompatibilité *ratione materiae* avec les dispositions de la Convention.

Bericht des Bundesrates

Die Invaliditätsbemessung in der Invalidenversicherung bei Teilerwerbstätigkeit

01.07.2015

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Die Invaliditätsbemessung in der Invalidenversicherung bei Teilerwerbstätigkeit

Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates Jans (12.3960 "Schlechterstellung von Teilerwerbstätigen in der Invalidenversicherung") vom 28. September 2012

1. Juli 2015

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung **4**

1. Einleitung **5**
1.1 Auftrag ... 5
1.2 Parlamentarische Initiativen und Vorstösse ... 5
1.3 Aufbau des Berichts ... 5

2. Bemessung des Invaliditätsgrades **6**
2.1 Erwerbsstatus ... 6
2.1.1 Wirtschaftlicher Invaliditätsbegriff ... 6
2.1.2 Historische Entwicklung ... 6
2.1.3 Feststellung des Erwerbsstatus ... 7
2.1.4 Erwerbstätigkeit ... 7
2.1.5 Nichterwerbstätigkeit ... 8
2.1.6 Teilerwerbstätigkeit ... 9
2.1.7 Statuswechsel ... 9
2.2 Methoden für die Bemessung des Invaliditätsgrades ... 10
2.2.1 Allgemeine Methode des Einkommensvergleichs ... 10
2.2.2 Spezifische Methode des Betätigungsvergleichs ... 10
2.2.3 Gemischte Methode ... 11
2.2.4 Ausserordentliche Methode ... 12
2.3 Die Schadenminderungspflicht ... 12
2.3.1 Allgemeines ... 12
2.3.2 Die Schadenminderungspflicht in Anwendung der gemischten Methode ... 12
2.3.3 Einfluss des Familienstatus auf die Schadenminderungspflicht ... 13

3. Häufigkeit und Verteilung der Bemessungsmethoden **14**
3.1 Häufigkeit der Methoden nach Geschlecht ... 14
3.2 Häufigkeit der Methoden nach Rentenbruchteilen ... 16

4. Vergleich mit anderen schweizerischen Sozialversicherungen **17**
4.1 Obligatorische Unfallversicherung ... 17
4.2 Militärversicherung ... 17
4.3 Berufliche Vorsorge ... 17

5. Kritik an der gemischten Methode **19**
5.1 Kritikpunkte ... 19
5.2 Doppelte Berücksichtigung des Teilzeitcharakters ... 19
5.3 Wechselwirkungen zwischen Erwerbsbereich und Aufgabenbereich ... 20
5.4 Ist die gemischte Methode diskriminierend ... 21
5.4.1 Achtung des Privat- und Familienlebens ... 22
5.4.2 Rechtsgleichheit ... 22

6. Alternativen zur gemischten Methode **24**
6.1 Pa. Iv. Suter (00.454 "Bemessung des Invaliditätsgrades bei Teilerwerbstätigen") ... 24
6.1.1 Beschreibung ... 24
6.1.2 Würdigung ... 24

6.1.3 Finanzielle Auswirkungen ... 25
6.2 Zwei Renten für doppelbelastete Personen ... 25
6.2.1 Beschreibung ... 25
6.2.2 Würdigung ... 26
6.2.3 Finanzielle Auswirkungen ... 26
6.3 Ökonomische Bewertung der Tätigkeit im Aufgabenbereich ... 27
6.3.1 Beschreibung ... 27
6.3.2 Würdigung ... 27
6.3.3 Finanzielle Auswirkungen ... 28
6.4 Anlehnung an das norwegische System ... 28
6.4.1 Beschreibung ... 28
6.4.2 Würdigung ... 28
6.4.3 Finanzielle Auswirkungen ... 29

7. Optimierung des heutigen Systems 30
7.1 Bessere Berücksichtigung der Wechselwirkungen ... 30
7.2 Finanzielle Auswirkungen ... 30

8. Schlussfolgerungen 31

***Anhang 1: Tätigkeitsliste für Personen im Haushalt* 33**

***Anhang 2: Fallbeispiele* 34**

Zusammenfassung

Die schweizerische Invalidenversicherung (IV) schützt die ganze Bevölkerung vor den wirtschaftlichen Folgen einer voraussichtlich dauernden oder lang anhaltenden Erwerbsunfähigkeit durch eine gesundheitliche Beeinträchtigung. Alle versicherten Personen, nicht nur die erwerbstätigen, sind berechtigt, Leistungen der IV, beispielsweise eine Rente, zu erhalten. Der Anspruch und die Höhe der Rente hängen vom Grad der Invalidität ab. Dieser wird bei Erwerbstätigen, Teilerwerbstätigen und Nichterwerbstätigen unterschiedlich bemessen. Das kann dazu führen, dass die gleiche gesundheitliche Beeinträchtigung unterschiedliche Invaliditätsgrade und somit auch unterschiedliche Leistungen ergibt. Vor allem die bei teilerwerbstätigen Personen angewendete gemischte Methode wird in dieser Hinsicht häufig kritisiert. Weil immer mehr Personen teilerwerbstätig sind, stellt sich auch die Frage nach der richtigen Bemessung des Invaliditätsgrades bei Teilerwerbstätigkeit immer öfters.

Der vorliegende Bericht wurde in Erfüllung des Postulats Jans (12.3960 "*Schlechterstellung von Teilerwerbstätigen bei der Invalidenversicherung*") verfasst. Das Po Jans, welches am 28. September 2012 eingereicht wurde, beauftragt den Bundesrat, einen Bericht über die Stellung teilzeitlich erwerbstätiger Personen bei der IV zu verfassen.

Der Bericht beschreibt einerseits die Methoden der Invaliditätsbemessung, analysiert die Gründe für die Differenzierung nach Erwerbsstatus und beleuchtet die kritischen Punkte dieser unterschiedlichen Behandlung.

Die Bemessung der Invalidität bei einer teilzeitlichen Erwerbstätigkeit wird durch drei wesentliche Grundsätze geprägt: Erstens versichert die IV nur Einkommen, die tatsächlich realisiert und Tätigkeiten, die tatsächlich ausgeführt werden, und nicht auch solche, die ohne Gesundheitsschaden theoretisch realisiert oder ausgeführt werden könnten. Zweitens geht die IV bei Haushalts- und Familienaufgaben davon aus, dass bei diesen eine grössere Freiheit bei der Bewältigung und der Organisation der Arbeiten besteht und andere Haushalts- und Familienmitglieder mindestens einen Teil dieser Aufgaben übernehmen können. Darum führt die gleiche gesundheitliche Einschränkung bei den Familien- und Haushaltsaufgaben meist zu einem tieferen Grad von Invalidität als bei der Erwerbstätigkeit. Drittens wird bei Personen, die gleichzeitig erwerbstätig sind und Aufgaben in Familie und Haushalt wahrnehmen, aus den separat ermittelten Einbussen in diesen beiden Bereichen ein gesamter Invaliditätsgrad berechnet. Das führt dazu, dass bei den vollzeitlich Erwerbstätigen meistens ein höherer Invaliditätsgrad ermittelt wird als bei den teilzeitlich Erwerbstätigen. Daher rührt die Kritik an der gemischten Methode der Invaliditätsbemessung.

Der Bericht stellt andererseits verschiedene Alternativen zur gemischten Methode vor und analysiert sie in Bezug auf ihre Auswirkungen auf die versicherten Personen und das System der IV. Die untersuchten Alternativen wären mit Mehrkosten verbunden, würden das System als solches in Frage stellen oder würden mehr oder weniger die gleichen Invaliditätsgrade wie heute ergeben. Eine Verbesserung der Rentenansprüche teilerwerbstätiger Personen könnte mit dem Vorschlag realisiert werden, welcher der damaligen Pa. Iv. Suter[1] zu Grunde liegt. Die Realisierung der mit der Pa. Iv. angestrebten Verbesserung hätte allerdings erhebliche Mehrkosten zur Folge und könnte deshalb nicht mit den Aufträgen des Parlaments vereinbart werden. Auf eine rasche Verbesserung der aktuellen Situation im Sinne der früheren Pa. Iv. soll mit Blick auf die finanzielle Situation der IV bis auf weiteres verzichtet werden.

Aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Teilerwerbstätigkeit und der Wichtigkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird jedoch eine Optimierungsmöglichkeit für die Anwendung der gemischten Methode vorgeschlagen: die Wechselwirkungen zwischen der Erwerbstätigkeit und den anderen rentenrelevanten Tätigkeiten können besser berücksichtigt werden, indem die Einschränkungen in beiden Bereichen gleichzeitig beurteilt, also die gesamte Betätigungssituation umfassend berücksichtigt wird.

[1] Pa. Iv. 00.454 Suter "Bemessung des Invaliditätsgrades bei Teilzeiterwerbstätigen" vom 6.10.2000.

1. Einleitung

1.1 Auftrag

Das Bundesgericht hat in einem Grundsatzurteil vom 8. Juli 2011[2] die gemischte Methode, mit welcher der Grad der Invalidität bei Teilerwerbstätigkeit bemessen wird, ausdrücklich geschützt. Das Gericht setzt sich mit der in der Literatur geäusserten Kritik an dieser Methode auseinander. Es hält aber fest, dass sie dem Willen des Gesetzgebers entspreche. Es sei nicht am Gericht zu entscheiden, ob die Wahl der Methode angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung noch vertretbar sei. Dies sei Aufgabe des Gesetzgebers.

Gestützt auf dieses Urteil hat Nationalrat Beat Jans am 28. September 2012 das Postulat 12.3960 "*Schlechterstellung von Teilerwerbstätigen bei der Invalidenversicherung* eingereicht"[3]. Der Bundesrat wird darin beauftragt, einen Bericht über die Stellung teilzeitlich erwerbstätiger Personen bei der Invaliditätsbemessung zu verfassen.

Im Postulat wird bemängelt, dass voll- und teilzeitlich erwerbstätige Personen mit identischem Gesundheitsschaden und derselben Einschränkung der Arbeitsfähigkeit unterschiedlich beurteilt werden.

Der Bundesrat hat am 7. November 2012 die Annahme des Postulats beantragt. Es wurde am 14. Dezember 2012 vom Nationalrat angenommen.

In diesem Bericht sollen die Ursachen und der Umfang der Problematik, wenn möglich nach Geschlechtern aufgeschlüsselt, analysiert und mögliche Alternativen sowie deren finanziellen Folgen aufgezeigt werden.

Mit der Erarbeitung des Berichts wurde das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) beauftragt. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) wurde in die Ausarbeitung mit einbezogen.

1.2 Parlamentarische Initiativen und Vorstösse

Der frühere Nationalrat Marc F. Suter reichte im Jahr 2000 eine parlamentarische Initiative ein[4]. Diese sah vor, die Regelung zur Invaliditätsbemessung bei teilerwerbstätigen Personen weitgehend bestehen zu lassen, allerdings sollte die Berechnung der Invalidität sowohl für den Anteil der Erwerbstätigkeit als auch für den Anteil der Tätigkeit im Aufgabenbereich je bezogen auf eine Vollzeittätigkeit vorgenommen werden. Dazu sollte ein neuer Art. 28 Abs. 2bis ins Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG[5]) eingefügt werden. Der Nationalrat gab der Initiative am 3. Oktober 2003 auf Antrag seiner Kommission ohne Gegenstimme Folge. Nachdem die Kommission bereits einen Erlassentwurf ausgearbeitet hatte, verzichtete sie schliesslich aus finanziellen Gründen auf dessen Integration in die 5. IV-Revision. Die parlamentarische Initiative wurde am 6. Oktober 2006 durch den Nationalrat abgeschrieben.

Neben dieser parlamentarischen Initiative wurden in den letzten Jahren keine weiteren Initiativen oder Vorstösse eingereicht, die sich direkt auf die Anwendung der gemischten Methode beziehen.

1.3 Aufbau des Berichts

Im vorliegenden Bericht werden in einem ersten Teil zunächst die Grundlagen der Invaliditätsbemessung in der IV und insbesondere die Bedeutung des Erwerbsstatus für die Bemessung des Invaliditätsgrades dargestellt. Die verschiedenen Bemessungsmethoden werden genauer vorgestellt und es wird auf die Besonderheiten der Schadenminderungspflicht in der IV eingegangen (Kapitel 2). Anhand von statistischen Angaben soll die heutige Sachlage veranschaulicht werden (Kapitel 3). Es folgt ein Vergleich mit anderen schweizerischen Sozialversicherungen (Kapitel 4).

Im zweiten Teil des Berichts wird die Kritik in der Literatur an der gemischten Methode genauer analysiert (Kapitel 5).

Daraus folgend werden in einem dritten Teil mögliche Alternativen zum heutigen System und ihre finanziellen Auswirkungen aufgezeigt (Kapitel 6). Ausserdem werden Optimierungsmöglichkeiten im heutigen Bemessungssystem dargestellt (Kapitel 7), bevor in einem letzten Kapitel die Schlussfolgerungen gezogen werden (Kapitel 8).

---

2 BGE 137 V 334
3 http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20123960
4 Pa. Iv. 00.454 Suter "Bemessung des Invaliditätsgrades bei Teilzeiterwerbstätigen" vom 6.10.2000.
5 Bundesgesetz vom 19. Juni 1959 über die Invalidenversicherung (IVG), SR 831.20.

2. Bemessung des Invaliditätsgrades

Eine versicherte Person hat gemäss Art. 28 Abs. 2 IVG Anspruch auf eine Rente, wenn sie mindestens zu 40 Prozent invalid ist. Invalidität ist dabei die wegen eines Gesundheitsschadens teilweise oder ganze Einschränkung der Erwerbsfähigkeit bzw. die Unmöglichkeit, sich teilweise oder ganz im bisherigen Aufgabenbereich zu betätigen. Die Invaliditätsbemessung richtet sich nach dem Status der versicherten Person als vollerwerbstätige, teilerwerbstätige oder nicht erwerbstätige Person. Um den Grad der Invalidität zu bestimmen, gibt es grundsätzlich drei Methoden: die allgemeine Methode des Einkommensvergleich, die spezifische Methode des Betätigungsvergleichs und die gemischte Methode. Daneben wird vor allem bei Selbständigerwerbenden die sog. ausserordentliche Methode der Invaliditätsbemessung angewendet.

2.1 Erwerbsstatus

2.1.1 Wirtschaftlicher Invaliditätsbegriff

Die gesamte Schweizer Wohnbevölkerung ist in der IV obligatorisch gegen die wirtschaftlichen Folgen von Invalidität versichert. Die IV erfasst somit vollzeitlich erwerbstätige, teilzeitlich erwerbstätige und auch nicht erwerbstätige Personen gleichermassen. Erreicht die Invalidität einen gewissen Grad, gewährt die IV der betroffenen versicherten Person eine Rente oder eine andere Leistung.

Bei Erwerbstätigen bemisst sich der Grad der Invalidität am gesundheitsbedingten Lohnausfall. Bei Nichterwerbstätigen hängt er davon ab, in welchem Umfang bestimmte Aufgaben mit einem wirtschaftlichen Gegenwert – beispielsweise Hausarbeit, Kinderbetreuung oder Ausbildung – nicht mehr möglich sind. Dabei versichert die IV nicht die physische oder psychische Einschränkung an sich, sondern die tatsächliche geldwerte Einbusse, die dadurch im Vergleich zur Situation ohne Einschränkung entsteht. Die IV versichert aber keine Einbussen in einer Tätigkeit, welche eine Person auch ohne gesundheitliche Beeinträchtigung nicht ausüben würde[6].

Je nach Erwerbsstatus (volle Erwerbstätigkeit, Teilerwerbstätigkeit und Nichterwerbstätigkeit[7]) kommen bei der Bemessung des Invaliditätsgrades drei unterschiedliche Methoden zur Anwendung. Bei teilzeitlich Erwerbstätigen wird eine Kombination von zwei dieser Methoden angewendet. Der Feststellung des Erwerbsstatus kommt deshalb bei der Bemessung des Invaliditätsgrades eine zentrale Bedeutung zu.

2.1.2 Historische Entwicklung

Mitte des letzten Jahrhunderts vertrat das damalige Eidgenössische Versicherungsgericht (EVG)[8] die Auffassung, dass es nicht möglich sei, eine versicherte Person gleichzeitig als erwerbstätig und als nicht erwerbstätig einzustufen[9]. Es sollte im Gegenteil klar zwischen den beiden Kategorien Erwerbstätigkeit und Nichterwerbstätigkeit unterschieden werden.

Nach dem Grundsatz des Überwiegens wurde im Einzelfall entschieden, ob eine Person als erwerbstätig oder nicht erwerbstätig zu qualifizieren war. Die Person zählte demnach zu jener Gruppe, der sie vorwiegend angehörte. Je nach Resultat wurde die Invalidität nach der Erwerbsunfähigkeit oder nach der Einschränkung im Aufgabenbereich ermittelt. So wurde die Invalidität einer Person, welche sich hauptsächlich der Haushaltführung und der Erziehung der Kinder widmete und zusätzlich erwerbstätig war, wie bei einer Person bemessen, die nicht erwerbstätig war. Konnte die Frage der Erwerbs- oder Nichterwerbstätigkeit nicht beantwortet werden, erwog das EVG einen Vergleich der Tätigkeit im Aufgabenbereich mit der ökonomischen Bedeutung der Erwerbstätigkeit. Das Gericht warf die Frage auf, "ob eine verheiratete Hausfrau nicht jedenfalls dann als Erwerbstätige zu beurteilen sei, wenn sie durch ihre erwerbliche Tätigkeit so viel verdiente, dass sie, als Alleinstehende, damit hätte leben können"[10].

Später bejahte das EVG bei überwiegend im Haushalt tätigen Personen eine angemessene Berücksichtigung der Erwerbstätigkeit im Rahmen des Betätigungsvergleichs, "sofern die Erwerbstätigkeit zu ihrem Aufgabenbereich" gehörte[11]. Dies traf zu, wenn das Einkommen der Person ohne Invalidität einen bedeutenden Anteil des gesamten Haushaltseinkommens ausmachte.

---

6 9C_49/2008, Urteil vom 28. Juli 2008, E. 3.3.
7 Siehe dazu unten Ziff. 2.1.4 bis 2.1.6.
8 2007 wurde das EVG, das 1917 mit Sitz in Luzern gegründet worden war, ins Bundesgericht integriert.
9 ZAK 1966, S. 516 ff.
10 ZAK 1966, S. 519.
11 BGE 98 V 259 E. 2.

Diese Regel war indessen in der Praxis schwierig umsetzbar und führte teilweise zu unbefriedigenden Ergebnissen[12], weshalb der Bundesrat per 1. Januar 1977 den Art. 27bis in die IVV aufnahm. Darin wurde festgelegt, dass bei erwerbstätigen Hausfrauen - so der damalige Wortlaut - "der Anteil der Erwerbstätigkeit und der üblichen Tätigkeit im Haushalt festzustellen und die Invalidität entsprechend der Behinderung in diesen Bereichen nach den dafür geltenden Grundsätzen zu bemessen" sei. Damit wurde die Grundlage für die gemischte Methode der Invaliditätsbemessung gesetzt.

Diese Regelung wurde 1982 dem Grundsatz der Gleichbehandlung von Mann und Frau entsprechend angepasst. Im Jahr 2001 wurde ausserdem die unentgeltliche Mitarbeit im Betrieb des Ehegatten in den Artikel aufgenommen. Gesetzlich verankert wurde die gemischte Methode per 1. Januar 2004 mit Art. 28 Abs. 2ter (heute Art. 28*a* Abs. 3) des IVG. Eine materiell-rechtliche Änderung hat sich daraus nicht ergeben[13].

22 Jahre nach Inkrafttreten von Art. 27bis IVV hatte sich das EVG dazu zu äussern, wie bei einer Teilerwerbstätigkeit die Invalidität im Erwerbsbereich zu bemessen sei. Das EVG hielt in einem Leitentscheid einlässlich fest, dass bei teilerwerbstätigen Personen die Invalidität bezogen auf die tatsächlich oder hypothetisch ausgeübte Teilerwerbstätigkeit zu ermitteln sei[14].

In seinem Entscheid vom 24. Oktober 2014[15] setzte sich das Bundesgericht sehr eingehend mit Frage auseinander, wie zu entscheiden sei, wenn die versicherte Person keinen vorausgesetzten Aufgabenbereich hat. Das Bundesgericht rief in Erinnerung, dass die Invalidenversicherung als Volksversicherung zur Deckung des Existenzbedarfs bei Eintritt des versicherten Risikos (Invalidität) konzipiert sei. Dementsprechend hielt es fest, dass aufgrund der gesetzlichen Grundlagen davon ausgegangen werden muss, dass Erwerbstätigkeit und nichterwerblicher Aufgaben in dem Sinne komplementär sind, als was nicht Erwerbstätigkeit ist, unter die Besorgung des Haushaltes fällt, womit die beiden Bereiche zusammen im Regelfall eine Wert von 100% ergeben. Mit anderen Worten wird der Haushaltsanteil nicht in Abhängigkeit vom Umfang der im Aufgabenbereich anfallenden Arbeiten festgesetzt; vielmehr entspricht er grundsätzlich der Differenz zwischen dem Erwerbsanteil und einem 100%-Pensum.

Dieses Urteil des Bundesgerichts bestätigt den Grundsatz, dass in der IV immer ein 100%-Pensum versichert ist, womit Personen mit einem (freiwillig) reduzierten Arbeitspensum grundsätzlich nach der gemischten Methode beurteilt werden. Damit hat das Bundesgericht der sich entwickelnden Rechtsprechung[16], wonach Versicherte mit einem freiwillig reduzierten Beschäftigungsgrad nur noch nach der Methode des Einkommensvergleichs beurteilt werden, eine Absage erteilt.

2.1.3 Feststellung des Erwerbsstatus

Ob jemand als vollzeitlich, teilzeitlich oder als nicht erwerbstätig einzustufen ist, kann grundsätzlich empirisch oder normativ entschieden werden. Beim empirischen Vorgehen wird geprüft, was die Person ohne gesundheitliche Beeinträchtigung bei sonst unveränderten Umständen tun würde. Ein wichtiger Hinweis ist dabei jene Tätigkeit, der bei Eintritt der Gesundheitsschädigung nachgegangen wurde sowie die Dauer dieser Tätigkeit[17]. Beim normativen Ansatz wird gefragt, welche Erwerbstätigkeit einer Person zumutbar wäre, wenn sie keinen Gesundheitsschaden hätte. Das Bundesgericht hat in konstanter Rechtsprechung entschieden, dass nicht auf die normative Zumutbarkeit abzustellen ist, sondern auf die überwiegende Wahrscheinlichkeit, mit welcher eine Tätigkeit tatsächlich ausgeübt, bzw. nicht ausgeübt würde[18].

2.1.4 Erwerbstätigkeit

Als Erwerbstätigkeit gilt im Sozialversicherungsrecht "die Ausübung einer auf die Erzielung von Einkommen gerichteten bestimmten (persönlichen) Tätigkeit, durch welche die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhöht wird"[19]. Massgeblich ist dabei gemäss Bundesgericht "eine planmässige Verwirklichung der Erwerbsabsicht in

---

12 Vgl. Kommentar zur Revision der IVV, in: ZAK 1977, S. 16 f.
13 Vgl. Botschaft über die 4. IV-Revision, BBl 2001 3205.
14 Vgl. BGE 125 V 146.
15 Vgl. BGE 141 V 15
16 Vgl. BGE 131 V 51
17 Vgl. 9C_559/2009, Urteil vom 18. Dezember 2009, E. 4.
18 Vgl. 9C_406/2011, Urteil vom 9. Juli 2012, E. 5.1. In 9C_49/2008, Urteil vom 28. Juli 2008, E. 3.3 stützt das Bundesgericht seine Rechtsprechung auf das Beispiel einer vermögenden Person, welche von ihrem Vermögen leben könnte und keine Erwerbstätigkeit ausüben müsste. Sie müsste im Falle einer gesundheitlichen Beeinträchtigung als invalid gelten, weil ihr eine Beschäftigung zugemutet werden könnte, auch wenn sie im hypothetischen Gesundheitsfall gar keine Erwerbstätigkeit ausüben würde.
19 BGE 128 V 20 E. 3.

der Form von Arbeitsleistung"[20]. Im Gesetz wird der Begriff indirekt durch die Bestimmungen zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (Art. 10 ATSG[21]) und den selbständig erwerbenden Personen (Art. 12 ATSG) definiert. Bei Erwerbstätigen bemisst sich der Grad der Einschränkung an der Höhe des ausfallenden Verdienstes.

2.1.5 Nichterwerbstätigkeit

Bei Nichterwerbstätigen, Personen in Ausbildung und Angehörigen einer klösterlichen Gemeinschaft[22] wird der Grad der Einschränkung daran gemessen, wie stark die betroffenen Personen im bisherigen Aufgabenbereich eingeschränkt sind. Dieser Aufgabenbereich wird weder im Gesetz definiert noch durch die Rechtsprechung abschliessend umschrieben. Nach Art. 27 der Verordnung vom 17. Januar 1961 über die Invalidenversicherung (IVV[23]) gelten als Aufgabenbereich hauptsächlich die übliche Tätigkeit im Haushalt, die Erziehung der Kinder, gemeinnützige und künstlerische Tätigkeiten sowie für Angehörige einer klösterlichen Gemeinschaft die gesamte Tätigkeit in der Gemeinschaft[24]. Reine Freizeitbeschäftigungen sind ausser Acht zu lassen, da sie keinen zu ersetzenden wirtschaftlichen Gegenwert darstellen.

Haus- und Familienarbeit

Historisch gesehen, wandte sich der Verordnungsgeber neben den Angehörigen von klösterlichen Gemeinschaften in erster Linie an Personen, die im Haushalt tätig sind. In der Praxis sind dies auch heute noch die häufigsten Fälle. Der ökonomische Wert dieser Tätigkeiten für die versicherten Personen selber war auch der Grund dafür, dass deren gesundheitsbedingter Wegfall versichert wurde. Die wirtschaftliche Grundlage der Haushaltsgemeinschaft sollte also geschützt werden. Wenn eine Haushaltshilfe eingestellt werden muss, weil gewisse Tätigkeiten nicht mehr ausgeübt werden können, verringert sich dadurch das Einkommen des Haushalts. Dieser wirtschaftliche Nachteil sollte von der IV ausgeglichen werden[25].

In der Lehre spricht man sich daher dafür aus, dass die Tätigkeiten im Aufgabenbereich einen wirtschaftlichen Wert aufweisen müssen, im Vergleich zur Erwerbsarbeit jedoch nicht entlöhnt werden[26]. Die Tätigkeiten müssen einer Erwerbstätigkeit gleichgestellt werden können. Die ursprüngliche Fassung von Art. 27 IVV umfasste neben der eigentlichen Haushalttätigkeit die Kindererziehung und eine allfällige Mitarbeit im Betrieb des Ehemannes. Im Jahr 1983 wurde die Regelung geschlechtsneutral umformuliert. Mit einer Änderung der Bestimmung, welche am 01.01.2003 in Kraft trat, wurde der Aufgabenbereich um den nicht entlöhnten karitativen Einsatz ergänzt, welcher ein Jahr später durch die gemeinnützigen und künstlerischen Tätigkeiten ersetzt wurde.

Im Kreisschreiben über Invalidität und Hilflosigkeit in der Invalidenversicherung (KSIH)[27] werden diese Tätigkeiten weiter konkretisiert. So zählen zum Aufgabenbereich die Haushaltführung, Ernährung, Wohnungspflege, Einkäufe und weitere Besorgungen, Wäsche und Kleiderpflege sowie die Betreuung von Kindern oder anderen Familienangehörigen. Unter der Rubrik "Verschiedenes" werden weitere Tätigkeiten genannt, die im Einzelfall zum Aufgabenbereich gehören können, wie die Krankenpflege, die Haustierhaltung, das Anfertigen von Kleidern, gemeinnützige Tätigkeiten, künstlerisches Schaffen oder auch Weiterbildungen. Die verschiedenen Tätigkeiten sind in einer Tabelle dargestellt, in welcher auch die minimale und die maximale Beanspruchung einer gesunden Person durch die verschiedenen Tätigkeiten ausgewiesen werden. Dabei muss das Total der verschiedenen Tätigkeiten immer 100 Prozent ergeben. Die Abgrenzung zu reinen Freizeitbeschäftigungen ist in der Praxis nicht immer einfach. Es besteht ein grosser Ermessenspielraum und es ist in jedem Einzelfall abzuklären, ob eine gewisse Tätigkeit rentenrelevant ist oder nicht. Der offene Wortlaut der Rubrik "Verschiedenes" bringt dem System eine gewisse Flexibilität, weil die Tabelle bei Bedarf mühelos ergänzt oder angepasst werden kann. Das Bundesgericht stützt sich für die Einschränkung im Haushalt ohne weiteres auf die Konkretisierung im KSIH[28].

---

20 BGE 128 V 20 E. 3.
21 Bundesgesetz vom 6. Oktober 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, SR 830.1
22 Art. 26bis f. IVV.
23 Verordnung vom 17. Januar 1961 über die Invalidenversicherung (IVV), SR 831.201.
24 Vgl. Art. 27 IVV.
25 Vgl. Genner, Invaliditätsbemessung bei Teilzeiterwerbstätigen, Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung und berufliche Vorsorge, SZS 2013 S. 453 ff.
26 Vgl. Siki, Invalidität und Sozialversicherung - Gedanken aus staats-, sozialversicherungs- und schadensrechtlicher Sicht, S. 181.
27 Vgl. Rz. 3086 des KSIH (Auszug in Anhang 1).
28 Vgl. statt vieler 8C_961/2009, Urteil vom 17. Juni 2010, E. 8.1 mit Hinweisen.

Krankenpflege

Die Pflege von kranken Angehörigen ist ohne weiteres als rentenrelevante Tätigkeit zu beurteilen. Fällt diese Pflege weg, muss sie nämlich anderweitig sichergestellt werden, was zu Mehrkosten führt. Da das Bundesgericht die Mitwirkungspflicht auch in einem gefestigten Konkubinat bejaht, muss hier auch die Krankenpflege auf diese Paare ausgeweitet werden, sodass die Pflege eines Partners in einem gefestigten Konkubinat ebenfalls als rentenrelevante Tätigkeit eines Aufgabenbereichs zu werten ist.

Gemeinnützige Tätigkeiten

Zur unbezahlten Arbeit zählen klassischerweise gemeinnützige Tätigkeiten. Diese werden auch in Art. 27 IVV aufgeführt. Beim gesundheitsbedingten Wegfall von gemeinnützigen Tätigkeiten entsteht der versicherten Person jedoch kein wirtschaftlicher Nachteil. Ein solcher lässt sich gemäss Rechtsprechung jedoch in einem volkswirtschaftlichen Schaden feststellen, weil die jeweilige Organisation einen Nachteil erleidet. Das Bundesgericht lässt jedoch die Frage offen, ob gemeinnützige Tätigkeiten zu einem rentenrelevanten Aufgabenbereich gehören[29].

Künstlerische Tätigkeiten

Ähnliches lässt sich zu den künstlerischen Tätigkeiten sagen. Allerdings bewirkt der Wegfall von durch Laien ausgeübten künstlerischen Tätigkeiten keinen wirtschaftlichen Nachteil. Handelt es sich nur um Hobbys, sind sie vom Aufgabenbereich ausgenommen. Werden die Tätigkeiten hingegen professionell ausgeführt und wird damit ein gewisses Einkommen generiert, handelt es sich um eine Erwerbstätigkeit. Wo die Grenzen zur Erwerbstätigkeit gezogen werden, muss im Einzelfall abgeklärt werden.

Weiterbildungen

Eine Ausbildung ist ebenfalls eine rentenrelevante Tätigkeit[30]. Der enge sachliche Zusammenhang zwischen einer Ausbildung und der Erwerbstätigkeit erklärt auch den wirtschaftlichen Wert von Ausbildungen. In diesem Sinne können auch berufliche Weiterbildungen zur Ausbildung gezählt werden[31]. Sie können somit rentenrelevant sein, wenn die Person teilzeitlich erwerbstätig ist oder wenn die Weiterbildung im Hinblick auf einen (Wieder-) Einstieg in den Arbeitsmarkt erfolgt.

Spezialfall: Teilzeitliche Tätigkeit im Aufgabenbereich

In der Praxis weniger relevant, aber durchaus denkbar ist die Situation einer Person, die keiner Erwerbstätigkeit nachgeht und sich nur teilzeitlich den Tätigkeiten im Aufgabenbereich widmet und daneben beispielsweise einem Hobby nachgeht. Wenn keine Erwerbstätigkeit vorliegt, ist ein reiner Betätigungsvergleich anzuwenden, wobei die Summe der Tätigkeiten wie gewöhnlich 100 Prozent beträgt[32].

2.1.6 Teilerwerbstätigkeit

Teilerwerbstätigkeit liegt vor, wenn die Tätigkeit nicht in dem zeitlichen Umfang ausgeübt wird, der im betreffenden Beruf üblich ist. Für die IV von Bedeutung ist die Frage, wofür die Zeit neben der Erwerbstätigkeit eingesetzt wird. Personen, die ihr Arbeitspensum reduzieren, damit sie die dadurch frei werdende Zeit für die Tätigkeit in einem der beschriebenen Aufgabenbereiche verwenden können, werden gemäss Rechtsprechung33 nach der gemischten Methode beurteilt, da der Haushaltsanteil nicht in Abhängigkeit vom Umfang der im Aufgabenbereich anfallenden Arbeiten festgesetzt wird; vielmehr entspricht er grundsätzlich der Differenz zwischen dem Erwerbsanteil und einem 100%-Pensum. Diese Betrachtungsweise entspricht der als Volksversicherung konzipierten Invalidenversicherung. Aufgrund vereinzelter Entscheide des Bundesgerichts[34] wurde auch die Möglichkeit in Betrag gezogen, alleinstehende Personen bei einer freiwilligen Reduktion des Beschäftigungsgrades nicht automatisch als Personen mit einem Aufgabenbereich einzustufen.

2.1.7 Statuswechsel

Wenn Tatsachen bekannt werden, die eine erhebliche Änderung des Invaliditätsgrades als möglich erscheinen lassen, wird eine Revision der Invalidenrente von Amtes wegen durchgeführt[35]. In ständiger Rechtsprechung

---

29 BGE 130 V 360 E. 3.3.4.
30 Art. 26bis IVV.
31 Vgl. Genner, Invaliditätsbemessung bei Teilzeiterwerbstätigen, Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung und berufliche Vorsorge, SZS 2013 S. 459.
32 Vgl. KSIH, Ziff. 3087.
33 Vgl. BGE 141 V 15
34 Vgl. BGE 131 V 51, 134 V 9
35 Gestützt auf Art. 87 IVV in Verbindung mit Art. 17 Abs. 1 ATSG.

hält das Bundesgericht dazu fest, dass die in einem bestimmten Zeitpunkt massgebende Methode der Invaliditätsbemessung die künftige Rechtsstellung der versicherten Person nicht im Vornherein festlegt, sondern dass sich die Kriterien der Erwerbsunfähigkeit einerseits und der Einschränkung im Aufgabenbereich andererseits im Einzelfall ablösen können. Eine solche Ablösung der Kriterien ergibt sich erneut aus der Prüfung, was die versicherte Person ohne gesundheitliche Beeinträchtigung bei sonst unveränderten Umständen tun würde. Dies kann einen Statuswechsel mit sich bringen und zu einer Veränderung des Invaliditätsgrades führen. Ein Hinweis auf einen möglichen Statuswechsel wäre beispielsweise eine Reduktion der Kinderbetreuung durch einen Schuleintritt des Kindes.

2.2 Methoden für die Bemessung des Invaliditätsgrades

2.2.1 Allgemeine Methode des Einkommensvergleichs

Für die Bemessung der Invalidität von **erwerbstätigen Personen** wird die Methode des Einkommensvergleichs angewendet.. Gemäss Art. 16 ATSG entspricht der Invaliditätsgrad dem in Prozenten ausgedrückten Verhältnis zwischen dem Invalideneinkommen und dem Valideneinkommen.

Das Invalideneinkommen ist dabei das Erwerbseinkommen, das die Person nach Eintritt der Invalidität und nach Durchführung allfälliger Eingliederungsmassnahmen durch eine ihr zumutbare Tätigkeit bei ausgeglichener Arbeitsmarktlage erzielen könnte. Als massgebendes Invalideneinkommen gilt das tatsächliche Einkommen, wenn die versicherte Person ihre verbliebene Arbeitsfähigkeit im Sinne der zumutbaren Erwerbstätigkeit voll ausnützt und entweder zu erwarten ist, dass das erzielte Einkommen auch anderweitig auf dem ausgeglichenen Arbeitsmarkt erzielt werden könnte oder besonders stabile Arbeitsverhältnisse vorliegen. Falls das zumutbare Pensum nicht voll ausschöpft wird, kann der erzielte Lohn unter bestimmten Umständen auf das zumutbare Pensum hochgerechnet werden und somit ein hypothetischen Einkommen angenommen werden[36].

Das Valideneinkommen ist das Erwerbseinkommen, welches eine Person erzielen würde, wenn sie nicht invalid geworden wäre. Es ist grundsätzlich anhand des zuletzt verdienten Lohnes zu bestimmen, da erfahrungsgemäss die bisherige Tätigkeit ohne Gesundheitsschaden fortgesetzt worden wäre[37], und nicht danach, was die Person bestenfalls verdienen könnte. Ausnahmen von diesem Erfahrungssatz müssen mit überwiegender Wahrscheinlichkeit erstellt sein. Verzichtet eine gesunde versicherte Person freiwillig auf einen Teil ihres Lohnes oder begnügt sie sich aus freien Stücken mit einem bescheideneren Einkommen als sie erzielen könnte, so hat dies im Falle einer späteren Erwerbsunfähigkeit Auswirkungen auf das Valideneinkommen. Dieses ist tiefer, als das Einkommen, welches eine gesunde Person mit einer vollen Erwerbstätigkeit erzielen kann, was sich bei der Invaliditätsbemessung negativ auswirkt. Nach konstanter Rechtsprechung hat die versicherte Person die negativen Auswirkungen zu tragen, die ein tiefes Valideneinkommen mit sich bringen kann[38].

Das folgende Beispiel veranschaulicht dies: Eine Person ist zu 50 Prozent erwerbstätig und verdient damit 40‘000 Franken. Sie erleidet einen Gesundheitsschaden und die IV stellt aufgrund eines Arztberichts fest, dass diese Person zu 50 Prozent arbeitsunfähig ist. Ihre bisherige Tätigkeit kann sie jedoch noch ausführen. Die verbleibende Erwerbsfähigkeit entspricht damit dem bisherigen Arbeitspensum. Diese Person hat somit ein Invalideneinkommen von 40‘000 Franken. Das Valideneinkommen, im vorliegenden Fall also das bisherige Einkommen, beträgt ebenfalls 40‘000 Franken. Der Invaliditätsgrad beträgt folglich Null Prozent und es liegt keine Invalidität im Sinne des Gesetzes vor. Mit anderen Worten: Wenn diese Person ihre verbliebene Erwerbsfähigkeit voll ausschöpft, kann sie gleich viel verdienen wie vorher und erleidet somit keine Erwerbseinbusse.

Die Vergleichseinkommen sind aufgrund der gesamten Erwerbstätigkeit (Haupt- und Nebenbeschäftigung) zu bestimmen[39].

2.2.2 Spezifische Methode des Betätigungsvergleichs

Bei **nichterwerbstätigen Personen** wird der Invaliditätsgrad durch eine Abklärung vor Ort und unter Berücksichtigung der medizinischen Einschätzung ermittelt. Dabei wird im Gespräch mit der versicherten Person eine

[36] Vgl. 8C_579/2009, Urteil vom 6. Januar 2010 und 8C_25/2010, Urteil vom 21. Mai 2010.
[37] Vgl. 8C_740/2010, Urteil vom 29. September 2011, E. 7.1.
[38] BGE 135 V 297 E. 5.1.
[39] 9C_883/2007, Urteil vom 18. Februar 2008.

Aufstellung derjenigen Tätigkeiten vorgenommen, welche sie vor Eintritt der Invalidität ausübte. Diese Tätigkeiten werden verglichen mit der Gesamtheit der Tätigkeiten, welche der versicherten Person – nach Durchführung allfälliger Eingliederungsmassnahmen – trotz der Invalidität noch zugemutet werden können.

In einem ersten Schritt muss festgelegt werden, welchen Anteil die einzelnen Tätigkeiten am gesamten Aufgabenbereich ausmachen (Gewichtung). Die prozentualen Anteile dieser Tätigkeiten sind im KSIH festgelegt[40]. Die darin vorgesehene Aufgabenaufteilung und die Gewichtung der einzelnen Tätigkeiten sind im Normalfall anzuwenden[41]. Die Liste im KSIH sieht für jede Tätigkeit einen minimalen sowie einen maximalen Anteil vor, was eine gesamtschweizerisch rechtsgleiche Behandlung garantiert. Der Spielraum dient einer realitätsgerechten Beurteilung der Verhältnisse im Einzelfall.

Das Total der Tätigkeiten, denen die Person vor der Gesundheitsschädigung nachgegangen ist, hat immer 100 Prozent zu betragen, um im Einzelfall einen direkten Vergleich mit den Tätigkeiten vornehmen zu können, die nach Eintritt der Invalidität noch erfüllt werden können[42]. Die Ausgestaltung des Aufgabenbereichs ist sehr individuell, weshalb nicht von fixen Annahmen bezüglich einzelnen Tätigkeiten und dem Zeitaufwand ausgegangen werden kann.

Die Abklärungsperson hat sodann anzugeben, welche Tätigkeiten die versicherte Person nicht mehr ausüben kann oder in welchen sie erheblich eingeschränkt ist. Ein allfällig grösserer Zeitaufwand ist nur relevant, wenn eine Person während der zumutbaren Normalarbeitszeit im Haushalt nicht mehr alle Aufgaben bewältigen kann und daher in wesentlichem Masse der Fremdhilfe bedarf[43]. Die prozentuale Einschränkung der verschiedenen Tätigkeiten wird mit deren Gewichtung multipliziert, wodurch man die Invaliditätsgrade der einzelnen Tätigkeiten im Verhältnis zum gesamten Aufgabenbereich erhält. Der Gesamtinvaliditätsgrad entsteht aus der Addition der einzelnen Teilinvaliditätsgrade.

Bei der Festlegung des Invaliditätsgrades im Aufgabenbereich wird berücksichtigt, dass man diese Arbeiten selber organisieren kann und dass andere Mitglieder des Haushalts einspringen können, womit die Auswirkungen eines Gesundheitsschadens kleiner werden[44]. Dies führt im Ergebnis dazu, dass der Invaliditätsgrad im Aufgabenbereich in aller Regel bei gleicher gesundheitlicher Einschränkung tiefer liegt als jener im Bereich der Erwerbstätigkeit.

2.2.3 Gemischte Methode

Die Bemessung des Invaliditätsgrades bei **teilerwerbstätigen Personen, die neben der eingeschränkten Erwerbstätigkeit auch im Aufgabenbereich tätig sind**, erfolgt nach der gemischten Methode.

Für den Erwerbsteil wird die allgemeine Methode des Einkommensvergleichs angewendet. Dabei wird, wie bereits dargelegt, zunächst die Einkommenseinbusse berechnet (Valideneinkommen abzüglich Invalideneinkommen). Danach wird diese Einbusse in Prozenten des Valideneinkommens festgelegt. Der so erhaltene Invaliditätsgrad aus dem Erwerbsteil wird mit dem Anteil der Erwerbstätigkeit (Pensum) multipliziert, um den gewichteten Invaliditätsgrad im Erwerbsteil zu erhalten. Diese Gewichtung wird vorgenommen, da im komplementären Aufgabenbereich ebenfalls ein Teilinvaliditätsgrad besteht. Ohne Gewichtung könnten Invaliditätsgrade von über 100 Prozent entstehen.

Die Invalidität in Bezug auf den Aufgabenbereich wird durch einen Betätigungsvergleich bestimmt. Die ermittelte Invalidität wird sodann mit dem Anteil der Tätigkeit im Aufgabenbereich multipliziert. Daraus ergibt sich der gewichtete Invaliditätsgrad im Aufgabenbereich.

Der gesamte Invaliditätsgrad ergibt sich sodann aus der Addierung der in beiden Bereichen berechneten und gewichteten Teilinvaliditäten.

Der Anteil der Erwerbstätigkeit entspricht dem zeitlichen Umfang der von der Person ohne gesundheitliche Beeinträchtigung ausgeübten Beschäftigung im Verhältnis zu der im betreffenden Beruf üblichen Arbeitszeit. Daraus folgt auch der Anteil des Aufgabenbereichs.

---

40 Vgl. Rz. 3086 KSIH (Auszug in Anhang 1)

41 Eine andere Gewichtung darf nur bei erheblichen Abweichungen vom Schema vorgenommen werden, vgl. ZAK 1986 S. 232.

42 Dies gilt auch für Personen, die nur teilzeitlich in einem Aufgabenbereich tätig sind und daneben beispielsweise einem Hobby nachgehen; siehe oben Ziff. 2.1.5.

43 Vgl. ZAK 1984, S. 140.

44 Siehe Ziff. 2.3.

Arbeitet eine Person neben dem Aufgabenbereich unentgeltlich im Betrieb des Ehegatten, so wird die Invalidität in diesem Bereich nach der ausserordentlichen Bemessungsmethode beurteilt. Zunächst wird festgehalten, zu wie vielen Stunden die Person vor Eintritt des Gesundheitsschadens im Betrieb tätig war bzw. ohne Gesundheitsschaden mitarbeiten würde. Die Differenz zur branchenüblichen Arbeitszeit gilt als Anteil des Aufgabenbereichs. Dann wird festgestellt, inwieweit die Tätigkeiten noch ausgeübt werden können, für den Aufgabenbereich nach dem Betätigungsvergleich, für die nicht entlöhnte Mitarbeit im Betrieb nach dem ausserordentlichen Bemessungsverfahren.

2.2.4 Ausserordentliche Methode

Die Bemessung des Invaliditätsgrades von Personen, die eine Erwerbstätigkeit ausüben, hat wenn immer möglich durch einen Einkommensvergleich zu erfolgen. Wo jedoch eine zuverlässige Ermittlung der beiden Vergleichseinkommen direkt nicht möglich ist, wird der Invaliditätsgrad nach der ausserordentlichen Methode ermittelt[45]. Diese Methode ist in der Praxis häufig bei **selbständigerwerbenden Personen** anwendbar.

Zunächst ist ein Betätigungsvergleich vorzunehmen. Anschliessend sind die Tätigkeiten erwerblich zu gewichten, indem für jede Tätigkeit ein branchenüblicher Lohnansatz angewendet wird. Damit können ein Validen- und ein Invalideneinkommen ermittelt und ein Einkommensvergleich vorgenommen werden. Die ausserordentliche Bemessungsmethode entspricht somit einem Einkommensvergleich mit vorangehendem Betätigungsvergleich.

2.3 Die Schadenminderungspflicht

2.3.1 Allgemeines

Die Schadenminderungspflicht ist ein allgemeiner Rechtsgrundsatz des Sozialversicherungsrechts[46]. Die versicherte Person hat alles ihr Zumutbare zu unternehmen, um die Dauer und das Ausmass der Arbeitsunfähigkeit zu verringern und den Eintritt einer Invalidität zu verhindern[47]. Sie muss an allen zumutbaren Massnahmen, die zur Erhaltung des bestehenden Arbeitsplatzes oder zu ihrer Eingliederung ins Erwerbsleben oder in einen dem Erwerbsleben gleichgestellten Aufgabenbereich dienen, aktiv teilnehmen. Dies sind insbesondere Massnahmen der Frühintervention, Integrationsmassnahmen zur Vorbereitung auf die berufliche Eingliederung, Massnahmen beruflicher Art, medizinische Behandlungen oder Massnahmen zur Wiedereingliederung von Rentenbezügerinnen und Rentenbezügern[48]. Als zumutbar gilt jede Massnahme, die der Eingliederung der versicherten Person dient; ausgenommen sind Massnahmen, die ihrem Gesundheitszustand nicht angemessen sind[49]. Zur Schadenminderungspflicht gehört aber auch die Inanspruchnahme der Unterstützung von Familienangehörigen, soweit diese eine gesetzliche oder faktische Beistandspflicht haben[50].

Entzieht oder widersetzt sich eine versicherte Person einer zumutbaren Behandlung oder Eingliederung ins Erwerbsleben, die eine wesentliche Verbesserung der Erwerbsfähigkeit oder eine neue Erwerbsmöglichkeit verspricht, oder trägt sie nicht aus eigenem Antrieb das ihr Zumutbare dazu bei, so können ihr die Leistungen vorübergehend oder dauernd gekürzt oder verweigert werden. Sie muss vorher schriftlich gemahnt und auf die Rechtsfolgen hingewiesen werden; ihr ist eine angemessene Bedenkzeit einzuräumen. Behandlungs- oder Eingliederungsmassnahmen, die eine Gefahr für Leben und Gesundheit darstellen, sind nicht zumutbar[51].

2.3.2 Die Schadenminderungspflicht in Anwendung der gemischten Methode

Im Allgemeinen unterscheidet sich die Tätigkeit im Aufgabenbereich von Erwerbstätigkeiten strukturell dadurch, dass sich etwa die Haushaltarbeit etappenweise erledigen und frei einteilen lässt[52]. Dabei ist unter Umständen ein erhöhter Zeitaufwand in Kauf zu nehmen, hat doch eine versicherte Person im Rahmen der Schadenminderungspflicht von sich aus das ihr Zumutbare zur Verbesserung der Arbeitsfähigkeit beizutragen. Können gewisse Haushaltarbeiten nur noch mühsam und mit viel höherem Zeitaufwand erledigt werden, so

---

45 Vgl. BGE 128 V 29.
46 Vgl. BGE 114 V 281 E. 3.
47 Art. 7 Abs. 1 IVG.
48 Art. 7 Abs. 2 IVG; Gilt neu als Ausfluss einer verstärkten Schadenminderungspflicht und Ausdruck des Prinzips "Eingliederung vor Rente". Die Beweislast für die Unzumutbarkeit einer Eingliederungsmassnahme liegt somit neu bei der versicherten Person. 8C_830/2012, Urteil vom 13. März 2013 E. 2.2.
49 Art. 7*a* Abs. IVG 8C_830/2012, Urteil vom 13. März 2013 E. 2.2.
50 Vgl. dazu nachfolgend Ziff. 2.3.2 und 2.3.3.
51 Vgl. Art. 7*b* IVG i.V.m. Art. 21 Abs. 4 ATSG.
52 Vgl. statt vieler I 595/03, Urteil vom 30. Juli 2004, E. 3.2.1.

müssen also in erster Linie diese Arbeiten eingeteilt und die Mithilfe von Familienangehörigen in Anspruch genommen werden.

Die Mithilfe hat aber nach der Rechtsprechung Grenzen. Diese Form der Schadenminderung ist nicht mehr zumutbar, wenn die Aufgaben, die nicht mehr erfüllt werden können, Drittpersonen gegen Entlöhnung übertragen werden müssen oder wenn Angehörige sie übernehmen müssen und dadurch eine Erwerbseinbusse erleiden oder ihnen eine unverhältnismässige Belastung entsteht. Allerdings geht die zu berücksichtigende Mithilfe von Familienangehörigen weiter als die ohne Gesundheitsschädigung üblicherweise zu erwartende Unterstützung, denn es ist danach zu fragen, wie sich eine vernünftige Familiengemeinschaft einrichten würde, wenn keine Versicherungsleistungen zu erwarten wären[53]. Dies wird von einem Teil der Lehre kritisiert[54].

Die im Vergleich zum Einkommensvergleich häufig als strenger wahrgenommene Invaliditätsbemessung durch den Betätigungsvergleich oder die gemischte Methode erklärt sich mit der grösseren Freiheit in der zeitlichen Gestaltung der Arbeit und der Mithilfe von Familienmitgliedern, durch welche die Folgen der gesundheitlichen Beeinträchtigung aufgefangen werden können[55]. Durch entsprechend schadenmindernde Vorkehren kommen somit gesundheitliche Einschränkungen vielfach weniger stark zum Tragen.

2.3.3 Einfluss des Familienstatus auf die Schadenminderungspflicht

Der Hauptgrund für die Mitberücksichtigung der zumutbaren Mitwirkung der Familienangehörigen im Zusammenhang mit der Schadenminderungspflicht liegt in den zivilrechtlichen Beistandspflichten zwischen Ehegatten[56] bzw. gleichgeschlechtlichen Personen einer eingetragenen Partnerschaft[57] und zwischen Eltern und Kindern[58]. Das Bundesgericht bejaht die im Rahmen der Schadenminderungspflicht zu berücksichtigende Mithilfe auch im gefestigten Konkubinat[59]. Demgegenüber bestehen für Arbeitgeber gegenüber ihren Arbeitnehmern mit gesundheitlichen Einschränkungen grundsätzlich nur punktuelle Fürsorgepflichten[60]. Das Beiziehen von Arbeitskolleginnen und -kollegen für Hilfeleistungen, die einen nicht unerheblichen Teil der Arbeitszeit mit entsprechenden Lohnkosten beanspruchen, ist somit grundsätzlich nicht zumutbar, weil er den Rahmen der Schadenminderungspflicht überschreitet[61].

---

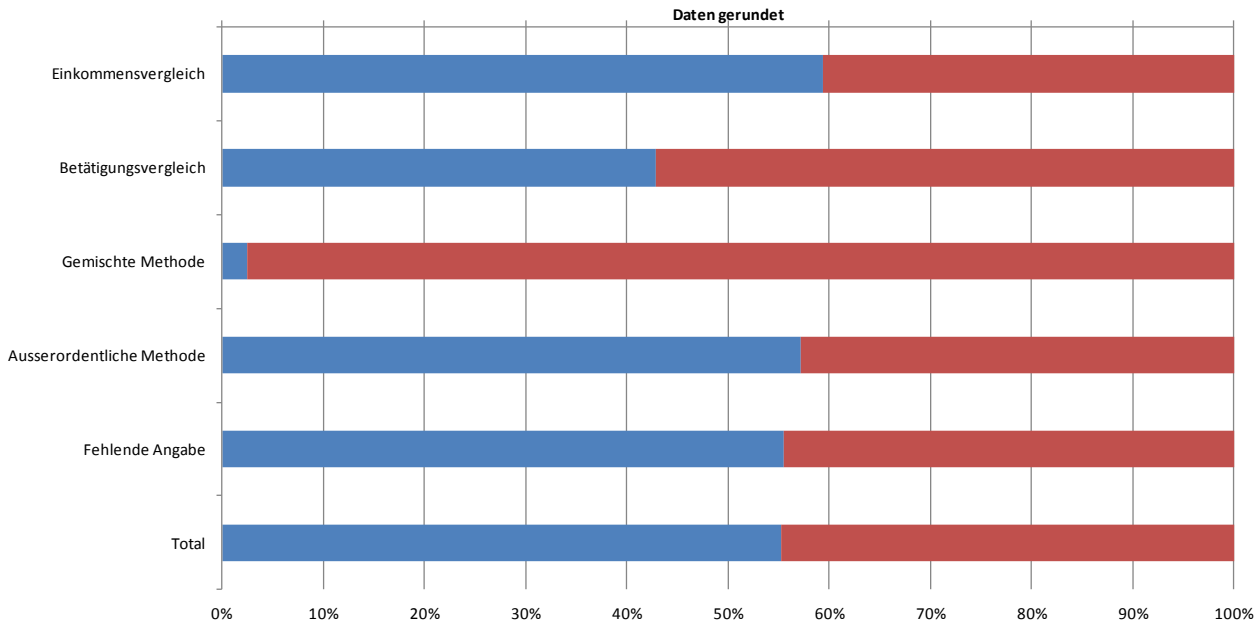
53 Vgl. BGE 133 V 504 E. 4.2 mit Hinweisen auf weitere Urteile.
54 Vgl. Jean-Louis Duc, De l'obligation des assurés non-actifs de diminuer le dommage dans l'assurance-invalidité, AJP 08/2014.
55 Vgl. I 595/2003, Urteil vom 30. Juli 2004, E. 3.2.
56 Vgl. Art. 159 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 10. Dezember 1907 (ZGB; SR 210).
57 Vgl. Art. 12 des Bundesgesetzes vom 18. Juni 2004 über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (SR 211.231).
58 Vgl. Art. 272 ZGB und BGE 133 V 504 E. 4.2 sowie I 3/04, Urteil vom 27. August 2004, E. 3.1.
59 Vgl. 8C_828/2011, Urteil vom 27. Juli 2012, E. 4.5.
60 Vgl. Art. 328 des Bundesgesetzes betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911 (SR 220).
61 I 3/04, Urteil vom 27. August 2004, E. 3.1.

3. Häufigkeit und Verteilung der Bemessungsmethoden

Von insgesamt rund 265'100[62] Renten, die im Dezember 2013 ausgerichtet wurden, wurden 234'000 mittels der Methode des Einkommensvergleichs berechnet. Das entspricht einem Anteil von gut 88 Prozent. Ein Betätigungsvergleich wurde bei knapp 9'200 Renten vorgenommen, was einen Anteil von 3 Prozent ausmacht. Die gemischte Methode kam bei 16'400 Renten, also bei rund 6 Prozent, zur Anwendung. Bei 2'900 Renten kam die ausserordentliche Methode der Invaliditätsbemessung zur Anwendung und bei 2'700 Renten konnte die Methode nicht ermittelt werden. Da die ausserordentliche Methode der Invaliditätsbemessung zahlenmässig unbedeutend ist, geht der vorliegende Bericht darauf nicht näher ein.

3.1 Häufigkeit der Methoden nach Geschlecht

Die folgende Grafik zeigt die verschiedenen Bemessungsmethoden und ihre Verteilung nach den Geschlechtern.



	Total	Fehlende Angabe	Ausserordentliche Methode	Gemischte Methode	Betätigungsvergleich	Einkommensvergleich
Männer	146'600	1'500	1'600	400	3'900	139'100
Frauen	118'500	1'200	1'200	16'000	5'200	94'900

Beim Einkommensvergleich entfielen von den 234'000 Renten im Jahr 2013 rund 95'000 (41 Prozent) auf Frauen und etwa 139'000 (59 Prozent) auf Männer. Beim Betätigungsvergleich (rund 9'200 Renten) zeigt sich ein umgekehrtes Bild der prozentualen Verteilung: Gut 5'200 Renten (57 Prozent) für Frauen und etwa 3'900 Renten (43 Prozent) für Männer.

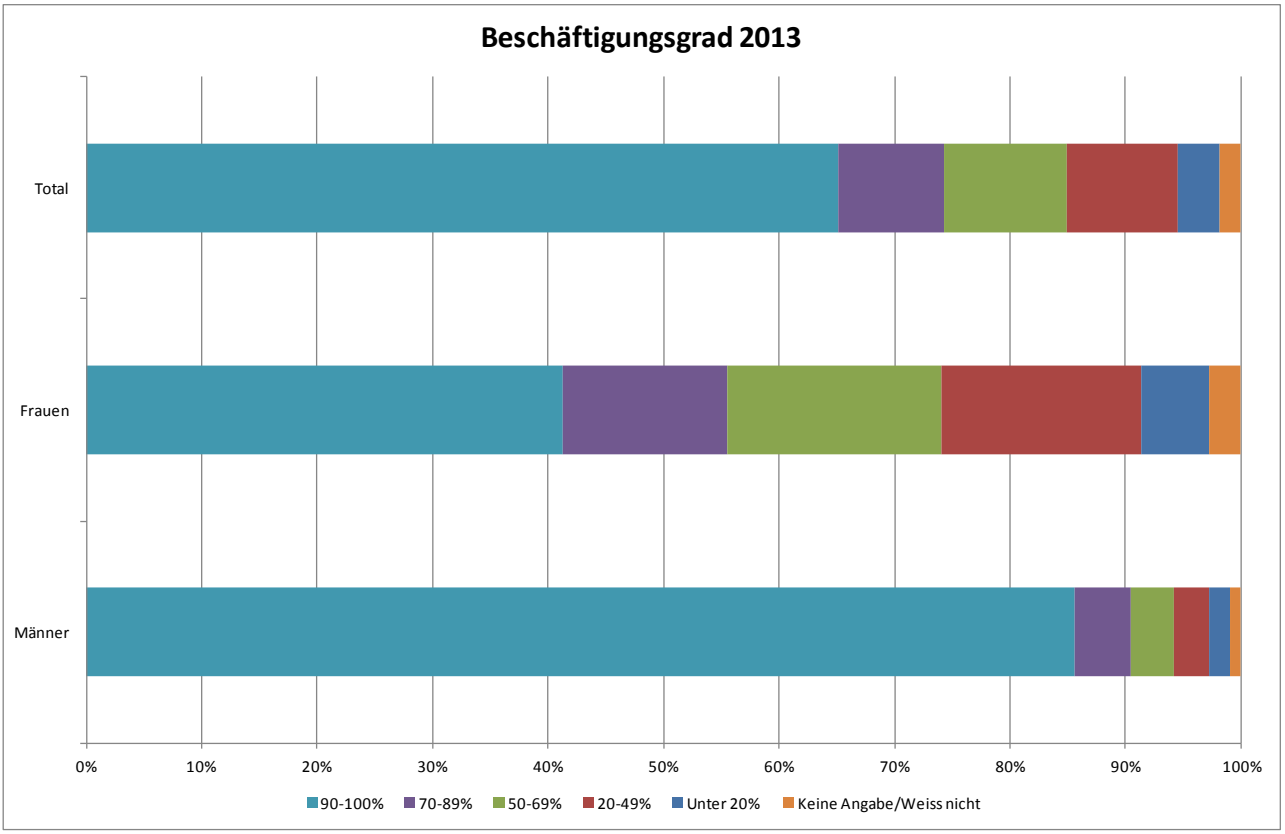
Im Vergleich dazu ist die Verteilung bei der gemischten Methode viel unausgeglichener: Von den insgesamt 16'400 Renten, welche im Dezember 2013 gemäss der gemischten Methode ausgerichtet wurden, entfiel der grösste Teil, nämlich gut 16'000 Renten (bzw. 98 Prozent), auf Frauen und nur wenige Renten (400 Fälle, bzw. 2 Prozent) auf Männer.

[62] In diesem Bericht werden die einzelnen Beträge ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet. Dies hat zur Folge, dass in den Grafiken eine Differenz zwischen dem Total und der Summe der einzelnen Kategorien bestehen kann.

	Personen				Rentensumme in Mio. Franken			
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Einkommensvergleich	139'100	94'900	59%	41%	226	147	60%	40%
Betätigungsvergleich	3'900	5'200	43%	57%	6	8	46%	54%
Gemischte Methode	400	16'000	2%	98%	1	25	2%	98%
Ausserordentliche Methode	1'600	1'200	57%	43%	3	2	58%	42%
Fehlende Angabe	1'500	1'200	55%	45%	2	2	55%	45%
Total	146'600	118'500	55%	45%	238	184	56%	44%

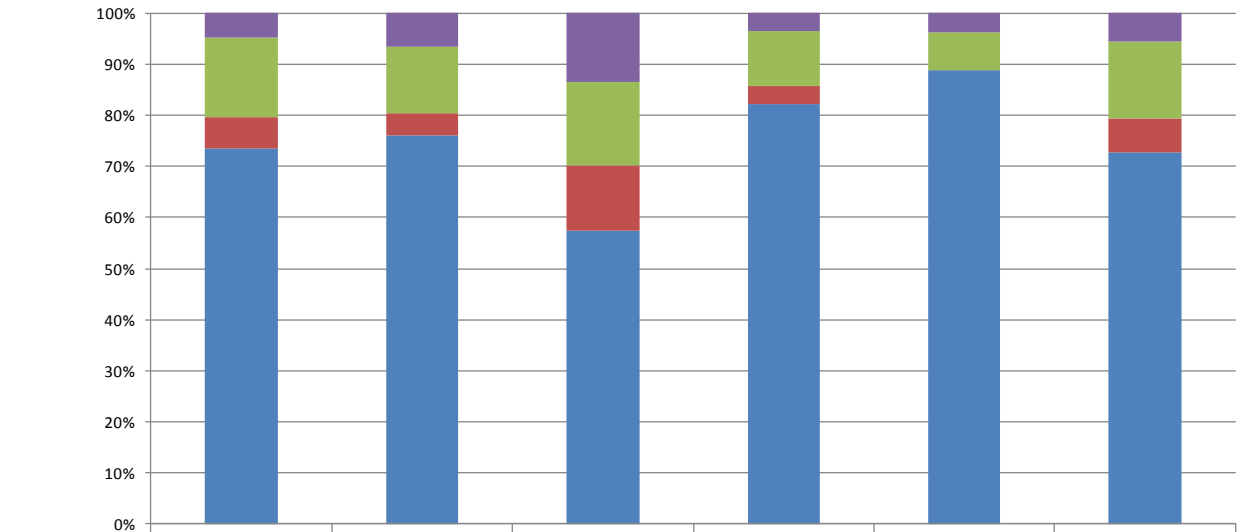
Ein Vergleich zwischen der Anzahl ausgerichteter Renten und der Rentensumme zeigt in der Verteilung auf die Geschlechter kaum Unterschiede, was auch bei der Verteilung auf die Methoden der Fall ist. Auf weitere Auswertungen zur Rentensumme wird daher verzichtet.

Dass die Frauen bei der Anwendung der gemischten Methode überproportional vertreten sind, ist auf die gesellschaftliche Realität zurückzuführen. Dies zeigt sich auch in den statistischen Angaben der schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) des Bundesamts für Statistik (BFS), gemäss denen im Jahr 2013 von allen erwerbstätigen Frauen fast 60 Prozent teilerwerbstätig waren. Bei den Männern betrug die Teilerwerbstätigkeit lediglich 15%. Oder anders ausgedrückt: Von allen teilerwerbstätigen Personen waren 84 Prozent Frauen und nur 16 Prozent Männer.



3.2 Häufigkeit der Methoden nach Rentenbruchteilen

In der folgenden Grafik werden die aus den verschiedenen Bemessungsmethoden resultierenden Rentenbruchteile[63] aufgezeigt.



	Einkommensvergleich	Betätigungsvergleich	Gemischte Methode	Ausserordentliche Methode	Fehlende Angabe	Total
Viertelsrente	11'300	600	2'200	100	100	14'300
Halbe Rente	36'100	1'200	2'700	300	200	40'500
Dreiviertelsrente	14'600	400	2'100	100	0	17'300
Ganze Rente	172'000	7'000	9'400	2'300	2'400	193'000

Daten gerundet

Die Grafik zeigt, dass die gemischte Methode im Vergleich zu den anderen Methoden weniger häufig zu ganzen Renten, hingegen häufiger zu Teilrenten führt. So werden rund 70 bis 80 Prozent aller Renten, die mit einem Einkommensvergleich, Betätigungsvergleich oder der ausserordentlichen Methode ermittelt wurden, in Form einer ganzen Rente ausgerichtet. Bei der gemischten Methode trifft dies auf weniger als 60 Prozent aller ausgerichteten Renten zu.

63 Die Bruchteile entsprechen den Bestimmungen in Art. 28 Abs. 2 IVG. Eine Viertelsrente wird bei einem IV-Grad von mindestens 40 Prozent, eine halbe Rente bei einem IV-Grad von mindestens 50 Prozent, eine Dreiviertelsrente bei einem IV-Grad von mindestens 60 Prozent und eine ganze Rente bei einem IV-Grad von mindestens 70 Prozent ausgerichtet.

4. Vergleich mit anderen schweizerischen Sozialversicherungen

4.1 Obligatorische Unfallversicherung

Alle in der Schweiz beschäftigten Arbeitnehmer und arbeitslose Personen, welche die Anspruchsvoraussetzungen nach Art. 8 des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (AVIG)[64] erfüllen oder Entschädigungen nach Art. 29 AVIG beziehen, sind obligatorisch unfallversichert[65]. Grundsätzlich werden die Versicherungsleistungen bei Berufsunfällen, Nichtberufsunfällen und Berufskrankheiten gewährt. Nicht erwerbstätige Personen werden von dieser typischen Arbeitnehmerversicherung nicht erfasst.

Der Invaliditätsbegriff nach Art. 8 Abs. 1 ATSG gilt auch für die obligatorische Unfallversicherung. Aufgrund des identischen Invaliditätsbegriffs kann keinem Sozialversicherungsträger bei der Invaliditätsbemessung Definitionshoheit zukommen[66]. Ungeachtet der koordinierenden und harmonisierenden Funktion des gesetzlichen Invaliditätsbegriffes nach Art. 8 ATSG stösst die Einheitlichkeit in verschiedener Hinsicht an Grenzen:

Die Einheitlichkeit ist insbesondere dadurch eingeschränkt, dass die Unfallversicherung als Arbeitnehmerversicherung im Unterschied zur IV nur den Erwerbsausfall als Invalidität anerkennt, nicht aber die Beeinträchtigung in einem Aufgabenbereich. Es werden nur die natürlich und adäquat kausalen gesundheitlichen und erwerblichen Unfallfolgen berücksichtigt. Mit Ausnahme der Berufskrankheiten fallen krankheitsbedingte Beeinträchtigungen ausser Betracht. Zur Bestimmung des hypothetischen Valideneinkommens ist in der Unfallversicherung ein bisher erzieltes Einkommen aus einer Teilerwerbstätigkeit auf 100 Prozent hochzurechnen[67]. Das Valideneinkommen wird somit unabhängig davon bestimmt, ob die versicherte Person vor dem Unfall eine Teilzeit- oder eine Vollzeittätigkeit ausgeübt hat. Der Grund erklärt sich aus den Besonderheiten der Unfallversicherung als einer Arbeitnehmerversicherung, welche - anders als die IV - darauf verzichtet, Änderungen am Beschäftigungsverlauf nachzuführen. Ausserdem sind die Renten der Unfallversicherung lebenslänglich, d.h. auch nach Erreichen des AHV-Rentenalters, geschuldet[68].

4.2 Militärversicherung

Art. 1*a* Abs. 1 Bst. a des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über die Militärversicherung (MVG)[69] unterstellt unter anderem alle Personen, die im obligatorischen oder freiwilligen Militär- oder Zivilschutzdienst stehen, der Militärversicherung. Die Versicherung erstreckt sich auf die Dauer des Dienstes. Sie erfasst alle Schädigungen der körperlichen, geistigen oder psychischen Gesundheit der versicherten Person und haftet für die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen solcher Schädigungen. Die Militärversicherung erstreckt sich sowohl auf unfall- als auch auf krankheitsbedingte Gesundheitsschädigungen.

Die Militärversicherung differenziert zwischen Invalidität im Erwerb und im Haushalt. Analog zur IV erfolgt die Ermittlung des Invaliditätsgrades in den betreffenden Fällen nach der gemischten Methode gemäss Art. 28*a* Abs. 2 IVG. Dabei wird die Beeinträchtigung im Haushalt jedoch im Gegensatz zur IV auf der Grundlage des Lohnes geschätzt, der einer fremden Arbeitskraft für die gleiche Tätigkeit in der betreffenden Familie bezahlt werden müsste[70]. Bei bleibenden Beeinträchtigungen wird in beiden Bereichen die konkrete Einbusse entschädigt, wobei im Haushalt auf den erwähnten Referenzverdienst abgestellt wird. In der Militärversicherung gilt im Unterschied zur IV praxisgemäss eine Invalidität ab 5 Prozent als erheblich[71]. Analog zur Unfallversicherung wird die konkrete Invalidität prozentgenau entschädigt.

4.3 Berufliche Vorsorge

Gemäss Art. 7 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG[72]) unterstehen alle Arbeitnehmer, die bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mehr als 21'060 Franken beziehen, ab 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres für die Risiken Tod

---

64 SR 837.0.
65 Vgl. Art. 1*a* Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung (UVG), SR 832.20.
66 Vgl. BGE 133 V 549, 131 V 362.
67 Vgl. BGE 119 V 475.
68 BGE 119 V 475, E. 2b.
69 SR 833.1.
70 Vgl. Art. 40 Abs. 5 MVG und Art. 17 i.V.m. Art. 16 Abs. 5 der Verordnung vom 10. November 1993 über die Militärversicherung (MVV, SR 833.11).
71 Vgl. BGE 120 V 368.
72 SR 831.40.

und Invalidität und ab 1. Januar nach Vollendung des 24. Altersjahres auch für das Alter, der obligatorischen beruflichen Vorsorge.

Selbständigerwerbenden Personen, die nicht obligatorisch versichert sind, steht es frei, sich ebenfalls zu versichern. Für die Risiken Tod und Invalidität unterstehen auch Bezüger von Taggeldern der Arbeitslosenversicherung der obligatorischen Versicherung.

Unabhängig von der Möglichkeit der freiwilligen Versicherung für Selbständigerwerbende handelt es sich bei der beruflichen Vorsorge um eine typische Arbeitnehmerversicherung und ein direkter Vergleich mit der Invalidenversicherung ist damit nicht möglich.

Das BVG kennt keine selbständige Definition der Invalidität, sondern übernimmt den Invaliditätsbegriff der IV. Die Vorsorgeeinrichtungen sind in der obligatorischen beruflichen Vorsorge grundsätzlich an die von der IV ermittelten Invaliditätsgrade gebunden, das heisst die berufliche Vorsorge führt in aller Regel nicht selber Invaliditätsbemessungen durch. Für die berufliche Vorsorge ist jedoch im – Unterschied zur IV – nur ein Invaliditätsgrad im erwerblichen Bereich von Bedeutung. In der weitergehenden Vorsorge steht es den Vorsorgeeinrichtungen frei, einen von der IV abweichenden Invaliditätsbegriff zu verwenden, sofern diese Abweichung im Reglement verankert ist.

Das bedeutet, dass bei teilerwerbstätigen Personen, bei denen die IV den Invaliditätsgrad nach der gemischten Methode ermittelt, für die berufliche Vorsorge nur derjenige Invaliditätsgrad massgebend ist, der für den erwerblichen Bereich resultiert. Diese Auffassung geht auf einen Leitentscheid des Bundesgerichts[73] zurück. Bei diesem ging es um eine zu 60 Prozent erwerbstätige Person, bei der die IV im erwerblichen Bereich einen Invaliditätsgrad von 70 Prozent und im Aufgabenbereich einen solchen von 25 Prozent, also einen Gesamtinvaliditätsgrad von 52 Prozent ermittelt hatte. Das Bundesgericht entschied, dass für die berufliche Vorsorge allein der Invaliditätsgrad im erwerblichen Bereich massgebend sei. Die Vorsorgeeinrichtung hatte somit die einem Invaliditätsgrad von 70 Prozent entsprechende ganze IV-Rente zu erbringen. Da eine teilerwerbstätige Person über einen tieferen versicherten Verdienst verfügt als eine vollerwerbstätige, führt diese Beurteilung nicht zu einer Besserstellung von teilerwerbstätigen Personen.

Teilerwerbstätige Personen, die teilinvalid werden, haben gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung keinen Anspruch auf eine Rente der beruflichen Vorsorge, wenn das Teilpensum, für das sie vor Eintritt der Invalidität versichert waren, ihrer Restarbeitsfähigkeit entspricht bzw. diese nicht übersteigt. Dies wird damit begründet, dass sie für den Anteil der Erwerbsfähigkeit, den sie vor Eintritt der Invalidität nicht verwertet haben, nicht versichert sind. So hat beispielsweise eine Person mit einem Beschäftigungsgrad von 40 Prozent, die zu 50 Prozent invalid wird, keinen Anspruch auf eine Rente der beruflichen Vorsorge, denn mit dem Teilpensum von 40 Prozent kann sie ihre Resterwerbsfähigkeit verwerten[74].

[73] BGE 120 V 106.
[74] Vgl. 9C_161/2007, Urteil vom 6. September 2007.

5. Kritik an der gemischten Methode

5.1 Kritikpunkte

Gegen die gemischte Methode werden im Wesentlichen drei Kritikpunkte vorgebracht:

1. Der Teilzeitcharakter werde doppelt berücksichtigt, einerseits bei der Feststellung des Valideneinkommens und andererseits durch die anteilsmässige Gewichtung der beiden Bereiche.
2. Die Wechselwirkungen zwischen der Einschränkung im Erwerbsbereich und jener im Tätigkeitsbereich würden ungenügend beachtet.
3. Die gemischte Methode betrifft insbesondere Frauen, weshalb diese Methode eine indirekte Diskriminierung darstelle.

Im Folgenden wird genauer auf diese drei kritisierten Punkte eingegangen und untersucht, inwiefern die Kritik an der gemischten Methode begründet ist. Dies geschieht insbesondere auch aus Sicht des Legalitätsprinzips, der Verfassungsmässigkeit sowie der Vereinbarkeit mit der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK).

5.2 Doppelte Berücksichtigung des Teilzeitcharakters

An der heutigen Regelung wird von einem Teil der Lehre kritisiert, dass das Valideneinkommen nicht auf eine hypothetische volle Erwerbstätigkeit aufgerechnet werde. Die heutige Invaliditätsbemessung führe dazu, dass der Invaliditätsgrad im Erwerbsteil durch den häufig tieferen Invaliditätsgrad im Aufgabenbereich verzerrt werde.

Zur Illustration der Kritik kann folgendes Beispiel herangezogen werden: Eine Person war neben der Tätigkeit im Aufgabenbereich zu 60 Prozent erwerbstätig und hat dabei ein Einkommen von 40'000 Franken erzielt. Nach einem Unfall kann sie in einer angepassten Tätigkeit noch ein Einkommen von 20'000 Franken erzielen. Der Beschäftigungsgrad ist dabei nicht relevant, es wird nur geklärt, in welcher Tätigkeit und welchem Umfang die Person noch tätig sein könnte. Für den Erwerbsteil ergibt dies somit einen ungewichteten Invaliditätsgrad von 50 Prozent. Dieser Invaliditätsgrad wird nun mit dem Beschäftigungsgrad von 60 Prozent multipliziert, was einen gewichteten Invaliditätsgrad von 30 Prozent ergibt. Da sich die Person im Aufgabenbereich noch relativ gut betätigen und auf die Mithilfe von Familienmitgliedern zählen kann, weist sie in diesem Bereich nur einen Invaliditätsgrad von 20 Prozent auf. Dieser wird mit dem Pensum im Aufgabenbereich von 40 Prozent gewichtet, was zu einem gewichteten Invaliditätsgrad von 8 Prozent führt. Durch die Addition der in beiden Bereichen berechneten und gewichteten Teilinvaliditäten ergibt dies im Resultat einen Gesamtinvaliditätsgrad von 38 Prozent. Da ein Rentenanspruch erst bei einem Invaliditätsgrad von 40% entsteht, hat die Person keinen Anspruch auf eine Rente.

Dieses Beispiel zeigt auf, dass eine Person trotz einer relativ starken Einschränkung im Erwerbsbereich, aufgrund der Teilzeiterwerbstätigkeit unter Umständen keinen Rentenanspruch haben kann. Es wird daher kritisiert, dass durch dieses Vorgehen die Teilerwerbstätigkeit doppelt berücksichtigt werde: Zunächst im Rahmen des Valideneinkommens, das sich auf das tatsächliche Einkommen gemäss Pensum bezieht und ein zweites Mal bei der anteilsmässigen Gewichtung der beiden Bereiche.

Aus der Anwendung der gemischten Methode können somit, wie in der Lehre teilweise bemängelt wird, tiefere Invaliditätsgrade resultieren. Es stellt sich die Frage, ob dies eine Diskriminierung von teilerwerbstätigen Personen die in einem Aufgabenbereich tätig sind (bei welchen die gemischte Methode zur Anwendung kommt), verglichen mit teilerwerbstätigen Personen ohne Aufgabenbereich (bei denen ein Einkommensvergleich vorgenommen wird), darstellen könnte[75]. Die tieferen Invaliditätsgrade lassen sich folgendermassen erklären:

Bei der Bemessung der Invalidität ist stets die konkrete Auswirkung des Gesundheitsschadens auf die entsprechende Tätigkeit zu beurteilen. Die Tätigkeiten im Aufgabenbereich (Haushalt) sind sehr vielfältig und deren Erledigung wird heute vielfach durch Haushaltgeräte erheblich erleichtert. Deshalb fallen die Auswirkungen eines Gesundheitsschadens im Aufgabenbereich in der Regel nicht dermassen ins Gewicht, womit der Invaliditätsgrad im Aufgabenbereich in der Regel tiefer ausfällt als im Erwerbsbereich. Wie bereits erwähnt, wird bei der gemischten Methode für den Erwerbsteil ein Einkommensvergleich und für den Aufgabenteil ein Betätigungsvergleich vorgenommen. Resultiert aus dem Betätigungsvergleich ein Invaliditätsgrad, der unter

[75] Vgl. Ziff. 5.4.

40 Prozent liegt, kann dieser trotzdem in die Berechnung des Gesamtinvaliditätsgrades mit eingezogen werden. Wenn aber aus einem reinen Einkommens- oder Betätigungsvergleich[76] ein Invaliditätsgrad unter 40 Prozent folgt, ist dieser nicht relevant für die IV und es könnte in solchen Fällen keine Rente ausgesprochen werden. Aus diesen Gründen folgt jedoch auch, dass der durchschnittliche Invaliditätsgrad bei der gemischten Methode tiefer liegt als beim Einkommensvergleich.

Diese Ergebnisse entsprechen den Intentionen des ursprünglichen Gesetzgebers[77]. Die IV richtet ihre Leistungen nicht nach dem Ausmass des Gesundheitsschadens aus, sondern nach dem Ausmass der dadurch verursachten Erwerbseinbusse bzw. der Einschränkung im Aufgabenbereich. Die gleiche gesundheitliche Beeinträchtigung kann zu unterschiedlichen Invaliditätsgraden führen, je nach Status der Person und damit je nachdem, welche Methode bei der Bemessung angewendet worden ist.

Um der besonderen Stellung von teilerwerbstätigen Personen, die neben der Erwerbstätigkeit auch noch einen Haushalt führten, Rechnung zu tragen und um frühere unbefriedigende Ergebnisse zu vermeiden, wurde die gemischte Methode in Art. 27bis IVV aufgenommen und später in Art. 28 Abs. 2ter (heute Art. 28*a* Abs. 3 IVG) auch gesetzlich verankert[78].

Die genannten Auswirkungen werden durch das Bundesgericht geschützt. Nach Ansicht des Bundesgerichts gibt es im Invalidenversicherungsrecht keine Bestimmung, nach der die versicherte Person ein Recht auf Anwendung derjenigen Methode hat, welche das für sie günstigste Resultat ergibt. Jede Methode bezwecke die differenzierte und spezifische Erfassung einer tatsächlich vorhandenen Situation. Diese Methodenvielfalt stelle sicher, dass der Invaliditätsgrad auf die bestmögliche Weise ermittelt werden kann[79]. Die als Volksversicherung konzipierte Invalidenversicherung soll grundsätzlich einen Wert von 100%, bestehend aus Erwerbstätigkeit und/oder Aufgabenbereich abdecken[80].

Erwerbsunfähigkeit, wie sie das Gesetz definiert, setze einen objektiven materiellen Schaden voraus, welcher einem Einkommensverlust oder einer Einschränkung im Aufgabenbereich entspricht. Arbeite eine Person teilzeitlich, verzichte sie freiwillig auf einen Teil des möglichen Lohns. Die Verminderung des Erwerbseinkommens könne nicht von der IV ausgeglichen werden. Definitionsgemäss sei die IV nicht verpflichtet, einen hypothetischen Einkommensverlust für eine Tätigkeit zu kompensieren, welche die versicherte Person, wenn sie nicht gesundheitlich beeinträchtigt wäre, nicht ausgeübt hätte.

Hier knüpft die Kritik an der gemischten Methode an. Angesichts der zunehmenden Bedeutung der Teilerwerbstätigkeit in den letzten Jahren wird bestritten, dass das geltende System noch den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen entspreche. Ein Teil der Lehre vertritt daher die Ansicht, dass das Valideneinkommen bei der Invaliditätsbemessung auf eine hypothetische volle Erwerbstätigkeit aufgerechnet werden sollte, wodurch die erwerblichen Folgen einer gesundheitlichen Beeinträchtigung korrekter dargestellt würden[81]. Ausserdem würde dann der Teilzeitcharakter nur noch bei der Gewichtung der beiden Bereiche nach ihrem Anteil berücksichtigt werden. An dieser Analyse knüpfte der frühere Nationalrat Marc F. Suter mit einer am 6. Oktober 2000 eingereichten parlamentarischen Initiative "Bemessung des Invaliditätsgrades bei Teilzeiterwerbstätigen" 00.454 an. Diese Initiative wird in Ziff. 10.2 dargestellt und gewürdigt. Noch weiter geht die Idee, als Hauptregel nur noch einen Einkommensvergleich vorzunehmen, ebenfalls auf der Grundlage einer hypothetischen vollen Erwerbstätigkeit. Der Aufgabenbereich solle dabei grundsätzlich nicht mehr berücksichtigt werden. Weil dadurch auch jegliche Gewichtung wegfällt, würde der Teilzeitcharakter gar nicht mehr beachtet. Auch auf diese Alternative soll genauer eingegangen werden[82].

5.3 Wechselwirkungen zwischen Erwerbsbereich und Aufgabenbereich

Eine weitere Kritik bezieht sich auf die mangelnde Beachtung der Wechselwirkungen. Darunter ist zu verstehen, dass sich die im Erwerbs- und Aufgabenbereich vorhandenen Belastungen jeweils negativ auf den andern Bereich auswirken können.

---

76 Auch wenn in der Haushaltsabklärung des Betätigungsvergleichs ebenfalls einzelne tiefere IV-Grade mit einbezogen werden können, ist ein IV-Grad, der im Resultat unter 40% liegt, nicht rentenrelevant.

77 Vgl. Botschaft des Bundesrates vom 24. Oktober 1958 zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung und eines Bundesgesetzes betreffend die Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung, BBl 1958 II 1137 ff.

78 Einzelheiten dazu in Ziff. 2.1.2.

79 Vgl. BGE 137 V 334 E. 5.5.

80 Vgl. BGE 141 V 15 Erw. 4.5

81 Siehe als Alternative zur gemischten Methode die Pa. Iv. 00.454 Suter, Ziff. 6.1.

82 Siehe als Alternative zur gemischten Methode das norwegische System, Ziff. 6.4.

Die Problematik kann mit dem folgenden Beispiel illustriert werden: Eine Person, die vor Eintritt einer Invalidität zu je 50 Prozent im Erwerbs- und im Aufgabenbereich tätig war, ist nun noch zu 50 Prozent erwerbsfähig. Weil die Person ihre Resterwerbsfähigkeit von 50 Prozent theoretisch noch voll verwerten kann, folgt für den Erwerbsteil ein Invaliditätsgrad von 0 Prozent. Es wird nun kritisiert, dass die volle Verwertung der verbleibenden Erwerbsfähigkeit nur möglich wäre, wenn daneben keine Tätigkeiten im Aufgabenbereich erledigt werden müssten. In dieser Zeit müsste sich die Person nämlich erholen können. Die beiden Bereiche dürften also nicht völlig getrennt beachtet werden. Stattdessen müsste die gegenseitige negative Beeinflussung der Belastungen besser berücksichtigt werden.

Das Bundesgericht hat die Grundsätze zur Beachtlichkeit von Wechselwirkungen wie folgt präzisiert[83]: Beachtliche gesundheitliche Auswirkungen vom Erwerbs- in den Haushaltsbereich sind nur dann zu berücksichtigen, wenn die verbleibende Arbeitsfähigkeit im Erwerbsbereich voll ausgenützt wird. Negative Auswirkungen vom Aufgaben- in den Erwerbsbereich erfordern zusätzlich das Vorhandensein von Betreuungspflichten. Ausserdem ist der in diesem Bereich vorhandenen grösseren Freiheit in der zeitlichen Gestaltung der Arbeit und der zumutbaren Mithilfe der Familienangehörigen Rechnung zu tragen. Dies kann zu einer Entlastung führen. Die Wechselwirkung muss immer unter den konkreten Umständen des Einzelfalls beurteilt werden. Wenn allfällige negative Auswirkungen der Belastungen in den beiden Bereichen bereits bei der Beurteilung der Arbeitsfähigkeit durch den Arzt beachtet wurden, ist eine erneute Berücksichtigung der Wechselwirkungen bei der Invaliditätsbemessung ausgeschlossen. Dieses Konstrukt des Bundesgerichts kommt somit erst sekundär zur Anwendung.

Der Umfang der Beachtlichkeit von Wechselwirkungen lehnt sich an den leidensbedingten Abzug[84] an. Dieser wird bei der Bemessung des Invalideneinkommens vom statistischen Lohn abgezogen und ist auf insgesamt höchstens 25 Prozent begrenzt. Eine Limitierung der als erheblich anzusehenden Wechselwirkungen erscheint gemäss höchstrichterlicher Rechtsprechung ebenfalls sachgerecht und ist auf maximal 15 Prozent festgesetzt[85].

Unter den obigen Prämissen besteht in der Tat eine bessere Berücksichtigung der Wechselwirkungen. Dies könnte relativ einfach durch eine gezieltere Fragestellung an den Arzt oder die Haushaltsabklärungsperson realisiert werden[86]. Die ärztliche Beurteilung der Arbeitsunfähigkeit sollte bezogen auf das angenommene Erwerbspensum (und nicht auf ein theoretisch volles Pensum) und unter Berücksichtigung der Beanspruchung im Aufgabenbereich erfolgen.

Eine weitere Möglichkeit, um die Doppelbelastung durch Erwerbstätigkeit und Tätigkeit im Aufgabenbereich besser zu berücksichtigen, bestünde in der Summierung der Rentenansprüche[87].

5.4 Ist die gemischte Methode diskriminierend

Oft sind es Frauen, die ihren Beschäftigungsgrad heruntersetzen, um sich um die Kinder und den Haushalt zu kümmern. So wird die gemischte Methode vorwiegend bei Frauen angewendet[88]. Da aus dieser Invaliditätsbemessung tiefere Invaliditätsgrade resultieren können, wird kritisiert, dass mit der Reduktion der Erwerbsarbeit der Zugang zu Leistungen der IV erschwert würde. So würden Frauen daran gehindert, jenes Familienmodell zu wählen, das sie sich wünschten. Daher verstosse die gemischte Methode gegen Art. 8 (Rechtsgleichheit) und Art. 13 Abs. 1 der Bundesverfassung (Achtung des Privat- und Familienlebens). Die EMRK enthält ebenfalls Bestimmungen, die die Achtung des Familienlebens (Art. 8 Abs. 1 EMRK) garantieren und jede Diskriminierung verbieten, insbesondere gegenüber Frauen (Art. 14 EMRK). Es wird moniert, die gemischte Methode verletze auch diese Bestimmungen. Da sich die gemischte Methode nicht ausdrücklich nur an Frauen richtet, sondern bloss faktisch hauptsächlich bei Frauen zur Anwendung kommt, liege eine indirekte Diskriminierung vor.

---

83 Vgl. BGE 134 V 9.

84 Praxisgemäss können persönliche und berufliche Merkmale der versicherten Person wie Alter, Dauer der Betriebszugehörigkeit, Nationalität oder Aufenthaltskategorie sowie Beschäftigungsgrad einen auf höchstens 25 % begrenzten Leidensabzug von dem nach den LSE-Tabellenlöhnen zu ermittelnden Invalideneinkommen rechtfertigen. Ob und in welcher Höhe statistische Tabellenlöhne herabzusetzen sind, hängt von sämtlichen persönlichen und beruflichen Umständen des Einzelfalles ab, die nach pflichtgemässem Ermessen gesamthaft zu schätzen sind (Vgl. BGE 126 V 75).

85 Vgl. BGE 134 V 9 E.7.3.

86 Siehe die Optimierungsmöglichkeit in Ziff. 7.1.

87 Siehe als Alternative zur gemischten Methode Ziff. 6.2.

88 Siehe dazu Kapitel 3.

5.4.1 Achtung des Privat- und Familienlebens

Das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens gemäss Art. 13 Abs. 1 BV, dessen Tragweite mit Art. 8 Abs. 1 EMRK vergleichbar ist, sichert dem Individuum einen Freiraum zu, in welchem es seine Persönlichkeit entwickeln und verwirklichen kann. Es soll in Freiheit über die eigene Person und die Gestaltung seines Lebens verfügen können.

Die gemischte Methode der Invaliditätsbemessung ist kein Hindernis für eine freie Gestaltung des Lebens und die freie Wahl des Familienmodells. Die schweizerische Rechtsordnung hindert niemanden daran, teilzeitlich zu arbeiten. Die IV richtet sich nach der tatsächlichen Erwerbssituation und dabei ist der individuelle Entscheid einer Person, in welchem Ausmass sie einer Erwerbstätigkeit nachgeht, zu berücksichtigen. Die gemischte Methode verstösst somit nicht gegen Art. 13 Abs. 1 BV.

5.4.2 Rechtsgleichheit

Eine Verletzung des Gleichbehandlungsgebots in Art. 8 Abs. 1 BV liegt vor, wenn bei tatsächlich gleichen Sachverhalten eine rechtliche Unterscheidung getroffen wird oder wenn eine Unterscheidung unterlassen wird, obwohl diese angezeigt wäre. Eine gleiche oder ungleiche Behandlung muss durch eine sachliche Begründung gerechtfertigt sein.

Ein Verstoss gegen das Diskriminierungsverbot in Art. 8 Abs. 2 BV liegt bei qualifizierten Fällen von Verletzungen des Gleichbehandlungsgebots vor, d.h. wenn die Ungleichbehandlung an ein in dieser Bestimmung genanntes unzulässiges Merkmal wie beispielsweise die Herkunft, die Rasse oder das Geschlecht anknüpft und so eine Benachteiligung von Menschen bewirkt, die als Herabwürdigung oder Ausgrenzung einzustufen ist. Der Grundsatz der Nicht-Diskriminierung verbietet jedoch nicht jede Unterscheidung, die auf einem der verpönten Merkmale basiert. Eine Schlechterstellung erfordert indessen eine qualifizierte Rechtfertigung und hat dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit zu genügen[89].

Fast 60 Prozent aller erwerbstätigen Frauen arbeiten teilzeitlich. Bei den Männern beträgt der Anteil Teilzeiterwerbstätiger lediglich 15 Prozent[90]. Die Teilzeitarbeit ist heute ein typisches Merkmal der Berufstätigkeit der Frauen, was hauptsächlich auf gesellschaftliche und nicht auf gesetzliche Gründe zurückzuführen ist. Auch ungleiche Qualifikationen und Löhne spielen eine Rolle oder die Tatsache, dass die Teilzeitarbeit besonders bei Dienstleistungsbetrieben verbreitet ist. Dies trifft beispielsweise im Verkauf oder der Pflege zu, wo Frauen viel häufiger arbeiten als Männer.

Bei der Invaliditätsbemessung bei teilzeitlich erwerbstätigen Personen ist genau gleich vorzugehen, unabhängig davon, ob es sich um eine Frau oder einen Mann handelt. Befinden sich also ein Mann und eine Frau bezüglich der Erwerbstätigkeit und des Gesundheitszustandes in der gleichen Situation, so verfügen sie über denselben Status und müssen in der IV genau gleich beurteilt werden. Soweit sie die gleichen leistungsmässigen Voraussetzungen der IV erfüllen, erhalten sie dieselben Leistungen. Auch wenn die gemischte Methode also faktisch hauptsächlich auf Frauen angewendet wird, liegt darin keine direkte Diskriminierung aufgrund des Geschlechts.

Art. 8 Abs. 3 BV verbietet nicht nur die direkte sondern auch die indirekte Diskriminierung. Eine solche liegt vor, wenn eine an sich neutrale Regelung einen bestimmten Adressatenkreis mit einem unzulässigen Merkmal wie das Geschlecht besonders trifft und so durch ihre tatsächlichen Auswirkungen benachteiligt. Die fehlende Unterscheidung zwischen den Geschlechtern muss daher durch triftige und ernsthafte Gründe gerechtfertigt sein.

Vorliegend wird nicht bestritten, dass die gemischte Methode zu tieferen Invaliditätsgraden führen kann. Zudem ist es eine Tatsache, dass diese Methode in 98% der Fälle bei Frauen angewendet wird. Deshalb wird in der Literatur die Frage einer indirekten Diskriminierung aufgeworfen.

Das Bundesgericht relativiert in dem im Postulat zitierten Urteil BGE 137 V 334 die Kritik der Lehre. Es bestätigt seine ständige Rechtsprechung und hält ausdrücklich fest, dass die Anwendung der gemischten Methode nicht gegen Art. 8 BV verstösst[91]. Zur Frage des Vorliegens einer indirekten Diskriminierung äussert sich das Bundesgericht nicht explizit. Zurzeit ist vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) ein Fall aus der Schweiz hängig, in welchem die Rechtsprechung des Bundesgerichts kritisiert wird (gestützt auf

[89] Vgl. BGE 135 I 49 E. 6.1.
[90] Siehe Ziff. 3.1.
[91] Vgl. BGE 137 V 334, E. 6.2.3.

Art. 8, Art. 14 in Verbindung mit Art. 8, und Art. 14 in Verbindung mit Art. 6 EMRK). Ein Urteil ist noch ausstehend.

Das Diskriminierungsverbot in Art. 14 EMRK, bei welchem es sich um ein akzessorisches Diskriminierungsverbot handelt, kann nur bezogen auf den Schutzbereich eines in der EMRK oder ihren Zusatzprotokollen garantierten Rechts geltend gemacht werden. In den Fällen, in denen der EGMR die Verweigerung von Sozialversicherungsleistungen im Lichte der Konventionsgarantien zu prüfen hatte, stützte er sich auf das erste Zusatzprotokoll zur EMRK[92]. Die Schweiz hat dieses Protokoll aber nicht ratifiziert.

Die erste Schlussfolgerung der Schweizer Regierung in ihrer Stellungnahme an den EGMR lautete, dass die Einwände der Beschwerdeführerin nicht unter den Anwendungsbereich von Art. 8 EMRK fallen und damit Art. 14 in Verbindung mit Art. 8 EMRK nicht zur Anwendung kommt. Inhaltlich hat sie die Haltung des Bundesgerichts gestützt und kam zum Schluss, dass die Invaliditätsbemessung der IV schlussendlich die sozialen Gegebenheiten in der Schweiz auf generelle Weise widerspiegelt.

Die Haltung, die die Schweiz stets einnahm, kann folgendermassen zusammengefasst werden: Die gemischte Methode soll sicherstellen, dass der Invaliditätsgrad einer Person auf die bestmögliche Weise ermittelt werden kann, indem auf den genauen Sachverhalt gezielt wird. Die Anwendung der gemischten Methode soll die individuelle Situation auf angemessene Weise erfassen. Dass die Frauen bei der Anwendung der gemischten Methode überproportional vertreten sind, sei auf die nach wie vor vorherrschende traditionelle familiäre Rollenverteilung zurückzuführen.

Was den Einwand bezüglich die Verletzung von Art. 14 in Verbindung mit Art. 6 EMRK bei der Beweiserhebung anbelangt, hat der Bundesrat präzisiert, dass nebst der Tatsache, dass eine solche Frage ganz offensichtlich vom nationalen Recht abhängt, das angewandte Verfahren zur Feststellung des Status einer versicherten Person und die dazu vorgenommene Beweiserhebung für Männer und Frauen dieselben seien und folglich im vorliegenden Fall keine Diskriminierung vorliegen würde.

Wie der EGMR diese Fragen beurteilen wird, bleibt abzuwarten.

Sollte der EGMR eine Verletzung des Diskriminierungsverbots feststellen, müssten die Methoden der Invaliditätsbemessung überprüft werden.

Unabhängig vom Ausgang des Verfahrens vor dem EGMR sollen in der Praxis die IV-Stellen noch vermehrt darauf sensibilisiert werden, in jedem Einzelfall genau abzuklären, wie die Person ihre neben dem Teilzeitpensum verbleibende Zeit ohne Gesundheitsschaden verbracht hat[93].

Es wäre jedoch zu prüfen, ob die Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung durch eine ökonomische Gewichtung der Haushaltarbeit sichergestellt werden könnte. Diese Ansicht wird von einem Teil der Lehre vertreten. Da die Tätigkeit im Aufgabenbereich auch einen Geldwert habe, sei ihr ein solcher auch bei der Invaliditätsbemessung zuzusprechen[94].

---

[92] Vgl. unter anderem die Entscheide Luczak gegen Polen vom 27. November 2007, 77782/01 § 49 ff.; Stec und Andere gegen das Vereinigte Königreich vom 12. April 2006, 65731/01 und 65900/01, § 53; Koua Poirrez gegen Frankreich vom 30. September 2003, 40892/98 § 46 ff.

[93] Siehe die Optimierungsmöglichkeit in Ziff. 7.2.

[94] Siehe als Alternative zur gemischten Methode die ökonomische Bewertung der Tätigkeit im Aufgabenbereich, Ziff. 6.3.

6. Alternativen zur gemischten Methode

Das Postulat verlangt, dass Alternativen zur heutigen Regelung aufgezeigt werden. Die in diesem Kapitel vorgestellten Alternativen ergeben sich aus einem parlamentarischen Vorstoss, aus der Literatur sowie aus einem Vergleich mit anderen Systemen. Es wurde ausserdem ein internationaler Vergleich vorgenommen, bei dem die Systeme in den Nachbarstaaten der Schweiz aber auch von einigen anderen europäischen Staaten untersucht wurden, die wie die Schweiz die gesamte Bevölkerung gegen das Risiko Invalidität versichern. In der Regel waren diese Systeme jedoch nicht mit der Schweiz vergleichbar. Einzig das norwegische Modell wird als mögliche Alternative zum schweizerischen näher untersucht. In keinem dieser Staaten gibt es eine Sonderregelung für teilerwerbstätige Personen. Die Analyse der Alternativen hat gezeigt, dass deren Umsetzung einer Gesetzesänderung bedürfen würde.

Die verschiedenen Optionen werden aufgrund der folgenden Kriterien gewürdigt:

- Auswirkungen auf die versicherten Personen
- Systemische Aspekte
- Finanzielle Auswirkungen

6.1 Pa. Iv. Suter (00.454 "Bemessung des Invaliditätsgrades bei Teilerwerbstätigen")

6.1.1 Beschreibung

Am 06. Oktober 2000 reichte der damalige Nationalrat Suter die parlamentarische Initiative 00.454 "Bemessung des Invaliditätsgrades bei Teilerwerbstätigen" ein. Die Initiative zielte auf eine Anpassung der gemischten Methode. Sie sah vor, die bisherige Regelung zur Invaliditätsbemessung bei Teilerwerbstätigen weitgehend bestehen zu lassen. In Anlehnung an die Regelung im UVG, sollte aber für den Anteil der Erwerbstätigkeit das Valideneinkommen bezogen auf eine hypothetische Vollzeitstelle berechnet werden. Dieser Wert wäre dann weiterhin nach dem Anteil der Erwerbstätigkeit zu gewichten und so mit dem gewichteten invaliditätsgrad im Aufgabenbereich der Gesamtinvaliditätsgrad festzulegen[95]. Damit soll vermieden werden, dass der Teilzeitcharakter zweifach berücksichtigt wird. Den Teilzeitcharakter würde man nur noch bei der Gewichtung der Invaliditätsgrade nach dem jeweiligen Pensum in den beiden Bereichen beachten. Mit der Aufrechnung auf eine hypothetische volle Erwerbstätigkeit soll ausserdem die Verzerrung des Invaliditätsgrades im Erwerbsteil durch den häufig tieferen Invaliditätsgrad im Aufgabenbereich ausgeglichen werden, da man von höheren Invaliditätsgraden im Erwerbsteil ausgeht.

Die Pa. Iv. wurde im Nachgang zur 5. IV-Revision aus finanziellen Gründen abgeschrieben[96].

6.1.2 Würdigung

- Auswirkungen auf die versicherten Personen

Mit der in der Pa. Iv. vorgeschlagenen Alternative würde die Situation von teilerwerbstätigen Personen mit einem Aufgabenbereich besser berücksichtigt. Da für den Erwerbsteil das Valideneinkommen auf eine hypothetische Vollzeitstelle hochgerechnet würde, das Invalideneinkommen aber gleichbleibt, kann sich in der Regel ein höherer Invaliditätsgrad und damit auch eine höhere Invalidenrente ergeben. Dies erklärt sich damit, dass der Invaliditätsgrad dem in Prozenten ausgedrückten Verhältnis zwischen dem Validen- und dem Invalideneinkommen entspricht. Ein höheres Valideneinkommen ergibt einen höheren Invaliditätsgrad im Erwerbsteil.

- Systemische Aspekte

Wie soeben erwähnt, dürfte die Aufrechnung des Valideneinkommens auf eine volle Erwerbstätigkeit in der Regel höhere Invaliditätsgrade ergeben.

Ob aufgrund der geschilderten Systemänderung im Erwerbsteil im Haushalt auch eine andere Einschränkung resultieren würde, lässt sich nur schwer abschätzen. Einerseits wird dort heute von den Tätigkeiten ausgegangen, welche die versicherte Person tatsächlich ausübt. Konsequenterweise müsste man die Frage stellen, ob hypothetisch nicht von den Tätigkeiten auszugehen wäre, welche die Person ausüben würde, wenn sie sich vollzeitlich dem Haushalt widmen würde. Gleichzeitig müsste jedoch auch berücksichtigt werden, dass

[95] Siehe dazu die Fallbeispiele im Anhang 2.
[96] Siehe oben Ziff. 1.2.

bei einer vollzeitlichen Ausübung des Haushaltes auch viel mehr Zeit für Pausen und für eine freie Einteilung der Arbeiten verbleibt. Dagegen dürfte die Mithilfe von Familienangehörigen in etwa gleich stark berücksichtigt werden. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass sich an den Invaliditätsgraden im Aufgabenbereich keine nennenswerten Änderungen ergeben würden.

Allerdings zeigt ein Vergleich mit der Invaliditätsbemessung von Teilerwerbstätigen ohne Aufgabenbereich, dass auch dieser Ansatz nicht ganz unproblematisch wäre. In diesem Fall wird ein reiner Einkommensvergleich durchgeführt[97]. Da das versicherte Risiko die gesundheitsbedingte Erwerbsunfähigkeit, bzw. die gesundheitsbedingte Reduktion in einem relevanten Tätigkeitsbereich ist, ist die verbleibende Zeit für die IV nur relevant, wenn eine Tätigkeit in einem Aufgabenbereich vorliegt. Wird nun bei einem Teilerwerbstätigen mit Aufgabenbereich auch dieser Teil berücksichtigt, sollte dies allein nichts an der Berechnung des Valideneinkommens ändern. Für eine Gleichbehandlung wäre es also notwendig, auch bei Teilerwerbstätigen ohne Aufgabenbereich das Valideneinkommen auf eine hypothetische Vollzeitstelle aufzurechnen[98]. Dies wiederum hätte aber zur Folge, dass diese Personen gegenüber Vollerwerbstätigen bevorteilt wären, da es keine Rolle mehr spielen würde, in welchem Umfang man tätig war bzw. wie gross der versicherte Teil war.

Bei der in der Pa. Iv. postulierten Systemänderung wird das Valideneinkommen auf eine Vollzeitstelle aufgerechnet, die Gewichtung erfolgt aber trotzdem mit dem tatsächlichen Pensum. Dies ist ein Konstrukt, das zwar zu höheren Invaliditätsgraden führt, aber nicht die tatsächliche Situation wiederspiegelt. Die Methode gemäss der Pa. Iv. Suter führt zu einer Ausweitung der Deckung durch die IV.

6.1.3 Finanzielle Auswirkungen

Die Invaliditätsbemessung geht auch bei teilerwerbstätigen Personen von einer fiktiven Vollzeitstelle aus. Für die Berechnung der finanziellen Auswirkungen können die Berechnungen, die im Rahmen der Pa. Iv. Suter erfolgten, herangezogen werden. Es kann dieselbe Methodik angewendet werden, unter der Annahme, dass sich die Verteilung der Rentenbruchteile[99] in den Fällen, die bisher mit der gemischten Methode beurteilt wurden, der Verteilung beim Einkommensvergleich angleichen würde. Dadurch würden Mehrkosten von 6,5 Promille der Rentensumme entstehen.

Gemäss Betriebsrechnung 2013 beträgt der gesamte Betrag für die laufenden Renten, Nachzahlungen sowie Abschreibungen von Rückerstattungsforderungen minus Rückerstattungsforderungen bei 5'640 Millionen Franken. Die Mehrkosten von 6,5 Promille dieser Alternative betragen somit rund 35 bis 40 Millionen Franken.

In diesen Mehrkosten nicht eingeschlossen sind jene Fälle, die aufgrund der bisherigen Anwendung der gemischten Methode einen Invaliditätsgrad von unter 40 Prozent erreichten. Hier könnte nun aufgrund der neuen Berechnungsweise unter Umständen ein Invaliditätsgrad von 40 Prozent und höher resultieren, was neu zu einem Rentenanspruch führen würde. In diesem Bereich kann jedoch keine Schätzung gemacht werden, weil hierzu jegliche auswertbaren Grundlagen fehlen. In der Regel dürften in diesen Fällen jedoch Viertelsrenten, selten auch halbe Renten resultieren, die vom Gewicht her nicht besonders bedeutend sind.

6.2 Zwei Renten für doppelbelastete Personen

6.2.1 Beschreibung

Der Vorschlag aus der Lehre, Personen, welche im Erwerbs- und im Tätigkeitsbereich tätig sind, zwei Renten auszurichten, setzt unter anderem bei der besseren Berücksichtigung ihrer Doppelbelastung an. Es wird eine Summierung der Rentenansprüche in den beiden Bereichen vorschlagen[100]. So sollen Personen, die zu mindestens 80 Prozent erwerbstätig und in einem erheblichen Ausmass auch im Aufgabenbereich tätig sind, zwei Renten erhalten können. Bei einem tieferen Erwerbspensum soll an Stelle einer Kumulation zweier Renten eine Kumulation der beiden Invaliditätsgrade vorgenommen werden. Bei diesem Lösungsansatz würde immer auf das tatsächliche Ausmass der Betätigung im Erwerbsbereich und der Betätigung im Aufgabenbereich abgestellt.

---

97 Vgl. BGE 125 V 146 E. 5 bb.
98 Siehe dazu die Alternative in Anlehnung an das norwegische Modell, 6.4.
99 Siehe für die Verteilung der Rentenbruchteile innerhalb der Methoden oben 3.2.
100 Vgl. Lauterburg/Lischetti-Greber/Aeschbacher, Durchs Netz gefallen - Eine juristische Analyse der Stellung der Frauen im schweizerischen Sozialversicherungssystem unter Berücksichtigung der Eigenheiten von Frauenlebensläufen, Schweizerische Gesellschaft für Gesundheitspolitik, 1994, S. 623.

Bei einer Variante dieses Vorschlags könnte auf den höheren Invaliditätsgrad abgestellt und eine entsprechende Rente zugesprochen werden. Dadurch würde gemäss LAUTERBURG ET AL. sichergestellt, "dass die Ansprüche bei Doppelbelastung wenigstens nicht gemindert werden"[101].

6.2.2 Würdigung

- Auswirkungen auf die versicherten Personen

Dieser Vorschlag erlaubt es, auch bei vollerwerbstätigen Personen beide Bereiche zu berücksichtigen, wenn sie dadurch besonders belastet sind. Auch bei den teilerwerbstätigen Personen können dadurch die Wechselwirkungen besser berücksichtigt werden.

- Systemische Aspekte

Dieser Lösungsansatz weist verschiedene Probleme auf. Nimmt man an, dass neben einem Erwerbspensum von 80 Prozent noch ein beträchtlicher Aufgabenbereich vorliegen kann, führt dies dazu, dass für den gleichen Gesundheitsschaden mehrere gleichartige Leistungen der Versicherung ausgerichtet würden. Damit verstösst die Regelung gegen den allgemeinen versicherungstechnischen Grundsatz des Überversicherungsverbots und würde dazu führen, dass die IV nachträglich die Hausarbeit entlöhnen würde. Eine systemkonforme Ausgestaltung des Lösungsansatzes ist jedoch möglich; die beiden Renten der IV dürfen aber den Maximalbetrag der dem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen entsprechenden Invalidenrente nicht übersteigen.

Daneben stellt sich insbesondere die Frage der Ungleichbehandlung von Teilerwerbstätigen, die nur knapp weniger als 80 Prozent arbeiten, aber auch zwischen Teilerwerbstätigen mit und ohne beträchtlichen Aufgabenbereich. Auch vollzeitlich erwerbstätige Personen würden unterschiedlich behandelt, je nachdem, ob sie zusätzlich noch Tätigkeiten in einem Aufgabenbereich von erheblichem Ausmass nachgehen oder nicht. Bei der Frage, ab wann von einem erheblichen Aufgabenbereich ausgegangen wird, würden sich Abgrenzungsprobleme ergeben. Der Vorschlag würde die heutige klare Trennung zwischen nicht erwerbstätigen, teilerwerbstätigen und vollerwerbstätigen Personen aufheben und in der Praxis wohl einige Schwierigkeiten mit sich bringen, wenn es darum geht, die einzelnen Tätigkeiten zu bestimmen. Die Variante der Alternative ist undifferenziert und würde einen Rückschritt darstellen. Da der Invaliditätsgrad im Erwerbsbereich meist höher ist als im Aufgabenbereich, wäre also in den meisten Fällen dieser Invaliditätsgrad im Erwerbsbereich relevant. Damit würde jedoch der Aufgabenbereich bei einer teilerwerbstätigen Person höher bewertet als bei einer Person, die voll im Aufgabenbereich tätig ist. Bereits früher hat man die Methode der überwiegenden Tätigkeit angewendet, die jedoch wegen ihren unbefriedigenden Ergebnissen durch die gemischte Methode ersetzt wurde. Im Resultat würde man dieser veralteten, undifferenzierten Methode sehr nahe kommen. Man würde damit den speziellen Charakter der Doppeltätigkeit vernachlässigen.

6.2.3 Finanzielle Auswirkungen

Von dieser Alternative wären nur jene Personen betroffen, die zu mindestens 80% erwerbstätig und in einem Aufgabenbereich *erheblichen Ausmasses* tätig sind. Diese Anzahl Personen ist jedoch gemäss BFS nicht bekannt und kann nicht berechnet werden. Somit kann nicht beziffert werden, wie viele Personen von zwei Renten profitieren könnten. Unklar wäre sodann auch die Höhe und Berechnung der Renten. Unabhängig von der Ausgestaltung der Doppelberentung hätte die Alternative wahrscheinlich Mehrausgaben zur Folge, da in den genannten Fällen zwei Renten ausgesprochen werden könnten.

[101] Lauterburg/Lischetti-Greber/Aeschbacher, Durchs Netz gefallen - Eine juristische Analyse der Stellung der Frauen im schweizerischen Sozialversicherungssystem unter Berücksichtigung der Eigenheiten von Frauenlebensläufen, Schweizerische Gesellschaft für Gesundheitspolitik, 1994, S. 623.

6.3 Ökonomische Bewertung der Tätigkeit im Aufgabenbereich

6.3.1 Beschreibung

Diese in der Lehre[102] vorgeschlagene Variante möchte die Tätigkeit im Aufgabenbereich dem Haftpflichtrecht entsprechend nach ihrem wirtschaftlichen Wert bemessen[103]. Es wird die Ansicht vertreten, dass die Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung nur durch die ökonomische Gewichtung der Haushaltarbeit, analog zur Erwerbstätigkeit, sichergestellt werden könne. Auch die Haushalttätigkeit habe einen Geldwert, weshalb sich die ökonomische Bewertung rechtfertigen lasse[104]. Ausserdem könne man damit den teilweise als ungenau kritisierten Betätigungsvergleich umgehen, da dieser von der Abklärungsperson aber auch der versicherten Person abhängig sei[105].

Im Haftpflichtrecht wird die Einschränkung im Aufgabenbereich (sog. Haushaltführungsschaden) konkret oder abstrakt anhand der statistischen Angaben der schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) des BFS bemessen. Ersteres erfolgt meist mittels eines Einzelfallgutachtens anhand eines Vergleichs der Situationen mit und ohne Gesundheitsschaden. Letzteres geht betreffend Validenhaushalt vom SAKE-Tabellenwert mit verschiedenen Haushalten (eine Person, zwei Personen, mit/ohne Kinder etc.) aus. Der Invalidenhaushalt wird mithilfe einer ärztlichen Begutachtung bestimmt, bei der abgeklärt wird, was die Person noch leisten kann. Die so festgelegten Stunden werden mit einem Ansatz von 25 bis 30 Franken multipliziert.

Bei Teilerwerbstätigen wären diese fiktiven Validen- und Invalideneinkommen im Aufgabenbereich jeweils mit jenen der Erwerbstätigkeit zu addieren. Um den Invaliditätsgrad zu berechnen erfolgt ein Einkommensvergleich zwischen dem gesamten Validen- und dem Invalideneinkommen.

6.3.2 Würdigung

- Auswirkungen auf die Versicherten

Für die versicherten Personen ist es ein wichtiger Aspekt, dass den Tätigkeiten im Aufgabenbereich ein ökonomischer Wert zukommen kann. Dadurch würden diese Tätigkeiten aufgewertet. Die Methode bezieht sich in beiden Bereichen insofern auf den exakten Einzelfall, als der Anteil des Aufgabenbereichs nicht mehr vom Erwerbspensum abhängig ist. Damit würde man mit der ökonomischen Bewertung beide Bereiche gleichwertig in eine Gesamtbetrachtung einbeziehen. Die Methode wäre auch für Personen anwendbar, die nur im Aufgabenbereich tätig sind.

Diese Alternative macht es jedoch schwierig, der besonderen Qualität der Haushalttätigkeit gerecht zu werden, bei der oft mehrere Aufgaben parallel ausgeführt werden. Insbesondere wenn sich jemand auch um die Familie kümmert und Kinder betreut, sind diese Tätigkeiten schwer in Stunden zu fassen, da sie sich häufig auf den ganzen Tag verteilen. Der effektive Aufwand dürfte mit der Schätzung in Stunden kaum zureichend erfasst werden. Es sollte ausserdem nicht entscheidend sein, wie schnell eine Person die Tätigkeiten im Aufgabenbereich ausübt.

- Systemische Aspekte

Es müssten nicht mehr zwingend Abklärungen vor Ort durchgeführt werden, da man sich auf Arztberichte bzw. Tabellenwerte stützen würde. Der eigentliche Betätigungsvergleich käme somit nicht mehr zur Anwendung. Nicht nur bei teilerwerbstätigen Personen, sondern auch bei Personen, die nur im Aufgabenbereich tätig sind, würde ein Einkommensvergleich vorgenommen werden. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass das Bemessungssystem des Haftpflichtrechts nicht direkt auf jenes der IV übertragen werden kann, da es allein auf den normativen Schaden abstellt.

Um diese Variante rechnen zu können, müsste zunächst festgelegt werden, wie hoch der Mittelwert an Haushaltsstunden bei einem entsprechenden Haushaltspensum wäre. Dieser Wert hängt von der Personengrösse

---

[102] Vgl. dazu Schlauri, Wirtschaftliche Bewertung der Hausfrauen- und Hausmännerarbeit bei der Invaliditätsbemessung, in: Schaffhauser/Schlauri (Hrsg.), Rechtsfragen der Invalidität in der Sozialversicherung, S. 151 ff.; Kieser, Die Ermittlung des Invaliditätsgrades von Teilerwerbstätigen, in: Schaffhauser/Schlauri (Hrsg.), Bd. 14 der Schriftenreihe IRP-HSG, Sozialversicherungstagung 2002, S. 34 ff.

[103] Um die Art der Berechnung des Invaliditätsgrades zu illustrieren, werden für den Vergleich dieser Variante mit der gemischten Methode im Anhang 2 drei Beispiele dargestellt.

[104] Vgl. Schlauri, Wirtschaftliche Bewertung der Hausfrauen- und Hausmännerarbeit bei der Invaliditätsbemessung, S. 179.

[105] Vgl. Deringer, Lebenslagen von Menschen mit Behinderungen in der Schweiz, AvenirSocial - Professionelle Soziale Arbeit Schweiz (Hrsg.), SozialAktuell Nr. 7/8 2006, S. 26.

des Haushaltes ab und auch vom Alter allfällig vorhandener Kinder[106]. Als zweiter Schritt müsste ein Stundenlohn festgesetzt werden.

In den vom BSV berechneten Modellfällen hat sich im Ergebnis gezeigt, dass in den meisten Fällen ähnliche Invaliditätsgrade resultieren wie mit der heutigen gemischten Methode[107]. Die Alternative ist jedoch weniger transparent als das geltende System, weil keine genaue Haushaltabklärung mehr vor Ort erfolgt und abstrakte Tabellenwerte herangezogen werden. Ausserdem bestehen noch verschiedene offene Fragen, insbesondere auch die Höhe des festzulegenden Stundenansatzes.

Es stellt sich die Frage, wie diese Invaliditätsbemessung zu beurteilen ist, wenn sie doch zu ähnlichen Ergebnissen führt wie die heutige Berechnungsart.

6.3.3 Finanzielle Auswirkungen

Eine ökonomische Bewertung der Tätigkeit im Aufgabenbereich führt gemäss Berechnungen[108] zu ähnlichen Invaliditätsgraden wie die Bemessung mit der gemischten Methode. Die Kosten mit dieser Alternative dürften folglich nicht wesentlich ins Gewicht fallen.

6.4 Anlehnung an das norwegische System

6.4.1 Beschreibung

Diese Alternative geht noch einen Schritt weiter als der Vorschlag der Pa. Iv. Suter, da sie den Teilzeitcharakter gar nicht mehr beachtet.

Im norwegischen System wird für die Bestimmung des Invaliditätsgrades ein Vergleich zwischen dem vor dem Invaliditätseintritt erzielbaren Einkommen und dem danach erzielbaren Einkommen vorgenommen. Es werden also reine Einkommensmöglichkeiten angenommen, auch bei nicht erwerbstätigen Personen.

Bei teilerwerbstätigen Personen wird für die Bemessung des Invaliditätsgrades ein fiktives Einkommen, welches die versicherte Person in einer Vollzeitanstellung theoretisch verdienen könnte, zugrunde gelegt. Dieses wird mit den Einkommensmöglichkeiten verglichen, die die versicherte Person nach Invaliditätseintritt noch hat.

In der hier vorgeschlagenen Alternative in Anlehnung an dieses System würde als Hauptregel ein Einkommensvergleich vorgenommen und der Aufgabenbereich grundsätzlich nicht mehr berücksichtigt werden. Der Invaliditätsgrad würde wie heute durch einen Vergleich des Validen- mit dem Invalideneinkommen bemessen. Bei teilerwerbstätigen Personen würde ebenfalls ein Einkommensvergleich vorgenommen. Dazu müsste das Valideneinkommen auf eine entsprechende Vollzeitstelle hochgerechnet werden. In Abweichung vom norwegischen System würde man die konkrete Situation der versicherten Person auf dem in Betracht kommenden ausgeglichenen Arbeitsmarkt betrachten und nicht hypothetische Einkommensmöglichkeiten. Auch bei nicht erwerbstätigen Personen könnte ein Einkommensvergleich vorgenommen werden, da die meisten Personen einmal erwerbstätig waren und somit ein hypothetisches Valideneinkommen herangezogen werden könnte.

6.4.2 Würdigung

- Auswirkungen auf die versicherten Personen

Die Änderung, wie sie hier vorgeschlagen wird, würde das Bemessungssystem vereinfachen. Bei allen Personen würde ein Einkommensvergleich angewendet werden, der insbesondere bei nichterwerbstätigen Personen auch auf Basis von statistischen Zahlen vorgenommen werden müsste, weil die Einkommen nur hypothetisch sind. Die Abklärungen vor Ort für den Betätigungsvergleich würden wegfallen.

Aus diesem System würden bei teilerwerbstätigen Personen höhere Invaliditätsgrade folgen, insbesondere weil man die Einschränkungen im Aufgabenbereich nicht mehr beachten und stattdessen nur noch einen Einkommensvergleich vornehmen würde[109]. Das Valideneinkommen würde dabei auf eine Vollzeitstelle hochge-

[106] Vgl. Publikation des BFS „Arbeitsplatz Haushalt: Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeit und deren monetäre Bewertung".
[107] Siehe die Fallbeispiele im Anhang 2.
[108] Siehe Anhang 2.
[109] Wie bereits erwähnt, können aus der Anwendung der gemischten Methode tiefere Invaliditätsgrade resultieren als mit einem Einkommensvergleich, siehe oben Kapitel 3.

rechnet. Da keine Gewichtung mehr erfolgen würde, wären diese Personen gegenüber vollzeitlich Erwerbstätigen verhältnismässig bevorteilt. Die Invaliditätsgrade wären gleich hoch, egal mit welchem Pensum eine Person früher erwerbstätig war.

Das System könnte der Eingliederung der versicherten Personen entgegenstehen. Sobald bei Personen, die nur zu einem kleinen Pensum erwerbstätig waren, eine Invalidität bestünde, würde für die betreffenden Personen kein Anreiz mehr vorliegen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, denn die ausbezahlte Rente würde sich unter Umständen mit dem früheren tatsächlichen Lohn decken oder sogar noch höher ausfallen.

- Systemische Aspekte

Dass die Erwerbstätigkeit und deren Umfang keine Rolle mehr spielen würde, würde der Idee der IV widersprechen, eine Erwerbsunfähigkeit oder die Unmöglichkeit, sich im bisherigen Aufgabenbereich zu betätigen, auszugleichen. Ein hypothetischer Einkommensverlust für eine Tätigkeit, welche die versicherte Person ohne gesundheitliche Beeinträchtigung gar nicht ausgeübt hätte, kann von der IV nicht ausgeglichen werden.

Dieses System wäre sehr hypothetisch aufgebaut. Insbesondere das Valideneinkommen bei nicht erwerbstätigen Personen wäre schwierig festzusetzen und würde sehr theoretisch bleiben. Die Alternative würde einer einzelfallgerechten Invaliditätsbemessung widersprechen, da man weder den Aufgabenbereich noch das Pensum der Erwerbstätigkeit berücksichtigen würde.

Allenfalls könnte eine Unterscheidung zwischen voll- und teilzeitlich Erwerbstätigen auch später bei der Berechnung der Rente erfolgen. Dort könnte man das tatsächliche bisherige Einkommen einbeziehen um den Teilzeitcharakter doch zu berücksichtigen.

6.4.3 Finanzielle Auswirkungen

Die Invaliditätsbemessung in Anlehnung an das norwegische System geht auch bei teil- und nichterwerbstätigen Personen von einer fiktiven Vollzeitstelle aus. Wie sich gezeigt hat, ist bei der Anwendung des Betätigungsvergleichs, d.h. bei nichterwerbstätigen Personen, die Verteilung der Rentenbruchteile praktisch gleich wie beim Einkommensvergleich[110]. Da sich also nur bei Teilerwerbstätigen die Verteilung der Rentenbruchteile verändern würde, ist auch hier ein Vergleich möglich mit den Berechnungen der finanziellen Auswirkungen, die im Rahmen der Pa. Iv. Suter erfolgten. Es kann dieselbe Methodik angewendet werden, unter der Annahme, dass sich mit der Alternative in Anlehnung an das norwegische System die Verteilung der Rentenbruchteile[111] in den Fällen, die bisher mit der gemischten Methode beurteilt wurden, der Verteilung beim Einkommensvergleich angleichen würde. Dadurch würden Mehrkosten von 6,5 Promille der Rentensumme entstehen.

Gemäss Betriebsrechnung 2013 beträgt der gesamte Betrag für die laufenden Renten, Nachzahlungen sowie Abschreibungen von Rückerstattungsforderungen minus Rückerstattungsforderungen bei 5'640 Millionen Franken. Die Mehrkosten von 6,5 Promille dieser Alternative betragen somit rund 35 bis 40 Millionen Franken.

In diesen Mehrkosten nicht eingeschlossen sind jene Fälle, die aufgrund der bisherigen Anwendung der gemischten Methode einen Invaliditätsgrad von unter 40 Prozent erreichten. Hier könnte nun aufgrund der neuen Berechnungsweise unter Umständen ein Invaliditätsgrad von 40 Prozent und höher resultieren, was neu zu einem Rentenanspruch führen würde. In diesem Bereich kann jedoch keine Schätzung gemacht werden, weil hierzu jegliche auswertbaren Grundlagen fehlen. In der Regel dürften in diesen Fällen jedoch Viertelsrenten, selten auch halbe Renten resultieren, die vom Gewicht her nicht besonders bedeutend sind.

[110] Siehe oben Ziff. 3.2.
[111] Siehe für die Verteilung der Rentenbruchteile innerhalb der Methoden oben 3.2.

7. Optimierung des heutigen Systems

Aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Teilerwerbstätigkeit ergibt sich vorliegend eine Optimierungsmöglichkeit.

7.1 Bessere Berücksichtigung der Wechselwirkungen

Ein Problem der gemischten Methode ist, dass bei der Bemessung der Restarbeitsfähigkeit allein auf den Erwerbsteil abgestellt wird und dabei die Betätigung im Aufgabenbereich unbeachtet bleibt, da die Erwerbstätigkeit prioritär behandelt wird. Bei Personen, die ihre Restarbeitsfähigkeit theoretisch noch voll verwerten können, kann nicht erwartet werden, dass sie gesundheitlich noch in der Lage sind, in der verbleibenden Zeit ihren Tätigkeiten im Aufgabenbereich noch vollständig nachzukommen. Wie bereits dargestellt, können in solchen Fällen allenfalls 15 Prozent abgezogen werden, um die Wechselwirkungen zu beachten. In der Praxis wird diese Regelung aber nicht allen Sachverhalten gerecht und sie sollte erst sekundär zur Anwendung kommen.

Ein wichtiger Ansatz zur besseren Berücksichtigung von Wechselwirkungen liegt in der Bemerkung des Bundesgerichts, es habe "grundsätzlich eine gleichzeitige Beurteilung der Arbeitsunfähigkeit sowie der noch zumutbaren Tätigkeiten und Verrichtungen in beiden Bereichen unter Berücksichtigung allfälliger Wechselwirkungen zu erfolgen, was eine entsprechende klare Fragestellung der IV-Stellen und Sozialversicherungsgerichte an den Arzt voraussetzt"[112]. Die Art und Weise der Fragestellung hat einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf das Resultat bzw. die Schlussfolgerungen, die in einem Gutachten gezogen werden[113]. Die wichtigste Aufgabe des Gutachters ist es, herauszufinden, über welche Ressourcen und Defizite eine versicherte Person verfügt. Genaue Angaben dazu können jedoch nur gemacht werden, wenn genau definiert ist, was die IV-Stelle wissen möchte.

So wäre ausdrücklich zu fragen, wie viele Stunden pro Woche eine versicherte Person in leidensangepasster Tätigkeit noch arbeiten kann, und zwar unter Berücksichtigung ihrer Beanspruchung durch die Tätigkeiten im Aufgabenbereich. Oft erkundigt sich die IV-Stelle jedoch nur nach der Arbeitsfähigkeit im Erwerbsbereich, ohne dass der Gutachter weiss, welchen Aufgaben die versicherte Person daneben noch nachgeht. Für eine korrekte und seriöse Einschätzung muss aber die gesamte Betätigungssituation bekannt sein. Zum Vergleich und zum Plausibilisieren kann daneben auch nach der verbleibenden Arbeitsfähigkeit bei einer theoretischen vollen Erwerbstätigkeit gefragt werden.

Diese Optimierung kann auf Verordnungsstufe festgehalten werden, wozu Art. 27bis IVV mit der Regelung ergänzt werden könnte, dass Wechselwirkungen zwischen dem Aufgabenbereich und der Erwerbstätigkeit bei der Anwendung der gemischten Methode zu berücksichtigen seien. Im Rahmen eines einheitlichen Fragebogens an die Ärzte könnte diese Regelung sichergestellt werden. Der Fragebogen müsste Fragen zur Arbeitsfähigkeit im Erwerbs- *und* im Aufgabenbereich sowie zu den Wechselwirkungen enthalten.

7.2 Finanzielle Auswirkungen

Die Optimierung des heutigen Systems könnte einen leichten Anstieg der Kosten zur Folge haben.

---

[112] BGE 134 V 9 E. 7.2.

[113] Vgl. auch Jeger, Gute Frage - schlechte Frage: Der Einfluss der Fragestellung auf das Gutachten, in: Schaffhauser/Schlauri (Hrsg.), Sozialversicherungsrechtstagung 2009, S. 172 ff.; Mosimann, Teilerwerbstätige in der Invalidenversicherung, in: SZS 2010, S. 271 ff.

8. Schlussfolgerungen

Der Bericht zeigt gewisse Schwachstellen bei der Invaliditätsbemessung teilerwerbstätiger Personen auf. Er legt dar, weshalb die Anwendung der gemischten Methode zu tieferen Invaliditätsgraden führen kann. Der Bericht setzt sich in der Folge mit verschiedenen Alternativen auseinander, welche das Ziel verfolgen, die erkannten Mängel zu beheben.

Den Alternativen ist gemein, dass diese mit Mehrkosten verbunden sind oder das Bemessungssystem als solches in Frage stellen. Die IV richtet ihre Leistungen nicht nach dem Ausmass des Gesundheitsschadens aus, sondern nach dem Ausmass der dadurch verursachten tatsächlichen Erwerbseinbusse und Einschränkung in rentenrelevanten Tätigkeiten. Die meisten der möglichen und untersuchten Alternativen zur gemischten Methode stellen dieses Prinzip vollständig oder teilweise in Frage.

Methoden, die bei ausländischen oder anderen schweizerischen Sozialversicherungen angewendet werden, sind auch darum nicht übertragbar, weil diese meistens nur Erwerbstätige versichern und nicht die ganze Bevölkerung wie es die schweizerische IV tut.

Die vertiefte Auseinandersetzung mit möglichen Verbesserungen oder Anpassungen der gemischten Methode hat gezeigt, dass keine dieser alternativen Ansätze die Problematik vollständig lösen kann.

Eine Verbesserung für teilerwerbstätige Personen könnte mit dem Vorschlag realisiert werden, welcher der damaligen Pa. Iv. Suter zugrunde lag.. Da für den Erwerbsteil das Valideneinkommen auf eine hypothetische Vollzeitstelle hochgerechnet würde, das Invalideneinkommen aber gleichbleibt, ergibt sich in der Regel ein höherer Invaliditätsgrad und reduziert damit die Anzahl Fälle, in welchen teilzeiterwerbstätige Personen eine niedrigere Rente erhalten als Vollzeitbeschäftige. Aus Sicht des Bundesrates wäre somit dieser Ansatz derjenige, welcher noch am ehesten weiterverfolgt werden könnte. Dieser vom Parlament früher bereits ausgearbeitete Vorschlag hätte allerdings finanzielle Mehrkosten in der Höhe von rund 35 bis 40 Millionen Franken zur Folge.

Die Ausrichtung von zwei Renten für doppelbelastete Personen führt zu Ungleichbehandlungen und kann gegen den Grundsatz des Überversicherungsverbots verstossen. Der Bundesrat lehnt diesen Ansatz deshalb ab.

Eine ökonomische Gesamtbewertung der Erwerbstätigkeit und der Tätigkeit im Aufgabenbereich wertet zwar die Haushalttätigkeit auf, führt im Ergebnis jedoch zu ähnlichen Invaliditätsgraden wie die heutige Bemessung mit der gemischten Methode. Eine Anpassung des Systems ohne Veränderung der Situation bleibt fraglich und ist deshalb aus Sicht des Bundesrates nicht weiter zu verfolgen.

Eine grundlegende Änderung des Rentensystems in Anlehnung an das norwegische Modell, bei dem der Aufgabenbereich neben der Erwerbstätigkeit nicht mehr berücksichtigt würde, hätte schwerwiegende Konsequenzen. Zwar bringt auch dieser Vorschlag eine Verbesserung aus Sicht von Teilerwerbstätigen, da höhere Invaliditätsgrade resultieren würden. Diese ergeben sich daraus, dass auch bei diesen Personen von einer vollen Erwerbstätigkeit ausgegangen würde. Das System ist damit jedoch sehr hypothetisch und undifferenziert und kann nicht die Realität abbilden. Die Kosten würden relativ stark steigen und der Anreiz zur Eingliederung sinken. Zudem ergäben sich schwierige Koordinierungsprobleme. Der Bundesrat lehnt auch diesen Ansatz ab.

Es ist ein Anliegen des Bundesrates, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, wozu auch gehört, dass die Ausübung einer Teilzeiterwerbstätigkeit keine negativen Auswirkungen auf die Ansprüche gegenüber den Sozialversicherungen haben soll.

Verbesserungsmassnahmen, etwa im Sinne der früheren Pa. Iv. Suter würden jedoch Gesetzesänderungen nötig machen und wären mit beträchtlichen Mehrkosten verbunden. Sie müssen deshalb nach Ansicht des Bundesrates in einem grösseren Zusammenhang behandelt werden. Eine Schlechterbehandlung von Teilerwerbstätigen ist kein wünschbarer Zustand. Ihre Beseitigung kann jedoch wegen der damit verbundenen Mehrkosten nicht mit den Aufträgen des Parlaments, dass auch nach Auslaufen der Zusatzfinanzierung durch die Mehrwertsteuer im Jahr 2017 nicht nur für eine ausgeglichene Rechnung, sondern auch für die Rückzahlung der Schulden der IV an die AHV zu sorgen, vereinbart werden. Auf eine rasche Verbesserung der aktuellen Situation im Sinne der früheren Pa. Iv. soll deshalb mit Blick auf die finanzielle Situation der IV bis auf weiteres verzichtet werden.

Eine Abkehr vom Grundsatz des Versicherungsschutzes im Umfang eines 100%-Pensums und damit die Möglichkeit zur Anwendung des reinen Einkommensvergleichs bei teilerwerbstätigen Personen (freiwillige Reduktion des Beschäftigungsgrades für mehr Freizeit) bedürften ebenfalls einer Gesetzesänderung und würden zu erheblichen Mehrkosten führen. Diese gesonderte Behandlung bei der Bemessung der Invalidität würde auch zu einer bevorzugten Behandlung von Personen mit tendenziell höheren Einkommen und ohne familiäre Pflichten führen. Sowohl aus Rücksicht auf eine möglichst breit abgestützte Gleichbehandlung aller Versicherten wie auch der finanziellen Situation der IV lehnt der Bundesrat deshalb auch diese Anpassung ab.

Aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Teilerwerbstätigkeit ergibt sich vorliegend eine Optimierungsmöglichkeit für die Anwendung der gemischten Methode, die umgesetzt werden kann, ohne dass gesetzliche Massnahmen nötig wären.

Zur besseren Berücksichtigung von Wechselwirkungen zwischen der Erwerbstätigkeit und der Tätigkeit im Aufgabenbereich hat eine gleichzeitige Beurteilung der Arbeitsunfähigkeit sowie der noch zumutbaren Tätigkeiten in beiden Bereichen zu erfolgen. Für eine korrekte Einschätzung der Erwerbsunfähigkeit muss dem Arzt bzw. der Ärztin die gesamte Betätigungssituation bekannt sein. Diese Optimierung kann auf Verordnungsstufe erfolgen, indem Art. 27bis IVV mit der Regelung ergänzt werden könnte, dass Wechselwirkungen zwischen dem Aufgabenbereich und der Erwerbstätigkeit bei der Anwendung der gemischten Methode zu berücksichtigen seien. Im Rahmen eines einheitlichen Fragebogens an die Ärzte könnte diese Regelung in der Praxis umgesetzt werden. Diese Massnahme kann die Durchführung der IV in Zukunft erheblich erleichtern.

.

Anhang 1: Tätigkeitsliste für Personen im Haushalt

In der Rz. 3086 des Kreisschreibens über Invalidität und Hilflosigkeit in der IV (KSIH) des Bundesamts für Sozialversicherungen wird festgehalten, dass in der Regel davon auszugehen ist, dass die Aufgaben der im Haushalt tätigen gesunden Person folgende prozentualen Anteile an ihrer gesamten Tätigkeit ausmachen:

Tätigkeiten	*Minimum*	*Maximum*
1. Haushaltführung (Planung, Organisation, Arbeitseinteilung, Kontrolle)	2%	5%
2. Ernährung (Rüsten, Kochen, Anrichten, Reinigungsarbeiten in der Küche, Vorrat)	10%	50%
3. Wohnungspflege (Abstauben, Staubsaugen, Bodenpflege, Fenster putzen, Betten machen)	5%	20%
4. Einkauf und weitere Besorgungen (Post, Versicherungen, Amtsstellen)	5%	10%
5. Wäsche, Kleiderpflege (Waschen, Wäsche aufhängen und abnehmen, Bügeln, Flicken, Schuhe putzen)	5%	20%
6. Betreuung von Kindern oder anderen Familienangehörigen	0%	30%
7. Verschiedenes (z.B. Krankenpflege, Pflanzen- und Gartenpflege, Haustierhaltung, Anfertigen von Kleidern; gemeinnützige Tätigkeiten, Weiterbildung, künstlerisches Schaffen)*	0%	50%

* Reine Freizeitbeschäftigungen sind ausser Acht zu lassen

Anhang 2: Fallbeispiele

Die folgenden Beispiele illustrieren die verschiedenen Berechnungsvarianten und zeigen auf, welche Ergebnisse mit den einzelnen Methoden erreicht werden. Der Grad der Invalidität wird zum Vergleich jeweils mit der gemischten Methode, der Variante nach der Pa. Iv. Suter und der ökonomischen Bewertung der Haushaltarbeit berechnet. Die weiteren Alternativen hängen von zu vielen unklaren Faktoren ab, als dass aussagekräftige Beispiele dargestellt werden könnten.

Fallbeispiel A

Die versicherte Person ist weiblich, 45 Jahre alt, verheiratet und hat 2 Kinder im Alter von 5 und 9 Jahren. Sie war bei voller Gesundheit neben dem Haushalt 50 Prozent teilerwerbstätig und erzielte dabei ein Einkommen von 30‘000 Franken. Sie erkrankte schwer und kann als Folge davon nur noch ein Pensum von 25 Prozent im angestammten Beruf oder einer anderen Tätigkeit ausüben und dabei ein Einkommen von 15‘000 Franken erzielen. Im Haushalt ist sie gemäss Abklärung der IV-Stelle zu 40 Prozent eingeschränkt. Bei voller Gesundheit wäre sie weiterhin zu 50 Prozent erwerbstätig.

Fallbeispiel B

Die versicherte Person ist männlich, 45 Jahre alt, lebt in Partnerschaft und hat keine Kinder. Sie war bei voller Gesundheit neben dem Haushalt 80 Prozent teilerwerbstätig und erzielte dabei ein Einkommen von 60‘000 Franken. Sie verunfallte schwer und kann als Folge davon nur noch zu 40 Prozent in einer angepassten Tätigkeit arbeiten und dabei noch ein Einkommen von 20’000 Franken erzielen. Im Haushalt ist sie gemäss Abklärung der IV-Stelle dagegen bloss zu 30 Prozent eingeschränkt. Bei voller Gesundheit wäre sie weiterhin zu 80 Prozent erwerbstätig.

Fallbeispiel C

Die versicherte Person ist weiblich, 45 Jahre alt, verheiratet und hat ein Kind im Alter von 12 Jahren. Sie war bei voller Gesundheit neben dem Haushalt 60 Prozent teilerwerbstätig und erzielte dabei ein Einkommen von 40‘000 Franken. Sie erkrankte schwer, kann nach erfolgter medizinischer Behandlung jedoch weiterhin ein Pensum von 60 Prozent im bisherigen Beruf ausüben und somit weiterhin 40‘000 Franken verdienen. Im Haushalt resultiert gemäss Abklärung der IV-Stelle eine Einschränkung von 40 Prozent. Bei voller Gesundheit wäre sie weiterhin zu 60 Prozent erwerbstätig.

Berechnung mit der gemischten Methode

In Fallbeispiel A resultiert mit der heutigen gemischten Methode ein Invaliditätsgrad im Erwerbsteil von 50 Prozent, ergibt gewichtet mit dem Pensum somit 25 Prozent. Addiert man dazu die gewichtete Einschränkung aus dem Haushalt (also 20 Prozent) resultiert eine *Gesamtinvalidität von 45 Prozent*.

In Fallbeispiel B resultiert ein Invaliditätsgrad im Erwerbsteil von 66.6 Prozent, ergibt gewichtet mit dem Pensum somit 53.3 Prozent. Addiert man dazu die gewichtete Einschränkung aus dem Haushalt (also 6 Prozent) resultiert eine *Gesamtinvalidität von gerundet 59 Prozent*.

In Fallbeispiel C resultiert keine Erwerbseinbusse (Invaliditätsgrad Erwerbsteil somit 0 Prozent). Addiert man dazu die gewichtete Einschränkung aus dem Haushalt (also 16 Prozent) resultiert eine *Gesamtinvalidität von 16 Prozent.*

Variante nach Pa. Iv. Suter (00.454)

Bei einer Berechnung der Invaliditätsanteile jeweils bezogen auf eine Vollzeitstelle würde im Fallbeispiel A ein Invaliditätsgrad im Erwerbsteil von 75 Prozent (Valideneinkommen von 60‘000 Franken, Invalideneinkommen von 15‘000 Franken), was gewichtet mit dem Pensum einen Invaliditätsgrad von 37.5 Prozent ergibt. Addiert man dazu die gewichtete Einschränkung aus dem Haushalt (also 20 Prozent) resultiert eine *Gesamtinvalidität von gerundet 58 Prozent*.

In Fallbeispiel B resultiert ein Invaliditätsgrad im Erwerbsteil von gerundet 73.3 Prozent (Valideneinkommen von 75‘000 Franken, Invalideneinkommen von 20‘000 Franken), ergibt gewichtet mit dem Pensum somit gerundet 58.6 Prozent. Addiert man dazu die gewichtete Einschränkung aus dem Haushalt (also 6 Prozent) resultiert eine *Gesamtinvalidität von gerundet 65 Prozent*.

In Fallbeispiel C resultiert ein Invaliditätsgrad im Erwerbsteil von gerundet 40 Prozent (Valideneinkommen von 66‘667 Franken, Invalideneinkommen von 40‘000 Franken), ergibt gewichtet mit dem Pensum somit gerundet

24 Prozent. Addiert man dazu die gewichtete Einschränkung aus dem Haushalt (also 16 Prozent) resultiert eine *Gesamtinvalidität von 40 Prozent*.

Ökonomische Bewertung der Haushaltarbeit

Bei Fallbeispiel A würden anhand der verfügbaren Angaben zum Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeit[114] vor Eintritt des Gesundheitsschadens rund 49 Stunden Hausarbeit anfallen, bei Fallbeispiel B rund 14 Stunden und bei Fallbeispiel C rund 41 Stunden. Linear betrachtet, könnte die Person in Fallbeispiel A somit mit dem Gesundheitsschaden noch 29.4 Stunden Hausarbeit verrichten, in Fallbeispiel B 9.8 Stunden, in Fallbeispiel C 24.6 Stunden. Als Stundenlohn werden 30 Franken eingesetzt.

Daraus ergäben sich die folgenden Referenzwerte und Invaliditätsgrade:

Fallbeispiel A

- Valideneinkommen: 30‘000.- + (49 x 30.- x 52 Wochen) = 106‘440.-
- Invalideneinkommen: 15‘000.- + (29.4 x 30.- x 52 Wochen) = 60‘864.-
- *Invaliditätsgrad von gerundet 43 Prozent*

Fallbeispiel B

- Valideneinkommen: 60‘000.- + (14 x 30.- x 52 Wochen) = 81‘840.-
- Invalideneinkommen: 20‘000.- + (9.8 x 30.- x 52 Wochen) = 35‘288.-
- *Invaliditätsgrad von gerundet 57 Prozent*

Fallbeispiel C

- Valideneinkommen: 40‘000.- + (41 x 30.- x 52 Wochen) → 103‘960.-
- Invalideneinkommen: 40‘000.- + (24.6 x 30.- x 52 Wochen) → 78‘376.-
- *Invaliditätsgrad von gerundet 25 Prozent*

[114] Vgl. Publikation des BFS „Arbeitsplatz Haushalt: Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeit und deren monetäre Bewertung".

Fall-bei-spiel	Erwerbs-pen-sum	**Gemischte Methode** Erwerb* Haushalt	**IV-Gradberechnung nach Pa. Iv. Suter** Erwerb Haushalt	**Ökonomische Bewertung** Erwerb + Haushalt = Total
A)	50%	VE = 30'000.- IV-Grad: 40% IE: 15'000.- 40% x 50% = 20% IV-Grad: 50% 50% x 50% = 25% IV-Grad total: 45% = **1/4 Rente**	VE: 60'000.- IV-Grad: 40% IE: 15'000.- 40% x 50% = 20% IV-Grad: 75% 75% x 50% = 37.5% IV-Grad total: **58% = 1/2 Rente**	VE: 30'000.- + (49 x 30.- x 52 Wo) = 106'440.- IE: 15'000.- + (29.4 x 30.- x 52 Wo) = 60'864.- – IV-Grad total: ca. 43% = **1/4 Rente**
B)	80%	VE: 60'000.- IV-Grad: 30% IE: 20'000.- 30% x 20% = 6% IV-Grad: 66.6% 66.6% x 80% = 53.3% IV-Grad total: 59% = **1/2 Rente**	– VE: 75'000.- IV-Grad: 30% – IE: 20'000.- 30% x 20% = 6% – IV-Grad: 73.3% – 73.3% x 80% = 58.6% – IV-Grad total: **65% = 3/4 Rente**	VE: 60'000.- + (14 x 30.- x 52 Wo) = 81'840.- IE: 20'000.- + (9.8 x 30.- x 52 Wo) = 35'288.- IV-Grad total: ca. 57% = **1/2 Rente**
C)	60%	VE: 40'000.- IV-Grad: 40% IE: 40'000.- 40% x 40% = 16% IV-Grad: 0% 0% IV-Grad total: 16% = **keine Rente**	VE: 66'667.- IV-Grad: 40% IE: 40'000.- 40% x 40% = 16% IV-Grad: 40% 40% x 60% = 24% IV-Grad total: **40% = 1/4 Rente**	VE: 40'000.- + (41 x 30.- x 52 Wo) = 103'960.- IE: 40'000.- + (24.6 x 30.- x 52 Wo) = 78'376.- IV-Grad total: ca. 25% = **keine Rente**

* VE = Valideneinkommen / IE = Invalideneinkomen

Brief
Bundesverwaltung

Liste der ständigen Vernehmlassungsadressaten
Liste des destinataires consultés systématiquement
Elenco dei destinatari permanenti della consultazione

Art. 4 Abs. 3 Vernehmlassungsgesetz (SR 172.061)

1. Kantone / Cantons / Cantoni 2
2. In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / partis politiques représentés à l'Assemblée fédérale / partiti rappresentati nell' Assemblea federale 4
3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete / associations faîtières des communes, des villes et des régions de montagne qui œuvrent au niveau national / associazioni mantello nazionali dei Comuni delle città e delle regioni di montagna 6
4. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / associations faîtières de l'économie qui œuvrent au niveau national/ associazioni mantello nazionali dell'economia 6
5. Weitere Organisationen / Durchführungsstellen, Autres organisations / Organes d'exécution, Altre organizzazioni / Organi d'esecuzione 7

Stand: 12.01.2017

1. Kantone / Cantons / Cantoni

Staatskanzlei des Kantons Zürich	Neumühlequai 10 Postfach 8090 Zürich staatskanzlei@sk.zh.ch
Staatskanzlei des Kantons Bern	Postgasse 68 3000 Bern 8 info@sta.be.ch
Staatskanzlei des Kantons Luzern	Bahnhofstrasse 15 6002 Luzern staatskanzlei@lu.ch
Standeskanzlei des Kantons Uri	Rathausplatz 1 6460 Altdorf ds.la@ur.ch
Staatskanzlei des Kantons Schwyz	Regierungsgebäude Bahnhofstrasse 9 Postfach 1260 6431 Schwyz stk@sz.ch
Staatskanzlei des Kantons Obwalden	Rathaus 6061 Sarnen staatskanzlei@ow.ch
Staatskanzlei des Kantons Nidwalden	Dorfplatz 2 Postfach 1246 6371 Stans staatskanzlei@nw.ch
Staatskanzlei des Kantons Glarus	Rathaus 8750 Glarus staatskanzlei@gl.ch
Staatskanzlei des Kantons Zug	Seestrasse 2 Regierungsgebäude am Postplatz 6300 Zug info@zg.ch
Chancellerie d'Etat du Canton de Fribourg	Rue des Chanoines 17 1701 Fribourg chancellerie@fr.ch relations.exterieures@fr.ch

Staatskanzlei des Kantons Solothurn	Rathaus Barfüssergasse 24 4509 Solothurn kanzlei@sk.so.ch
Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt	Marktplatz 9 4001 Basel staatskanzlei@bs.ch
Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft	Regierungsgebäude Rathausstrasse 2 4410 Liestal landeskanzlei@bl.ch
Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen	Beckenstube 7 8200 Schaffhausen staatskanzlei@ktsh.ch
Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden	Regierungsgebäude 9102 Herisau Kantonskanzlei@ar.ch
Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden	Marktgasse 2 9050 Appenzell info@rk.ai.ch
Staatskanzlei des Kantons St. Gallen	Regierungsgebäude 9001 St. Gallen info.sk@sg.ch
Standeskanzlei des Kantons Graubünden	Reichsgasse 35 7001 Chur info@gr.ch
Staatskanzlei des Kantons Aargau	Regierungsgebäude 5001 Aarau staatskanzlei@ag.ch
Staatskanzlei des Kantons Thurgau	Regierungsgebäude Zürcherstrasse 188 8510 Frauenfeld staatskanzlei@tg.ch
Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino	Palazzo delle Orsoline 6501 Bellinzona can-scds@ti.ch
Chancellerie d'Etat du Canton de Vaud	Place du Château 4 1014 Lausanne info.chancellerie@vd.ch

Chancellerie d'Etat du Canton du Valais	Planta 3 1950 Sion Chancellerie@admin.vs.ch
Chancellerie d'Etat du Canton de Neuchâtel	Le Château Rue de la Collégiale 12 2000 Neuchâtel Secretariat.chancellerie@ne.ch
Chancellerie d'Etat du Canton de Genève	Rue de l'Hôtel-de-Ville 2 Case postale 3964 1211 Genève 3 service-adm.ce@etat.ge.ch
Chancellerie d'Etat du Canton du Jura	2, rue de l'Hôpital 2800 Delémont chancellerie@jura.ch
Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) Conferenza dei Governi cantonali (CdC)	Sekretariat Haus der Kantone Speichergasse 6 Postfach 3001 Bern mail@kdk.ch

2. In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / partis politiques représentés à l'Assemblée fédérale / partiti rappresentati nell' Assemblea federale

Bürgerlich-Demokratische Partei BDP Parti bourgeois-démocratique PBD Partito borghese democratico PBD	Postfach 119 3000 Bern 6 mail@bdp.info
Christlichdemokratische Volkspartei CVP Parti démocrate-chrétien PDC Partito popolare democratico PPD	Generalsekretariat Klaraweg 6 Postfach 3001 Bern info@cvp.ch
Christlich-soziale Partei Obwalden csp-ow	Frau Linda Hofmann St. Antonistrasse 9 6060 Sarnen ch.schaeli@gmx.net
Christlichsoziale Volkspartei Oberwallis	CSPO Geschäftsstelle Postfach 132 3930 Visp info@cspo.ch

Evangelische Volkspartei der Schweiz EVP Parti évangélique suisse PEV Partito evangelico svizzero PEV	Nägeligasse 9 Postfach 3001 Bern vernehmlassungen@evppev.ch
FDP. Die Liberalen PLR. Les Libéraux-Radicaux PLR.I Liberali Radicali	Generalsekretariat Neuengasse 20 Postfach 3001 Bern info@fdp.ch
Grüne Partei der Schweiz GPS Parti écologiste suisse PES Partito ecologista svizzero PES	Waisenhausplatz 21 3011 Bern gruene@gruene.ch
Grünliberale Partei glp Parti vert'libéral pvl	Laupenstrasse 2 3008 Bern schweiz@grunliberale.ch
Lega dei Ticinesi (Lega)	Via Monte Boglia 3 Case postale 4562 6904 Lugano lorenzo.quadri@mattino.ch
Mouvement Citoyens Genevois (MCG)	Case postale 155 1211 Genève 13 info@mcge.ch
Partei der Arbeit PDA Parti suisse du travail PST	Postfach 8640 8026 Zürich pdaz@pda.ch
Schweizerische Volkspartei SVP Union Démocratique du Centre UDC Unione Democratica di Centro UDC	Generalsekretariat Postfach 8252 3001 Bern gs@svp.ch
Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS Parti socialiste suisse PSS Partito socialista svizzero PSS	Zentralsekretariat Spitalgasse 34 Postfach 3001 Bern verena.loembe@spschweiz.ch

3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete / associations faîtières des communes, des villes et des régions de montagne qui œuvrent au niveau national / associazioni mantello nazionali dei Comuni delle città e delle regioni di montagna

Schweizerischer Gemeindeverband	Laupenstrasse 35 3008 Bern verband@chgemeinden.ch
Schweizerischer Städteverband	Monbijoustrasse 8 Postfach 3001 Bern info@staedteverband.ch
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete	Seilerstrasse 4 Postfach 3001 Bern info@sab.ch

4. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / associations faîtières de l'économie qui œuvrent au niveau national/ associazioni mantello nazionali dell'economia

economiesuisse Verband der Schweizer Unternehmen Fédération des entreprises suisses Federazione delle imprese svizzere Swiss business federation	Hegibachstrasse 47 Postfach 8032 Zürich info@economiesuisse.ch bern@economiesuisse.ch sandra.spieser@economiesuisse.ch
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV) Union suisse des arts et métiers (USAM) Unione svizzera delle arti e mestieri (USAM)	Schwarztorstrasse 26 Postfach 3001 Bern info@sgv-usam.ch
Schweizerischer Arbeitgeberverband Union patronale suisse Unione svizzera degli imprenditori	Hegibachstrasse 47 Postfach 8032 Zürich verband@arbeitgeber.ch
Schweiz. Bauernverband (SBV) Union suisse des paysans (USP) Unione svizzera dei contadini (USC)	Laurstrasse 10 5201 Brugg info@sbv-usp.ch
Schweizerische Bankiervereinigung (SBV) Association suisse des banquiers (ASB) Associazione svizzera dei banchieri (ASB) Swiss Bankers Association	Postfach 4182 4002 Basel office@sba.ch

Schweiz. Gewerkschaftsbund (SGB) Union syndicale suisse (USS) Unione sindacale svizzera (USS)	Monbijoustrasse 61 Postfach 3000 Bern 23 info@sgb.ch
Kaufmännischer Verband Schweiz Société suisse des employés de commerce Società svizzera degli impiegati di commercio	Hans-Huber-Strasse 4 Postfach 1853 8027 Zürich berufspolitik@kfmv.ch
Travail.Suisse	Hopfenweg 21 Postfach 5775 3001 Bern info@travailsuisse.ch

5. Weitere Organisationen / Durchführungsstellen
   Autres organisations / Organes d'exécution
   Altre organizzazioni / Organi d'esecuzione

Unia Zentralsekretariat	Weltpoststrasse 20 Postfach 272 3000 Bern 15
IV-Stellen-Konferenz	Geschäftsstelle Landenbergstrasse 35 6005 Luzern
Konferenz der kantonalen Ausgleichskassen (KKAK)	Chutzenstrasse 10 3007 Bern
Schweizerische Unfallversicherungsanstalt (SUVA Hauptsitz)	Direktion/Fachabteilung Fluhmattstrasse 1 6004 Luzern
Schweizerischer Versicherungsverband SVV / ASA	Geschäftsstelle C.F. Meyer-Strasse 14 8002 Zürich
Schweizerischer Pensionskassenverband (ASIP)	Kreuzstrasse 26 8008 Zürich
Auslandschweizer-Organisation	Alpenstrasse 26 3006 Bern
AGILE	Effingerstrasse 55 3008 Bern

Schweizerische Vereinigung Pro Infirmis	Feldeggstrasse 71 Postfach 1332 8032 Zürich
Inclusion Handicap	Zentralsekretariat Mühlemattstrasse 14a 3007 Bern
Procap Schweizerischer Invaliden-Verband	Froburgstrasse 4 4600 Olten
INSOS Schweiz	Zieglerstrasse 53 3007 Bern
Kontaktstelle für Frauen und Mädchen mit Behinderung	Alpenblickstrasse 15 8630 Rüti
FMH Swiss Medical Association	Elfenstrasse 18 Postfach 300 3000 Bern 15
Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS	Monbijoustrasse 22 Postfach
Konferenz der Kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren	Generalsekretariat Speichergasse 6 Postfach 3000 Bern 7
Piratenpartei Schweiz	Piratenpartei Schweiz 3000 Bern info@piratenpartei.ch

Bern, 17. Mai 2017

Adressat/in:
die Kantonsregierungen

Änderung der Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV) – Invaliditätsbemessung für teilerwerbstätige Versicherte (gemischte Methode) Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Regierungsmitglieder

Der Bundesrat hat das EDI beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen zu der geplanten Änderung der Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV) - Invaliditätsbemessung für teilerwerbstätige Versicherte (gemischte Methode) - ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum **11. September 2017**, dies unter Beachtung von Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe a des Bundesgesetzes über das Vernehmlassungsverfahren (VlG, SR 172.061), welcher vorsieht, dass unter Berücksichtigung von Ferien- und Feiertagen die minimale Frist von drei Monaten um drei Wochen zu verlängern ist.

Am 2. Februar 2016 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) entschieden, dass die gemischte Methode bei Personen, die wegen familiären Pflichten die Erwerbstätigkeit reduzieren, das Diskriminierungsverbot verletzt (Nr. 7186/09). Die Eidgenossenschaft hat am 29. April 2016 die Verweisung der Rechtssache an die Grosse Kammer beantragt und bestritten, dass der EGMR die Kompetenz habe, diese Frage für die Schweiz zu beurteilen. Der Filterausschuss der Grossen Kammer des EGMR hat daraufhin am 4. Juli 2016 entschieden, dass er auf die Eingabe der Schweiz nicht eintrete, womit der Entscheid des EGMR in Rechtskraft erwachsen ist. Die Folge davon ist, dass die revisionsweise Aufhebung oder Herabsetzung einer Invalidenrente EMRK-widrig ist, wenn allein familiäre Gründe (die Geburt von Kindern und die damit einhergehende Reduktion des Erwerbspensums) für einen Statuswechsel von vollerwerbstätig zu teilerwerbstätig mit Aufgabenbereich sprechen. In diesen Fällen kann die gemischte Methode deshalb nicht mehr in der heutigen Form angewendet werden. Bei der vorliegenden Änderung der Verordnung vom 17. Januar 1961 über die Invalidenversicherung (IVV, SR 831.201) handelt es sich folglich um ein neues Berechnungsmodell der gemischten Methode. Während das heutige Berechnungsmodell eine überproportionale Berücksichtigung der Teilzeitarbeit im Erwerbsbereich aufweist (Berücksichtigung einerseits bei der Festlegung der Höhe des Valideneinkommens und andererseits nochmals bei der

anteilmässigen Gewichtung nach dem Teilzeitpensum), geht das neue Modell grundsätzlich von einer gleichwertigen Gewichtung der beiden Invaliditätsgrade im Erwerbs- wie im Aufgabenbereich aus. Damit erfolgt eine stärkere Berücksichtigung der Einschränkungen im Erwerbsbereich. Dies führt tendenziell zu höheren Invaliditätsgraden als bisher.

Die Kantone sind eingeladen, zu den Ausführungen im erläuternden Bericht und zu allfälligen darin gestellten Fragen Stellung zu nehmen.

Die Vernehmlassungsunterlagen können bezogen werden über die Internetadresse: https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html.

Wir sind bestrebt, die Dokumente im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG; SR 151.3) barrierefrei zu publizieren. Wir ersuchen Sie daher, Ihre Stellungnahmen, wenn möglich, elektronisch (**bitte nebst einer PDF-Version auch eine Word-Version**) innert der Vernehmlassungsfrist an folgende Email-Adresse zu senden:

sekretariat.iv@bsv.admin.ch

Bitte geben Sie für allfällige Rückfragen unsererseits die bei Ihnen für das rubrizierte Geschäft zuständige Kontaktpersonen an.

Für Rückfragen und allfällige Informationen stehen Ihnen Frau Alev Mor-Ikisivri (Tel. 058 462 41 91) und Herr Ralf Kocher (Tel. 058 462 91 60), Bundesamt für Sozialversicherungen, zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Alain Berset
Bundesrat

Bern, 17. Mai 2017

Adressaten:
die politischen Parteien
die Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete
die Dachverbände der Wirtschaft
die interessierten Kreise

Änderung der Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV) – Invaliditätsbemessung für teilerwerbstätige Versicherte (gemischte Methode) Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat das EDI beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen zu der geplanten Änderung der Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV) - Invaliditätsbemessung für teilerwerbstätige Versicherte (gemischte Methode) - ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum **11. September 2017**, dies unter Beachtung von Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe a des Bundesgesetzes über das Vernehmlassungsverfahren (VlG, SR 172.061), welcher vorsieht, dass unter Berücksichtigung von Ferien- und Feiertagen die minimale Frist von drei Monaten um drei Wochen zu verlängern ist.

Am 2. Februar 2016 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) entschieden, dass die gemischte Methode bei Personen, die wegen familiären Pflichten die Erwerbstätigkeit reduzieren, das Diskriminierungsverbot verletzt (Nr. 7186/09). Die Eidgenossenschaft hat am 29. April 2016 die Verweisung der Rechtssache an die Grosse Kammer beantragt und bestritten, dass der EGMR die Kompetenz habe, diese Frage für die Schweiz zu beurteilen. Der Filterausschuss der Grossen Kammer des EGMR hat daraufhin am 4. Juli 2016 entschieden, dass er auf die Eingabe der Schweiz nicht eintrete, womit der Entscheid des EGMR in Rechtskraft erwachsen ist. Die Folge davon ist, dass die revisionsweise Aufhebung oder Herabsetzung einer Invalidenrente EMRK-widrig ist, wenn allein familiäre Gründe (die Geburt von Kindern und die damit einhergehende Reduktion des Erwerbspensums) für einen Statuswechsel von vollerwerbstätig zu teilerwerbstätig mit Aufgabenbereich sprechen. In diesen Fällen kann die gemischte Methode deshalb nicht mehr in der heutigen Form angewendet werden. Bei der vorliegenden Änderung der Verordnung vom 17. Januar 1961 über die Invalidenversicherung (IVV, SR 831.201) handelt es sich folglich um ein neues Berechnungsmodell der gemischten Methode. Während das heutige Berechnungsmodell eine überproportionale Berücksichtigung der Teilzeitarbeit im Erwerbsbereich aufweist (Berücksichtigung einerseits bei der

Festlegung der Höhe des Valideneinkommens und andererseits nochmals bei der anteilmässigen Gewichtung nach dem Teilzeitpensum), geht das neue Modell grundsätzlich von einer gleichwertigen Gewichtung der beiden Invaliditätsgrade im Erwerbs- wie im Aufgabenbereich aus. Damit erfolgt eine stärkere Berücksichtigung der Einschränkungen im Erwerbsbereich. Dies führt tendenziell zu höheren Invaliditätsgraden als bisher.

Sie sind eingeladen, zu den Ausführungen im erläuternden Bericht und zu allfälligen darin gestellten Fragen Stellung zu nehmen.

Die Vernehmlassungsunterlagen können bezogen werden über die Internetadresse: https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html.

Wir sind bestrebt, die Dokumente im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG; SR 151.3) barrierefrei zu publizieren. Wir ersuchen Sie daher, Ihre Stellungnahmen, wenn möglich, elektronisch (**bitte nebst einer PDF-Version auch eine Word-Version**) innert der Vernehmlassungsfrist an folgende Email-Adresse zu senden:

sekretariat.iv@bsv.admin.ch

Bitte geben Sie für allfällige Rückfragen unsererseits die bei Ihnen für das rubrizierte Geschäft zuständige Kontaktpersonen an.

Für Rückfragen und allfällige Informationen stehen Ihnen Frau Alev Mor-Ikisivri (Tel. 058 462 41 91) und Herr Ralf Kocher (Tel. 058 462 91 60), Bundesamt für Sozialversicherungen, zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Alain Berset
Bundesrat